

orell füssli

Sandro Brotz / Beat Jost

CIA-GEFÄNGNISSE IN EUROPA

orell füssli

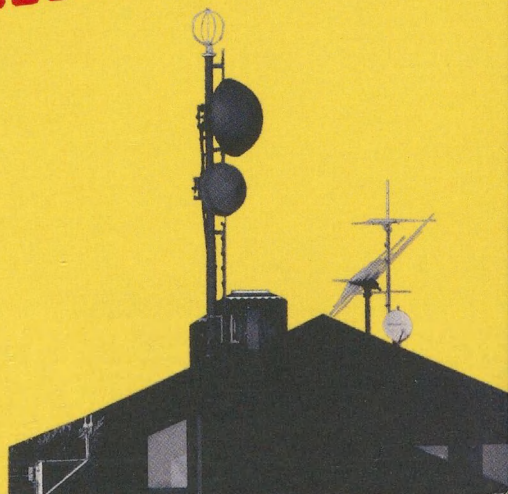
**Sandro Brotz
Beat Jost**

CIA-GEFÄNGNISSE IN EUROPA

**Die Fax-Affäre und
ihre Folgen**

**Mit einer Analyse von
Dick Marty**

Top Secret



Ek

Non 666 L

Sandro Brotz / Beat Jost

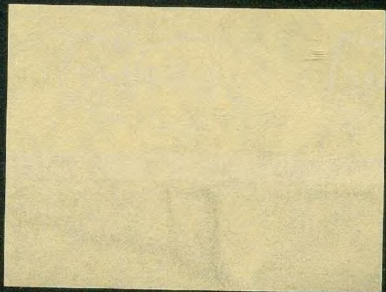
CIA-Gefängnisse in Europa

Die Fox-Offen und die CIA
Mit einer Analyse von Peter H. R.

orell füssli Verlag AG

EX

Nov 6062



Sandro Brotz / Beat Jost

CIA-Gefängnisse in Europa

Die Pan-America und die CIA
Mit einer Analyse von Thomas J. Bruneau

orell büschel verlag

Sandro Brotz / Beat Jost

CIA-Gefängnisse in Europa

Die Fax-Affäre und ihre Folgen
Mit einer Analyse von Dick Marty

orell füssli Verlag AG

© 2006 Orell Füssli Verlag AG, Zürich

www.ofv.ch

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Philippe Rossier

Bildnachweis: Seite 28: Philippe Rossier/Blick/RDB, Seite 62: Nico,
Seite 94: Keystone/AP, Seite 102: Marc-André Veillard, Keystone/EPA,
Seite 110: Keystone/AP, Seite 128: Keystone/Martial Trezzini, Seite
134: Keystone/Yoshiko Kusano, Autorenfotos: Julia Brütsch, die übrigen: zVg.

Umschlaggestaltung: Andreas Zollinger, Zürich

Druck: fgb • freiburger graphische betriebe, Freiburg i. Brsg.
Printed in Germany

ISBN 3-280-05196-7

ISBN 978-3-280-05196-2

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort von Christoph Grenacher – Seite 7

Prolog: Ein Geheimdokument fährt 1. Klasse – Seite 13

1. Das Treffen in «Jack's Brasserie» – Seite 19

2. Die Abhöraktion – Seite 29

3. Im Dienste der Nation – Seite 43

4. Die Ruhe vor dem Sturm – Seite 57

5. Nichts sehen. Nichts hören. Nichts sagen. – Seite 63

6. Die Jagd nach dem Leck – Seite 83

7. Die Rolle der Schweiz – Seite 95

8. Der Fall Abu Omar – Seite 103

9. Der Kampf gegen Terror – Seite 111

10. Der UNO-Experte Manfred Nowak – Seite 129

11. Der Europarat-Sonderermittler Dick Marty – Seite 135

12. Die Analyse – Seite 143

Glossar – Seite 154

Dank – Seite 158

Jenen mutigen Menschen gewidmet, die in diesem Buch aus juristischen Gründen ohne Namen bleiben müssen.

Vorwort

Weder Täter noch Opfer. Sondern Journalisten.

Von «SonntagsBlick»-Chefredaktor Christoph Grenacher

Weiss der Teufel, wie der Staatsdiener zu meiner Handynummer kam. Aber seither weiss ich, dass Magistraten bis spät in die Nacht arbeiten. Und einen direkten Draht zum Bürger haben.

«Unbekannter Anrufer», schimmert es, kurz vor Mitternacht, vom Display. Nun bin ich grundsätzlich ein neugieriger Mensch. Und ein höflicher, sogar spät am Abend: Wenn mich kurz vor Mitternacht ein Klingelton erreicht, gebührt dem Anrufer meine ungeteilte Aufmerksamkeit.

«Hallo?»

Ich möge die Störung entschuldigen, sagt der Mann. Der Ernst der Lage dränge ihn zu diesem Anruf zur Unzeit. Er wolle sich ja ganz und gar nicht in meine Arbeit einmischen. Aber das Staatsinteresse, Herr Chefredaktor, das Staatsinteresse!

Ich höre zu. Das Staatsinteresse, immerhin!

Ein Wortschwall dringt an mein Ohr. Die Stimme bittet mich, von einer Veröffentlichung abzusehen, grauenhaft wäre sie, verheerend für das Land, die Regierung, die Geheimdienste, ich möge doch die Finger von der Sache lassen, bitte, Herr Chefredaktor! Ich müsse doch verstehen, der Schaden am Land, das sei die Sache nicht wert. So sprudelt es und bittet und reduziert mich, den Journalisten, in die Rolle des Staatsbürgers.

Die Verantwortung, Herr Chefredaktor, ein als geheim deklariertes Dokument, das dürfe nicht öffentlich werden. Das sei strafbar, das würde ich spüren. Wissen Sie, das hat dann schwere

Konsequenzen. Ihre Arbeit wird danach nicht leichter. Das ist Geheimnisverrat, Landesverrat, und das, Herr Chefredaktor, ist die Sache doch nicht wert!

Die Sache?

Zum ersten Mal hat ein Staat die Existenz geheimer US-Gefängnisse auf europäischem Boden bestätigt, in denen Al-Kaida-Sympathisanten festgehalten, verhört, vielleicht sogar gefoltert werden. Der militärische Geheimdienst der Schweiz hat ein Fax dieses Inhalts der ägyptischen Behörden abgefangen.

Das ist die Sache, nun amtlich bestätigt: Guantánamo ist in Europa angekommen.

Guantánamo, von dem wir später im «SonntagsBlick»-Magazin «SIE+ER» berichten werden, es sei der «blinde Fleck des Westens». Ein Ort, an dem Menschenrechte keine Bedeutung haben und die Konventionen von Genf nicht mehr gelten. Ein gesetzloser Ort auf dem Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika, wie es ihn in einer Demokratie eigentlich nicht geben darf. Noch immer sind fünfhundert Menschen dort inhaftiert, werden verhört und gefoltert, weil sie als Terroristen gelten.

Dies also ist die Sache, die eine Veröffentlichung nicht wert sein soll? Die keine Öffentlichkeit duldet?

Was denn sei, wenn wir den Fax trotzdem veröffentlichen würden, frage ich den Magistraten. Und er antwortet: Der Schaden sei unermesslich; das Land, die Behörden, die Geheimdienste seien die Opfer.

Ein Entscheid über die Publikation sei noch nicht gefallen, erkläre ich knapp, noch warteten meine Mitarbeiter auf entsprechende Auskünfte verschiedenster Amtsstellen. Und dann sage ich die beiden Sätze, die unser Selbstverständnis erfassen: «Ich weiss, Sie sind ein Diener des Staates. Aber wir Journalisten, wir sind Diener der Öffentlichkeit.»

Und Täter, ergänzt die Berner Stimme.

So viel zum höchstbehördlichen Verständnis einer angeblich freien Presse – geäussert am Abend jenes Tages, als meine Kollegen die Bundesverwaltung mit unseren Recherchen konfrontiert hatten. Am nächsten Tag erhalte ich noch weitere mahnende, beschwörende, warnende, gereizte Anrufe; verbunden mit der Bitte, die Publikation des geheimen Dokuments zu unterlassen.

Seither spukt mein Handy und in der privaten Festnetzleitung knackt's. So einen hundsmiserablen Service können doch Swisscom und Cablecom nicht einmal zusammen liefern, denke ich einen kurzen Moment. Aber persönliche Beschwerlichkeiten tun hier nichts zur Sache. Die eigene Befindlichkeit hat bei der Suche nach der Wahrheit keinen Platz.

Es kommt, nach erfolgter Publikation, wie angedroht: Am Erscheinungstag kein Ton, keine Silbe darüber im Staatsfernsehen. Stattdessen hat der Räumtrupp der Wahrheit unsere Redaktion ins Visier genommen. Aus der behördlichen Mauer des Schweigens bricht die Staatsmacht hervor und macht sich über uns Journalisten her: Geheimnisverrat, Landesverrat – und erst noch vorsätzlich. Verfahren der Militärjustiz, Verfahren der zivilen Strafbehörden. Kriminell der Akt, verwerflich die Information, schädlich die Wirkung.

Willkommen im Land des freien Wortes.

Dieses Buch handelt von der Freiheit in diesem Land. Es handelt von der Freiheit, erfahren zu dürfen und schreiben zu können, was ist. Es handelt von der Freiheit und der Verpflichtung, das zu schreiben, was ist. Wir Journalisten folgen dem Anspruch der Öffentlichkeit, die Wahrheit zu sagen.

Das ist nicht spektakulär, das ist nicht sensationell und das ist nicht aufregend. Das ist simple journalistische Pflicht.

Nur dies zählt. Und nur um dieses Grundverständnis geht es. Nie dürfen wir Medienschaffenden zulassen, dass die Schutzinteressen eines Staates höher gewichtet werden als die Men-

schenwürde jedes Einzelnen und die Freiheitsrechte aller Menschen. Nicht in Guantánamo, nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nicht in amerikanischen Geheimgefängnissen auf europäischem Boden. Nicht bei uns, nicht hierzulande, nicht in der Schweiz.

Über völkerrechtswidrige Handlungen zu schweigen, darf sich eine freie, selbstbewusste, unabhängige Presse nicht leisten, wenn sie ihre Legitimation weiter bewahren will. Eine Information zu unterdrücken, also das zu tun, wonach die Behörden auch in unserem Fall mit verschiedensten Interventionen trachteten, entspricht nicht demokratischer Gepflogenheit. Die Schweiz war, ist und darf kein Schattenreich mit halb beleuchteter Bühne werden.

Demokratie verlangt und braucht die ganze Wahrheit. Doch dieser Wahrheit schadet, wenn an unserer unverbrüchlichen Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit gesägt wird. Dass mein Handy seit der CIA-Affäre Kapriolen schlägt, mag technischer Zufall sein. Doch dass Kollegen auf der Redaktion überwacht, belauscht und ausspioniert werden, ist aufgrund der Mechanik unseres Staatsschutzes wohl leider Tatsache und fast 20 Jahre nach der Fichenaffäre ein empörender Fakt.

Kaum einer in der Politik, schon gar nicht in der Verwaltung, der dagegen einträte, dass Medienschaffende eingeschüchtert, dass vermeintliche Informanten zur Einvernahme zitiert werden, dass damit ein Journalismus kriminalisiert wird, der sich der Aufklärung verpflichtet sieht. Es ist kein Bemühen zu erkennen, die Schnüffler zu kontrollieren, keiner da vom politischen Personal, der die nötigen Fragen stellt und die entschiedene Kontrolle wahrnimmt. Und nur wenige, zu wenige, geben ihre Verwunderung zu erkennen, dass Journalisten auch im 21. Jahrhundert noch vor ein Sondergericht gezerrt werden. Neben der Ziviljustiz will auch die Militärjustiz in unserem Fall beurteilen, was Medien dürfen und was ihnen verboten bleiben soll.

Nicht der Dieb wird angehalten und bestraft, sondern jener, der den Dieb entlarvt: Erst klauen die militärischen Geheimdienstler im All den Brief eines fremden Staates, machen sich das gestohlene Dokument durch Geheimklassierung zu eigen und stellen dann die Publikation unter Strafe. Kein Medienschaffender soll sich getrauen, die widerrechtliche Aneignung von Dokumenten eines souveränen Staates als das zu bezeichnen, was sie ist: Diebstahl – begangen durch Schweizer Autoritäten, durch den Staat.

Wer ist bei diesem kriminellen Akt der Täter, wer das Opfer? Der Staat? Die Medien? Der «SonntagsBlick»? Oder doch vielleicht unser aller Freiheit?

Die Gerichte werden dies klären, doch es hat uns in der Sache nicht zu kümmern. Guantánamo, das ist die Wahrheit an der Geschichte, die dieses Buch erzählt, der blinde weisse Fleck der Zivilgesellschaft ist in Europa angekommen. Dass es in Europa Platz haben soll für derart gesetzlose Orte, wollen wir Journalisten ebenso wenig zulassen wie den Umstand, dass wir Medienschaffenden in unserem Auftrag behindert werden, Öffentlichkeit zu schaffen.

«Die Freiheit der Journalisten», schreibt der Publizist Frank A. Meyer im «SonntagsBlick», «ist die Freiheit der Bürger. Wer die kritischen Journalisten zum Schweigen bringen will, der will die Bürger zum Schweigen bringen.»

Eine Schweiz der Schweiger ist keine Schweiz.

ND-GEHEIM

VERTIDICUVS - FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNGSBASIS
DEFENSE - BASE D'AIDE AU COMMANDEMENT
DIFESA - BASE D'AUTO ALLA CONDOTT
DEFENCE - COMMAND SUPPORT ORGANISATION

Report COMINT SAT

HEADLINE:
Les Egyptiens ont des sources confirmant la présence de prisons secrètes américaines.

MELDUNG/ÜBERSETZUNG:
Message du ministère des Affaires étrangères de l'Egypte / Direction des Affaires européennes.

- L'ambassade a su par ses propres sources que 23 citoyens irakiens et afghans ont été effectivement interrogés dans la base de Mihail Kogalniceanu dans la ville de Constanza au bord de la Mer Noire. Il existe des centres d'interrogatoires semblables en Ukraine, au Kosovo, en Macédoine et en Bulgarie. Un des journaux a mentionné que l'ONG Human Rights Watch dispose de preuves affirmant que des avions militaires américains ont transporté des détenus de la base de Salt Pit à Kaboul vers la base polonaise Szymany et la base roumaine mentionnée ci-haut les 21 et 22 septembre 2005.

- Malgré tous ces faits cités les responsables roumains continuant à nier la présence de prisons secrètes utilisées par les services de renseignements américains pour les interrogatoires des membres d'Al-Qaïda. La porte-parole de la délégation européenne a bien accueilli les dénégations officielles des Roumains.

Signature: le ministre

NAME:
RUFNUMMER: Ministère des Affaires étrangères, Le Caire, Egypte
20 2 5747839

NAME:
RUFNUMMER: Ambassade d'Egypte, Londres, Grande-Bretagne
44 207 2355684

NAME:
RUFNUMMER:

ÜBERTRAGUNGSART: Fax

AUFTRAGS-/LAUFNUMMER: S160018TER00000115

ERFASSUNGSDATUM: 10/11/2005

ERFASSUNGSZEIT: 20:24

OPERATEUR: wbm

ORIGINALMELDUNG: S160018TER05000115.DOC

Das Geheimdokument: Der Bericht des Schweizer Nachrichtendienstes über den im All abgefangenen Fax.

Prolog

Ein Geheimdokument fährt 1. Klasse

Der Zugreisende im Intercity starrt gedankenverloren in die graue Nebelsuppe. Schemenhaft und gespenstisch zieht das Mittelland auch an diesem Morgen draussen vorüber; so unwirklich, als wär's nur ein böser Traum. Ich bekomme noch eine Depression, wenn das nicht bald besser wird, geht es ihm trübsinnig durch den Kopf. Die erste Klasse, die er sich heute extra geleistet hat, ist kein Aufsteller, auch der Kaffee nicht, den er sich vor fünf Minuten an der Railbar beim «Wägeli»-Schieber kaufte. Am liebsten würde er die Brühe im Plastikbecher wegschütten, aber die Sucht nach etwas Stoff – und sei's nur Koffein – hält ihn davon ab. Hätte er doch in der Neujahrsnacht nicht grossspurig allen erzählt, jetzt sei ein für alle Mal Schluss mit Rauchen.

So aber fährt er wie ein Häufchen Elend durch den Nebel – und mit ihm ein Geheimdokument. Doch das wird dem Passagier in der ersten Klasse erst vierzig Kilometer später Kopfzerbrechen bereiten.

Bis dahin quälen ihn andere Sorgen. Im Büro wartet der Chef auf ihn. Der will Ideen und Konzepte sehen, würde ihn lieber heute als morgen feuern. Dabei ist er müde, übernachtigt, verkatert. In seinen Ohren hallen noch die Prosecco-Pfropfen von der Silvesterparty zuhause, speiübel ist es ihm vom Grappa di Brunello und der viele Rotwein liegt bleischwer in seinen Gliedern. Er hätte auf Laura hören und nicht morgens um vier auch noch die vierte Flasche «Moralinos Tinta de Toro Roble Barrel» entkorken sollen. Jetzt stampft der billige Spanier aus dem Discounter immer noch wie ein Pamplona-Stier in seinem Kopf herum,

poltert mal an die linke, mal an die rechte Schläfe, macht kurz im Grosshirn Halt, um sich auf eine neue Attacke vorzubereiten.

Die zwei geschniegelten Jungmanager im Abteil gegenüber merken von all dem nichts. Sie beugen sich abwechselnd über einen Laptop, sind vertieft in ihre Power-Point-Präsentation. Offenbar ein Businessplan, mit dem sie heute einen Banker überzeugen wollen, einen benötigten Kredit herauszurücken. Vision, Marketing, Risiken, Investitionsplan, Liquiditätsplan, Planbilanz. Unser Zugsreisender versteht nur Bahnhof, es geht um irgendwelches Internet-Zeug, mit dem die beiden das Geschäft ihres Lebens machen wollen.

Der Mann ihm Abteil vor ihm, ein zackiger Mittdreissiger, hat's scheinbar schon geschafft. Alle zwei Minuten ruft er in seinem Sekretariat an. «Frau Meier, schauen Sie mal nach, ob ich die Unterlagen vom gestrigen Meeting auf meinem Tisch habe liegen lassen.» «Frau Meier, könnten Sie mit Herrn Schmid morgen früh einen Termin machen.» «Frau Meier, könnten Sie für mich und meine Frau heute Abend einen Platz in der Kronenhalle reservieren, bitte Tisch 8. Ja, neun Uhr ist okay.»

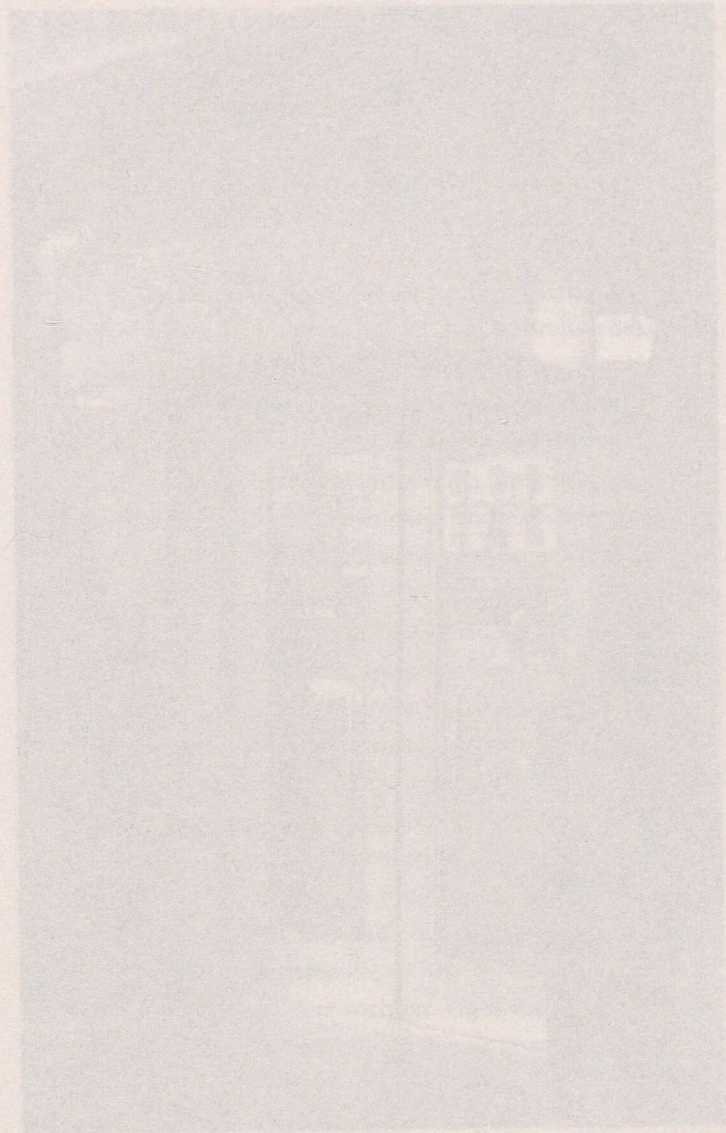
Der Wichtigtuer nervt gewaltig. Ich halte es nicht mehr aus, denkt der Gast in der ersten Klasse. Gierig grapscht er nach den zwei «Gauloises Bleu» in seiner Manteltasche. Die hatte er nach dem ultimativ verkündeten Rauchstopp noch heimlich dort versteckt, bevor er das leere Päckchen demonstrativ zerknüllte und in den Abfall warf. Jetzt braucht er dringend eine, Rauchverbot hin oder her. Unauffällig schleicht er über die Treppe ins WC im unteren Stock, verriegelt die Tür und zündet sich hastig eine Zigarette an. Hätte er gewusst, was oben an seinem verwaisten Platz auf ihn wartet, hätte er nicht auch noch die zweite Gauloise reingezogen. Ängstlich wie damals, als sie in der Schul-Toilette im Verborgenen rauchten. Jetzt steigt er, etwas schwindelig zwar, aber erleichtert wieder ins Oberdeck des Zuges hinauf. Es geht

ihm schon viel besser und fast dünkt es ihn, als ob auch die Sonne kräftig durch den Nebel drücke.

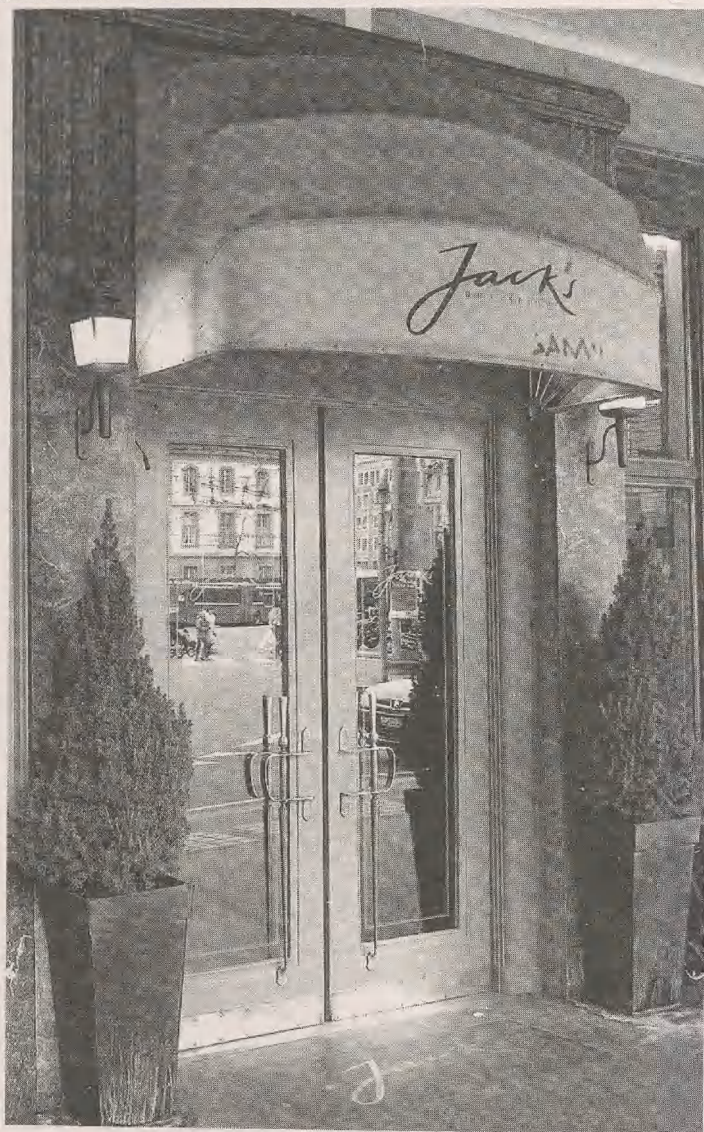
Er will sich wieder hinsetzen, da fällt sein Blick unter den Sessel. Ein gräulichweisses Papier liegt da, säuberlich zusammengefalzt. Er hebt es auf, setzt sich hin und faltet es auseinander. Als Erstes sticht ihm das rotweisse Schweizer Kreuz in der Ecke rechts oben ins Auge. Nanu, was ist denn das, hat da irgendein Verbandsfunktionär seine Korrespondenz liegen lassen? Dann entdeckt er links oben den Vermerk «ND-GEHEIM». Jetzt wird es aber spannend, schiesst es ihm durch den Kopf. Schnell faltet er das Papier wieder zusammen. Wie kommt es an seinen Platz? War jemand hier, als er im WC rauchte? Hat es jemand absichtlich hingelegt? War es vielleicht der dunkelhaarige Mann hinter ihm, Typ Latin Lover, der ihm bisher gar nicht aufgefallen war? War der überhaupt schon vorher da? Vage erinnert er sich daran, dass er kürzlich gelesen hat, dass in Holland einem Geheimagenten der Laptop abhanden gekommen war. Wird er beobachtet? Vorsichtig schaut er sich um. Nichts deutet darauf hin. Die Jungmanager nebenan sind immer noch in ihren Businessplan vertieft. Die Nervensäge vor ihm telefoniert inzwischen mit dem «Schätzli», mit dem er abends in der «Kronenhalle» dinieren will. Und der Latin Lover blättert gelangweilt in einer liegen gelassenen «Schweizer Familie».

Voller Neugier faltet er das Papier wieder auseinander, sieht sich den Briefkopf näher an. «Verteidigung Führungsunterstützungsbasis», steht da, gleich in mehreren Sprachen. Sonst kommt ihm der Inhalt wie Chinesisch vor. Report COMINT SAT? Null Ahnung, was das heissen könnte. Vom Text, offenbar Französisch, versteht er kein Wort. Er begreift einzig: Es muss wichtig sein, wenn man das Papier für geheim erklärt, zumal es aus dem Verteidigungsdepartement zu stammen scheint. Als der Intercity in den Bahnhof einfährt, fällt ihm ein, dass er einen Journalisten

kennt, der für solche Dinge ein Faible hat. Diskret steckt er das Dokument in die Manteltasche. Er wird gleich den Mann beim «SonntagsBlick» anrufen. Als er in der Bahnhofshalle die Telefonkabine betritt, glaubt er aus den Augenwinkeln jemanden wahrzunehmen, der interessiert zu ihm rüberblickt.



Die Aufnahme ist eine Kopie eines Originals, das in der Sammlung des Bundesarchivs in Berlin aufbewahrt wird.



Der Treffpunkt: In der Berner Nobelbeiz «Jack's Brasserie» bestätigt ein hochrangiger Schweizer Agent die Echtheit des Fax.

1. Das Treffen in «Jack's Brasserie»

Wie ein Geheimdienstler die Fassung verliert

«Fuck!», stösst der Geheimdienstmann gepresst hervor. Entgeistert starrt er auf das Blatt Papier, das wir ihm vor dreissig Sekunden über den Tisch reichen. Wir sitzen in «Jack's Brasserie», der Nobelbeiz im Berner «Schweizerhof». Elegantes französisches Ambiente, prächtige Kronleuchter, weiss gedeckte Tische, die Stühle und Bänke mit imitierten Leopardenfellen überzogen, die «cuisine» mit fünfzehn GaultMillau-Punkten ausgezeichnet. Die Kellnerinnen und Kellner flanieren in schwarz-weiss gestreiften Gilets und beinlangen weissen Schürzen durch die Reihen.

«Fuck» passt nicht in «Jack's Brasserie», wo wir uns an einem frostigen Januartag auf vormittags zehn Uhr verabredet haben. Die vornehmen älteren Damen, die am Nebentisch ihr Kaffeekränzchen abhalten, schauen abschätzig zu uns herüber.

Wir sind am runden Tisch in guter Gesellschaft. Glaubt man den Gravuren auf den Messingplättchen, die auf der Rückenlehne des Eckbankes angebracht sind, haben hier schon so illustre Zeitgenossen wie alt Bundesrat Kurt Furgler, das italienische Ski-Ass Alberto Tomba, der Zeichner Ted Scapa und der Klaviervirtuose Richard Clayderman gesessen.

Auch unser Gast ist eine wichtige Figur im Politbetrieb der Bundesstadt. Zum konspirativen Treffen ist er nur unter der Bedingung erschienen, dass wir seinen Namen aus allem heraushalten. Er kennt die Agenten-Szene in- und auswendig, ihre Pannen und Pleiten, auch die Machtkämpfe und Intrigen unter den Chefs der verschiedenen Schnüffeldienste.

Reflexartig faltet er das Blatt Papier zusammen, als Pamela, die junge Bedienung, mit unserer Bestellung – zweimal Kaffee Creme, einmal Cappuccino – an den Tisch tritt. Kaum ist sie weg, greift er wieder hastig zum Papier, noch einmal fliegen seine Augen über das Blatt, offenbar sucht er nach speziellen Hinweisen. Dann folgt sein zweiter Kommentar, diesmal weniger vulgär, dafür umso ernster: «Es ist eine Katastrophe, wenn so etwas an die Öffentlichkeit kommt.»

«So etwas» ist ein Originaldokument der Führungsunterstützungsbasis (FUB) des Verteidigungsministeriums, wie das mit dem Schweizer Kreuz kombinierte Logo am oberen rechten Rand belegt. Links oben steht gut sichtbar der Stempel «ND-Geheim». ND steht für Nachrichtendienst. Das Dokument trägt den Titel «Report COMINT SAT». Es muss sich somit um einen Bericht der «Communications Intelligence» – der elektronischen Nachrichtenbeschaffung via Satellit – über eine Lauschkaktion im Weltall handeln. Der Text darunter ist in Französisch abgefasst. Es ist eine Übersetzung eines Fax, der offenbar zwischen dem ägyptischen Aussenministerium in Kairo und seiner Botschaft in London ausgetauscht wurde. Der Inhalt: Informationen über Geheimgefängnisse und Gefangenentransporte des amerikanischen Geheimdienstes CIA in Osteuropa.

Der Geheimdienstmann, der uns in «Jack's Brasserie» gegenüber sitzt, ist schockiert: «Ich kann mich nicht daran erinnern, dass jemals ein so geheimes Dokument aus dem Nachrichtendienst an die Öffentlichkeit gelangt ist.» Wir stehen unter Hochspannung, unsere Nerven sind zum Zerreißen gespannt. Noch wissen wir nicht, was wir von all dem halten sollen. Ist das Papier echt? Der Geheimdienstmann wirft nochmals einen kurzen, prüfenden Blick aufs Blatt, dann kommt seine Antwort rasch und bestimmt. «Es ist echt, da gibt es keinen Zweifel.» Und von sich aus schiebt er nach: «Die Ägypter haben im Geheimdienst einen gu-

ten Ruf. Sie gelten als professionell und zuverlässig. Sie sind nicht für nichts.» Wir haben die erste, wenn auch nur inoffizielle Bestätigung, dass uns keine Fälschung untergejubelt wurde. Doch gleichzeitig wird uns klar, dass noch viel Arbeit auf uns wartet, die Story «hart» zu machen, wie die hieb- und stichfeste Beweisführung im Journalisten-Jargon salopp bezeichnet wird. Nur aufgrund einer Aussage eines nicht namentlich genannten Geheimdienst-Mitarbeiters wird der Chefredaktor die Geschichte nie ins Blatt setzen.

Wir müssen mehr wissen. Warum und für wenn ist es eine Katastrophe, wenn das Geheimdokument publik wird? «Weil es belegt, dass die Schweiz ägyptische Regierungsstellen abhört. Das wird mit Sicherheit Probleme mit den Ägyptern geben und zu diplomatischen Verstimmungen führen. Und ihr vom «Sonntags-Blick» bekommt viel Ärger mit der Justiz, wenn ihr das Geheimpapier publik macht», beurteilt der Geheimdienst-Mann die Situation kühl und berechnend. Noch mehr in die Bedrouille gerate aber der Strategische Nachrichtendienst (SND) von Verteidigungsminister Samuel Schmid. «Ein solches Leck im Geheimdienst ist verheerend. Man macht sich im Ausland lächerlich, die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, befreundete Nachrichtendienste werden sich genau überlegen, ob sie mit den Schweizern noch zusammenarbeiten können. SND-Chef Hans Wegmüller wird erklären müssen, wie das Dokument nach draussen sickern konnte.»

Wir bestellen bei Pamela die nächste Kaffeerunde. Wie viele Mitarbeiter sind denn im Besitz eines solchen Geheimreports? «Nur ganz wenige, höchstens drei bis vier Personen. In der Regel sind es der Operateur, der die Nachricht abgehört hat, der Übersetzer, dann sicher der Auswerter, der für die Region, in diesem Fall für Ägypten, zuständig ist und schliesslich der Chef des SND.» Erhält auch Verteidigungsminister Schmid ein Original?

Unser Informant zögert kurz. «Ich hoffe für Wegmüller, dass er in diesem Fall den Bundesrat informiert hat. Ich jedenfalls wäre mit dem Report über den ägyptischen Fax sofort zu ihm gegangen. Schmid war ja im November gleichzeitig auch noch Bundespräsident.»

Ist es denkbar, dass auch ausländische Agenten im Besitz des Schweizer Dokuments sind? Dass die Geheimdienste untereinander regelrechte Tauschbörsen betreiben und sich in Geheimclubs brisante Informationen zuschanzen, gilt in der Branche als offenes Geheimnis. Die parlamentarische Geschäftsprüfungsdelegation, der die Kontrolle der Geheimdienste obliegt, hat die internationale Zusammenarbeit im November 2003 in einem Bericht über das Satellitenaufklärungssystem Onyx sogar offiziell gemacht: «Die dank Onyx empfangenen Informationen bilden auch ein nützliches ‹Tauschmittel› mit den entsprechenden Dienststellen im Ausland», schreiben die Kontrolleure. Diese Beziehungen basierten auf der Grundlage eines «gegenseitigen Gebens und Nehmens», nach dem Prinzip des «do ut des» (ich gebe, damit du gibst) also. Die schweizerischen Dienste könnten nur dann darauf hoffen, von ihren Partnern Informationen zu erhalten, wenn sie ihnen als «Gegenleistung ebenfalls interessante Informationen anzubieten» hätten. «Die mit Hilfe von Onyx eingeholten Informationen sind deshalb auch ein Instrument, mit dem die Türen zu anderen Nachrichtendiensten geöffnet werden können und dem sich die schweizerischen Nachrichtendienste im Ausland Glaubwürdigkeit verschaffen können.»

Dass der Schweizer Geheimdienst auch mit dem ägyptischen Fax auf dem internationalen Spionage-Bazar gedealt haben könnte, bestreitet unser Geheimdienst-Insider jedoch vehement. «So eine Meldung wird sicher nie ausgetauscht. Sie ist in Bezug auf die Quelle, die Art und Weise, wie sie beschafft wurde, und den Inhalt viel zu heikel.» Er geht nämlich davon aus, dass der Fax der

Ägypter nicht zufällig vom Himmel gefallen ist, sondern gezielt im Weltall abgefangen wurde. «Ich vermute, die haben die Nummer des Aussenministeriums in Kairo oder jener der Botschaft in London angewählt und den Fax-Verkehr systematisch abgehört.» Und dann der Inhalt: Der werfe ja ein ganz schiefes Licht auf die Praktiken der USA und ihres Geheimdienstes CIA. Jenen Geheimdienst, mit dem die Schweiz wohl die engsten Beziehungen unterhält. Freimütig bekenne sich etwa SND-Chef Hans Wegmüller zur schlanken Kooperation mit den USA, berichtete die «Weltwoche» im Februar 2001. «Wir sind da ganz offen», zitiert die Zeitung den Chefspion.

So offen, dass Verteidigungsminister Samuel Schmid an einer Bundesratssitzung gegenüber seinen Regierungskollegen geprahlt haben soll: «Mein Nachrichtendienst ist die einzige Schweizer Dienststelle, die in den USA noch Vertrauen hat und die von den Amerikanern ernst genommen wird.» Dabei wird der CIA von der neutralen Schweiz offenbar nicht nur mit Pipifax beliefert. Noch am 19. Januar 2006, als die Fax-Affäre mächtig kochte, plauderte Wegmüller des Langen und Breiten aus der Spionageschule. «Im Informationsaustausch zwischen den Nachrichtendiensten sind weniger Studien und Lageberichte als vielmehr operationell direkt nutzbare Nachrichten wichtig», vertraute der SND-Chef dem Militärexperten Bruno Lezzi von der «Neuen Zürcher Zeitung» an. Lezzi war früher selbst Geheimdienstler im Range eines Obersten. Das bedeute, dass auch Produkte eines kleineren Nachrichtendienstes mit begrenzten Personalressourcen wie des schweizerischen bei professioneller Arbeit ebenfalls «für grosse Nachrichtendienste nützlich sein können», besonders wenn sie Bereiche abdecken, die sonst nicht erschlossen werden könnten.

In «Jack's Brasserie» drängt unser Geheimdienst-Mann zum Aufbruch. Nervös schaut er ständig auf die Uhr. Er habe vor dem

Mittagessen noch einen wichtigen Termin. Eines wolle er uns aber doch noch dringend ans Herz legen, bevor er gehe. Er verstehe zwar, dass wir die Fax-Geschichte veröffentlichen würden. «Aber schützt doch bitte die Quelle, sonst wird die ganze Organisation und das ganze System beschädigt», redet er eindringlich auf uns ein. Wir hören uns seinen Appell an die vaterländische Gesinnung geduldig an, sagen aber nichts dazu. Erst als er sein Portemonnaie zückt, geben wir uns grosszügig: «Das geht auf unsere Rechnung.» Als Pamela die 21.40 Franken einkassiert, ist der Geheimdienst-Mann schon in Richtung Bundeshaus unterwegs.

Wir sind uns sicher: Jetzt wird er unverzüglich seine Chefs über das Treffen informieren, ihnen erzählen, was er in «Jack's Brasserie» soeben mit eigenen Augen gesehen hat. Ein Profi wie er begeht nicht den Fehler, sich mit Schweigen unnötig in Schwierigkeiten zu bringen.

Im Verteidigungsdepartement im Bundeshaus Ost und in der Geheimdienstzentrale an der Papiermühlestrasse laufen zu diesem Zeitpunkt die Telefone schon heiss. Denn seit 24 Stunden wissen Bundesrat Samuel Schmid, Armeechef Christophe Keckeis und SND-Chef Hans Wegmüller, welches Papier im Besitz von «SonntagsBlick» ist. Am Mittwoch kurz nach Mittag hatten wir der Kommunikationsabteilung des Armeechefs die wichtigsten Angaben zum Geheimdokument mitgeteilt, aufgrund derer sich die Echtheit des Papiers intern ohne weiteres verifizieren liesse. Eine Kopie des Dokuments bekam die Informationstruppe von Keckeis nicht. Das behielten wir als Trumpf-Ass im Ärmel zurück für den Fall, dass man versuchen würde, die Echtheit, ja die Existenz des Reports zu leugnen.

Journalisten müssen auf solche Tricks gefasst sein. Seit auch in der Bundesverwaltung immer mehr Kommunikations-Fachleute das Sagen haben, gehört das Verwedeln und Vertuschen der Wahrheit schon fast zur Tagesordnung. Manchmal muss man im

Nachhinein feststellen, dass man sogar faustdick angelogen wurde. Immer seltener kommt man an die kompetenten Beamten heran, die auf ihrem Sachgebiet am besten Bescheid wüssten. Hat man mal einen von ihnen am Apparat, so muss der meistens bei seinen Kommunikationsleuten rückfragen, ob er überhaupt etwas sagen darf. Und man kann darauf wetten, dass sich spätestens in zwanzig Minuten ein Sprecher meldet, der zwar von nichts eine Ahnung hat, aber auch das wohlfeil und im Brustton der Überzeugung formuliert. Medienschaffende, die das Spiel im Dunstkreis der Macht mitspielen, werden gelegentlich mit einer Neuigkeit oder einer gezielten Indiskretion belohnt. Es ist die Bankrotterklärung der Politik, die selbst die Medien- und Bürgerinformation zur geschickten PR-Übung degradiert, statt mit offenen Karten zu spielen.

Jetzt warten wir gespannt, aber geduldig darauf, wie man im VBS auf unsere Anfrage reagieren wird. Zehn Fragen haben wir gleich mitgeliefert. Wie kommt die Führungsunterstützungsbasis (FUB) dazu, den Faxverkehr zwischen dem ägyptischen Aussenministerium in Kairo und der ägyptischen Botschaft in London abzufangen? Wer hat den Auftrag dazu gegeben? Wer wurde über den Inhalt des «Report COMINT SAT» VBS-intern und in den anderen Departementen informiert? Wurde auch das Aussendepartement EDA informiert? Wenn nein: Warum nicht? Hat die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte Kenntnis vom Inhalt? Wenn nein: Warum nicht? Wurde der Fax-Inhalt dem US-Partnerdienst CIA zur Verfügung gestellt? Wenn ja: Mit welcher Absicht? Hat die FUB aus weiteren Quellen die Bestätigung dafür erhalten, dass es auf EU-Boden US-Geheimgefängnisse gibt? Wir melden auch unsere Interesse zu einem persönlichen Gespräch an und platzieren den Wunsch, mit Armeechef Keckeis ein Interview zu führen. Doch bei der Armee herrscht Funkstille. Einzig Bundesrat Schmid läuft uns am späten Mittwochnach-

mittag kurz über den Weg. Als ein «SonntagsBlick»-Team in den Gängen des Bundeshauses Ost auf ein Interview mit Wirtschaftsminister Joseph Deiss wartet, verlässt ein sichtlich bedrückter Verteidigungsminister sein Büro nebenan und entschwindet müden Schrittes in Richtung Westflügel. Ist er auf dem Weg zu einem Rendez-vous mit Justizminister Christoph Blocher, um ihn über das Leck im Geheimdienst zu informieren?

Noch wissen wir nicht, ob jemals ein Artikel erscheinen wird. Aber eines ist gewiss: Wir haben in den wenigen Tagen schon einiges gelernt. Beispielsweise wie ein Fax aus Ägypten, der im Weltall unterwegs ist, in einem Bunker bei Bern landet.



Die Lauschkentrale: Im bernischen Zimmerwald fängt das Aufklärungssystem Onyx den ägyptischen Fax ab.

2. Die Abhöraktion

Wie Schweizer Spione den ägyptischen Fax aus dem All fischten

Es ist Donnerstag, der 10. November 2005, kurz nach 20 Uhr. In den geheimen Bunkern des Verteidigungsdepartements (VBS) in Zimmerwald, einer ländlich-hügeligen Gemeinde acht Kilometer Luftlinie südlich von Bern, schiebt der Geheimdienst-Operateur mit dem Kürzel «wbm» Schicht. Berühmt wurde Zimmerwald durch die internationale sozialistische Kriegskonferenz von 1915, an welcher der sowjetrussische Revolutionär Lenin erfolglos forderte, der imperialistische Krieg sei in einen «Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter im eigenen Lande» zu verwandeln. Jetzt lauscht in Zimmerwald «wbm» mit grossen Ohren ins Weltall. Die hochmodernen Anlagen des elektronischen Satellitenaufklärungssystems mit dem Tarnnamen Onyx sind auch in dieser Nacht auf Vollbetrieb geschaltet.

Auf der anderen Seite der Berner Alpen, mitten im Walliser Rhonetal oberhalb von Leuk, suchen die mächtigen, drehbaren Schüsseln der Satellitenbodenstation «Brentjong» den Weltraum ebenfalls unablässig nach Beute ab. Operateur «wbm» und seine Kollegen sind auf der Jagd nach Telefongesprächen, E-Mails und Faxen, die weltweit über Satelliten übertragen werden. Sie schwimmen in einer unüberschaubaren Flut von Meldungen, ersaufen im Sprachengewirr, das auf sie hereinprasselt, sind hoffnungslos verloren im Meer der chiffrierten Nachrichten. Im Vergleich dazu war die babylonische Turmbaustelle in vorchristlicher Zeit die reinste Völkerverständigung, mag sich «wbm» frustriert denken.

Er entscheidet sich, wie es seine Chefs vom Strategischen Nachrichtendienst (SND) angeordnet haben, für die gezielte Suche. Er tippt die Nummer 0020 2 5747839 ins Abhörsystem. Es ist die Fax-Nummer des ägyptischen Aussenministeriums in Kairo. Um 20.24 Uhr zappelt der Fisch im Netz von Onyx. «wbm» geht routinemässig vor:

Er speichert die in Arabisch abgefasste Originalnachricht, die per Fax zwischen Kairo und der ägyptischen Botschaft in London ausgetauscht wurde, und zwar im System unter dem länglichen Dateinamen S160018TER05000115.DOC ab, registriert Datum und die Erfassungszeit und versieht den Abhörfang mit der Auftrags-/Laufnummer S160018TER00000115. Noch ahnt der Operateur nicht, dass er an diesem Abend im Weltall ein brisantes Dokument abgefangen hat, das noch viel zu reden geben und vorab den Bundesrat in grösste Schwierigkeiten bringen wird. Später wird man sogar versuchen, die Leistung des Agenten «wbm» herabzuwürdigen. «Ein so genannter Beifang», ein Zufallsfund also, sei es gewesen, wird der Präsident der parlamentarischen Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel), der Zürcher SVP-Ständerat Hans Hofmann, Ende Januar öffentlich erzählen. Der Fax sei so unbedeutend, dass er nicht einmal chiffriert gewesen sei, wird Peter Forster, nebenberuflich Chef für Informationsoperationen im Armeestab, im Auftrag des SND im Fernsehen und in den Zeitungen berichten. Desinformation und Irreführung sind schliesslich Kernkompetenzen eines jeden Geheimdienstes.

In der Onyx-Lauschzentrale in Zimmerwald beschäftigt man sich vorderhand aber nur mit den Fakten. In der Nacht vom 15. November, fünf Tage nach dem Fang, wird der ägyptische Fax vom Arabischen ins Französische transkribiert und unter dem Titel «Report COMINT SAT» als geheim klassifiziert. Über die Übersetzung setzen die Geheimdienst-Fachleute die Headline:

«Die Ägypter verfügen über Quellen, welche die Existenz amerikanischer Geheimgefängnisse bestätigen.» Dann folgt im Wortlaut der aus dem Arabischen ins Französische übersetzte Inhalt der Meldung, die zwischen Kairo und London ausgetauscht wurde:

«Die Botschaft hat aus eigenen Quellen erfahren, dass tatsächlich 23 irakische und afghanische Bürger auf dem Stützpunkt Mihail Kogalniceanu in der Nähe der (rumänischen; Anm. d. Verf.) Stadt Constanza am Schwarzen Meer verhört wurden. Ähnliche Verhörzentren gibt es in der Ukraine, im Kosovo, in Mazedonien und Bulgarien. Eine Zeitung gab an, dass die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch über Beweise verfügt, wonach am 21. und 22. September 2005 Gefangene mit amerikanischen Militärflugzeugen von der Basis Salt Pit in Kabul zum polnischen Stützpunkt Szymany und dem oben genannten rumänischen Stützpunkt transportiert worden sind.

Trotz aller zitierten Tatsachen bestreiten die rumänischen Verantwortlichen weiterhin die Existenz geheimer Gefängnisse, in denen der amerikanische Geheimdienst Mitglieder von Al Kaida verhört. Die offiziellen Zurückweisungen der Rumänen wurden vom Sprecher der europäischen Abordnung positiv aufgenommen.

Unterschrift: Der Minister»

Enthüllt wird das Geheimdienstdokument am 8. Januar 2006 vom «SonntagsBlick», mit einer Auflage von gegen 300 000 Exemplaren die meistverkaufte Schweizer Zeitung. «Ägypten weiss, was die Welt nur vermutet: Die Amis führen geheime Gefängnisse», titelt das Blatt. Eine «Sensation» sei es, an «Brisanz kaum zu überbieten»: Erstmals bestätige ein Staat, dass er Kenntnis hat von CIA-Gefängnissen auf europäischem Boden. Und das aufgrund «eigener Quellen», wie es im Fax des ägyptischen Aus-

senministeriums ausdrücklich erwähnt ist. Bisher stützten sich die Vermutungen ausschliesslich auf so genannte «open sources» (öffentlich zugängliche Quellen). So berichtete die «Washington Post» Anfang November 2005 detailliert über zwei geheime CIA-Gefängnisse in Osteuropa, ohne jedoch die Namen der Standorte zu nennen. Die lieferte «Human Rights Watch» nach: Es handle sich um Polen und Rumänien, verbreitete die Menschenrechtsorganisation. Der Europarat, Hüter der Menschenrechte, reagierte auf die Berichte rasch und beauftragte bereits am 7. November 2005 den Schweizer FDP-Ständerat Dick Marty mit Ermittlungen.

Die Bedeutung des nun publik gewordenen Dokuments wird durch die Tatsache erhöht, dass die Ägypter im internationalen Geheimdienstgeschäft keine Exoten sind. Experten attestieren ihnen, dass sie hochprofessionell arbeiten. An der Schnittstelle zwischen Ost und West, im Brennpunkt des Nahen Ostens, steht der ägyptische Geheimdienst praktisch im Fronteinsatz. In der Branche gelten nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus Kairo als «zuverlässig und glaubwürdig».

Ägyptens Bestätigung, dass es geheime Gefängnisse und Gefangenentransporte des CIA in Europa gibt, ist jedoch nur ein Teil der Sensation und der Brisanz. Das Dokument beweist auch, dass die Schweizer Regierung mindestens schon seit November 2005 Kenntnis von geheimen CIA-Gefängnissen hat.

Der Geheimdienstrapport aus der Onyx-Zentrale wird zwar nur in ganz wenigen Exemplaren verteilt – die einen sprechen von höchstens vier, die anderen von zehn bis fünfzehn Adressaten –, doch als gesichert gilt inzwischen, dass Verteidigungsminister Samuel Schmid, der zu diesem Zeitpunkt auch noch das Amt des Bundespräsidenten bekleidete, einer der Empfänger war. Die beiden anderen Mitglieder im bundesrätlichen Sicherheitsausschuss (SiA), Aussenministerin Micheline Calmy-Rey und Justizminister

Christoph Blocher, haben Ende November 2005 eine Zusammenfassung zum ägyptischen Fax erhalten. Obwohl darin die Quelle nicht namentlich erwähnt wird, ist gleichwohl explizit von «nachrichtendienstlichen Hinweisen» die Rede.

So birgt das Dokument mehrfach politischen Zündstoff für ein Land, das sich gerne auf seine Sonderstellung beruft: Als Depositärstaat der Genfer Konventionen steht die Schweiz international in der Verpflichtung als Hüterin des humanitären Völkerrechts. In Bern rechnet man sich deshalb auch gute Chancen aus, dass Genf im Rahmen der geplanten UNO-Reform Sitz des neuen Menschenrechtsrates und damit Welthauptstadt der Menschenrechte wird. Zudem stellt die Schweiz mit dem Tessiner Dick Marty aktuell den Sonderermittler des Europarates in der CIA-Affäre. Gründe zuhauf also für den Bundesrat, mit den Informationen zur Aufklärung beizutragen.

Doch die Regierung entscheidet sich fürs Schweigen und gibt sich nach aussen weiter ahnungslos. Weil sie noch viel mehr weiss? Vieles spricht dafür. Mit dem geheimnisumwitterten Satellitenaufklärungssystem Onyx verfügt der Schweizer Geheimdienst seit fünf Jahren über eine elektronische Schnüffelwaffe, die ganz nach dem legendären «Echelon»-System der USA konzipiert wurde.

Der Bau und die Finanzierung von Onyx wurde Ende der Neunzigerjahre vom Bundesrat als Projekt mit höchster Geheimstufe durchgeboxt. «Der grösste und perfideste Lauschangriff der Geschichte der Schweiz wurde an allen Kontrollinstanzen vorbei eingerichtet und dem Volk verschwiegen», schreibt Urs Paul Engeler, der Bundeshausredaktor der «Weltwoche», noch im März 2005. Bis heute liegt völlig im Dunkeln, wie viel Onyx wirklich gekostet hat. Im ursprünglichen Plan, der unter der Regie des inzwischen frühpensionierten Geheimdienstchefs Peter Regli erarbeitet wurde, ging man intern von geschätzten Kosten

in der Höhe von rund 50 Millionen Franken aus – die Löhne der über 40 Sprachspezialisten und Informatiker nicht mitgerechnet. Nochmals «Weltwoche»-Redaktor Engeler: «Bereits die verdeckte illegale Finanzierung des gigantischen Systems ist ein Skandal, wenn auch noch der kleinste. Das zweite Ärgernis ist der steile Anstieg der Kosten. Gemäss inoffiziellen Angaben bewilligte der Bundesrat im August 1997 einen Betrag von 50 Millionen für das Projekt. Diese Summe hat sich laut GPDel-Berichterstatlerin, FDP-Ständerätin Helen Leumann (LU), bis Mitte 2003 bereits verdreifacht. Experten sprechen sogar davon, dass die derzeit erwarteten (aber nie bestätigten) Gesamtkosten für das ausser Kontrolle geratene Vorhaben nicht bei 150 Millionen, sondern bei rund 400 Millionen Franken lägen.»

Nach dem Finanzierungs- und Kostendesaster klopft nun der nächste Skandal rund um Onyx an die Tür. Was genau treibt der Geheimdienst in den VBS-Lauschzentralen von Zimmerwald, Leuk und Heimenschwand? Und wozu ist das gut, wenn selbst wichtige Erkenntnisse, die politisch von positivem Nutzen wären, Verschlussache bleiben? Im November 2003 veröffentlicht die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) der eidgenössischen Räte – damals noch unter dem Präsidium des SP-Nationalrates und heutigen Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät – einen langen Bericht zum Projekt Onyx. Er beginnt geheimnisvoll dramatisch mit William Shakespeare's «Heinrich der Fünfte», 2. Aufzug, Szene 2:

*«The King has note of all that they intend,
By interception which they dream not of.»
(Der König weiss von ihrem ganzen Anschlag,
Durch Kundschaft, die sie sich nicht träumen lassen.)*

Wenigstens ansatzweise lüftet die GPDel das Geheimnis um Onyx. Betrieben wird das Aufklärungssystem von der Abteilung «Elektronische Kriegsführung» (EKF) der Untergruppe Führungsunterstützung des Armee-Generalstabs. Der wichtigste Kunde ist der Strategische Nachrichtendienst (SND) von Verteidigungsminister Samuel Schmid, in etwas geringerem Umfang der Inland-Geheimdienst für Analyse und Prävention (DAP) von Justizminister Christoph Blocher.

Geht es nach dem Vorentwurf des Bundesamtes für Polizei zum Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit, soll der DAP das System in Zukunft noch direkter und effizienter nutzen können. Es wäre der totale Lauschangriff auch im Inland, die Wiederauferstehung des Schnüffelstaates, dem anfangs der neunziger Jahre im Nachgang zum Fichenskandal noch die Flügel gestutzt wurden. «Onyx ermöglicht eine Massenüberwachung von Kommunikationen» verrät die GPDel 2003. Und fährt schönfärberisch fort: «Es erleichtert die Beschaffung nutzdienlicher Informationen, beispielsweise bei der Bekämpfung der Proliferation (Weiterverbreitung bzw. Weitergabe; d. Verf.) von Massenvernichtungswaffen oder des internationalen Terrorismus, wobei die diesbezüglichen Kapazitäten des Nachrichtendienstes um ein Vielfaches erhöht werden.»

Technisch ist Onyx auf die Funkaufklärung oder elektronische Beschaffung von Nachrichten ausgerichtet. Im Englischen nennt sich das «Communications Intelligence», kurz COMINT. Abgehört, abgefangen und ausgewertet werden dabei Telefongespräche, E-Mails und Faxe, die über Satellit übermittelt werden. Ein hochkomplexes wie monströses Verfahren: Aus dem All gefischt werden die Nachrichten mittels elektromagnetischer Verbindungen zwischen den Kommunikationssatelliten in der Umlaufbahn und den Parabolantennen auf der Erde, die vier bis achtzehn Meter Durchmesser aufweisen. Im All herrscht

dabei regelrechter Stossverkehr. Allein Intelsat verfügt über zwei Dutzend Satelliten, die den amerikanischen Kontinent, Europa, Afrika, Asien und den Pazifik lückenlos abdecken. Was technisch noch knapp nachvollziehbar scheint, ist in Wirklichkeit viel komplizierter. Das grösste Problem der Agenten in den Lauschzentralen, wie jener im bernischen Zimmerwald, ist nämlich das Herausfiltern relevanter Nachrichten aus dem gewaltigen Kommunikationsstrom mit seinem Sprachenwirrwarr. Das geht nur mit Schlüsselwörtern (key words), von denen man annimmt, dass sie in den abgehörten Kommunikationen vorkommen. Je nach Abhörauftrag können im Onyx zwischen fünf und mehreren hundert Schlüsselwörter eingegeben werden. Bei der Bekämpfung der Proliferation enthält die Key-Words-Liste des Geheimdienstes mehr als 250 Begriffe. «Je präziser die Schlüsselwörter, desto zutreffender die erhaltenen Informationen», heisst es im GPDel-Bericht. «Triviale Ausdrücke» wie Terrorismus, Bombe oder Anthrax wären ungeeignet, weil sie im Nachrichtenaustausch kaum auftauchen würden.

Als vergleichsweise einfach beurteilen Fachleute den Filtrierungsprozess bei Meldungen, die in Textform wie E-Mail oder Telex übermittelt werden. Viel komplexer ist die Filtrierung von mündlichen Nachrichten oder von gedruckten oder handschriftlichen Transkriptionen wie einem Fax. Bei Telefongesprächen kommen automatische Worterkennungssysteme zum Einsatz, die jedoch noch wenig verlässlich funktionieren, vor allem wenn das System die Stimmen der Gesprächsteilnehmer nicht kennt oder sie sich undeutlich ausdrücken. Beim Fax braucht es eine optische Zeichenerkennung. Erst mit Hilfe von OCR-Software (Optical Character Recognition) lässt sich die Pixelgrafik eines Fax in Text verwandeln und auswerten. Geheimdienst-Experten zweifeln an der offiziellen Darstellung, die von der GPDel in der Erklärung vom 31. Januar 2006 verbreitet wurde, wonach

der ägyptische Fax ein Zufallsfund gewesen sei. «Das funktioniert nur mit der gezielten Nummerneingabe effizient», sagt ein Insider. Wie ein Fax mit Onyx abgefangen wird, beschrieb die GPDel schon 2003 sehr anschaulich: «Wenn die Rufnummer des Telefax-Empfängers in einer Leistungsvereinbarung enthalten ist, kann Onyx sämtliche an Frau K. im Verteidigungsministerium von Staat B gesendete Faxe erfassen, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass die Kommunikation durch Satelliten übertragen wird.»

Aufwändiger ist die Auswertung, wenn der Fax chiffriert oder kryptografiert ist, was beim Fax des ägyptischen Aussenministeriums angeblich nicht der Fall war. Das Chiffrieren von Faxen mittels Kryptografie ist deshalb ein einträgliches Geschäft geworden. So wirbt die auf Übertragungssicherheit spezialisierte Firma InfoGuard in Zug auf ihrer Internetseite: «Fax ist auch heute noch – trotz Internet und E-Mail – eines der meistgenutzten Kommunikationsmittel für eine schnelle Übermittlung von Informationen. Die Kehrseite der Medaille: Das unbefugte Eingreifen in die Faxübermittlung ist keine Hexerei. Nur ein gesichertes Faxnetzwerk kann deshalb garantieren, dass geheime Informationen vor fremden Augen geschützt sind.» Das Mittel dagegen: So genannte Intrusionsysteme. Die InfoGuard etwa bietet mit dem «Facsimile Encryption» ein Gerät an, das ganz einfach zwischen einem beliebigen G3-Faxgerät und einer analogen Telefonleitung installiert werden kann. «Damit ist eine einfache, schnelle und allen voran sichere Faxübermittlung gewährleistet», heisst es in der Firmenwerbung. Unter dem gleichen Dach wie InfoGuard residiert ihre berühmte Schwester, die Crypto AG, die sich als führender Anbieter «starker Chiffrierverfahren» anpreist: «Als einziger Hersteller sind wir in der Lage, alle sicherheitsrelevanten Prozesse und Leistungen im eigenen Haus zu entwickeln, zu produzieren und durch eigene Spezialis-

ten zu kontrollieren. Unsere Kunden operieren ausschliesslich mit proprietären, geheimen Chiffrieralgorithmen. Das macht uns zum bevorzugten Partner von Regierungsstellen, diplomatischen Diensten, öffentlichen Verwaltungen und Verteidigungsministerien. Wir verfügen über erprobte Lösungen für praktisch alle Anwenderszenarien.» Branchenkenner vermuten, dass auch der Schweizer Geheimdienst und ihre Abteilung Elektronische Kriegsführung im Onyx-Betrieb mit der modernsten Crypto-Software zum Ver- und Entschlüsseln von Faxen arbeiten.

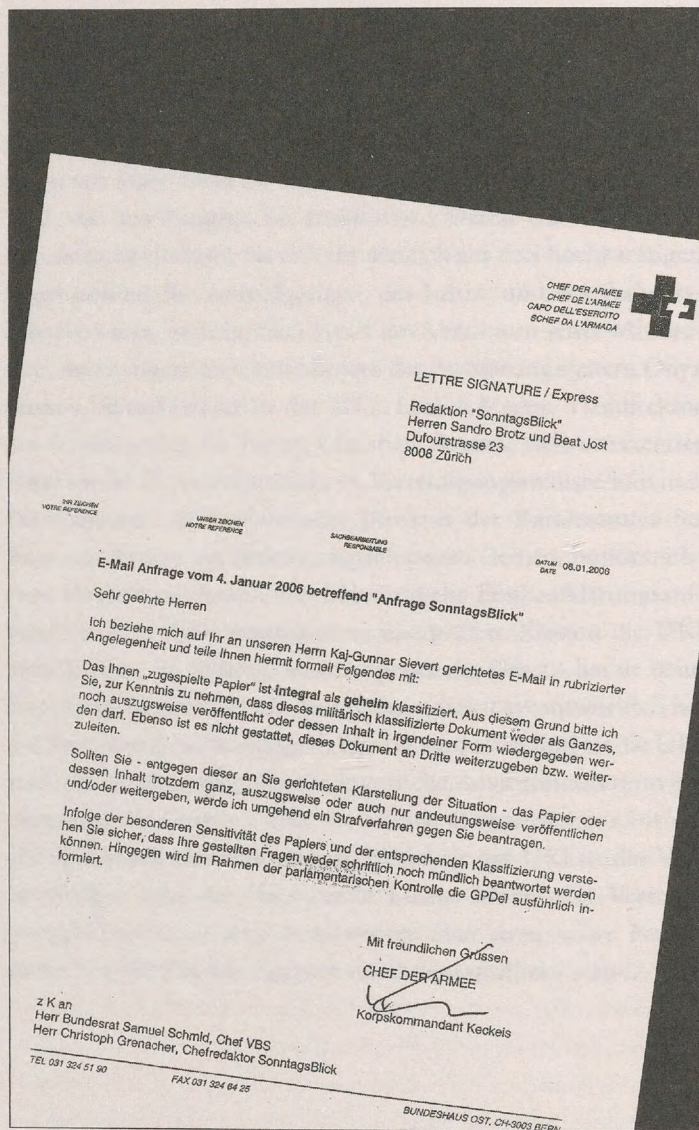
Bei aller hochkomplexen Technik und sündhaft teuren Infrastruktur bleibt unbekannt, wie viel effektiv brauchbare Nachrichten der Schweizer Geheimdienst aus dem «Meer der Belanglosigkeiten» (GPDel) fischt. Die Abhörstatistik wird, wie fast alles rund um Onyx, geheim gehalten. Einen Hinweis zur Effizienz solcher COMINT-Systeme liefern Zahlen des deutschen Bundesnachrichtendienstes BND, die im November 2000 vor einem Ausschuss des europäischen Parlaments genannt wurden. Demnach werden von den rund zehn Millionen täglich aus und nach Deutschland getätigten internationalen Kommunikationsverbindungen rund 800 000 oder acht Prozent über Satelliten abgewickelt. Knapp zehn Prozent davon (75 000) werden durch eine Suchmaschine gefiltert. Es scheint, resümierte der Journalist Jochen Bittner im deutschen Renommierblatt «Die Zeit», dass von diesen Gesprächen nur etwa 700 Informationen beinhalten, die möglicherweise Anhaltspunkte für eine Gefährdung der nationalen Sicherheit enthalten und dass von diesen 700 höchstens 15 Gegenstand einer eingehenden Überprüfung sein könnten. 15 verwertbare Funde auf 10 Millionen Nachrichten. Erfolgsquote: 0,00015 Prozent.

Wie ihre Kollegen im Ausland stehen auch die Agenten des Schweizer Geheimdienstes unter einem enormen Druck. Die versteckten Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe müssen

mit nachrichtendienstlichen Ergebnissen und Erkenntnissen gerechtfertigt werden. Die Gefahr ist allgegenwärtig, dass die Schnüffelopoperationen in die Illegalität abgleiten, zumal sich der Onyx-Einsatz teilweise ohnehin schon in der rechtlichen Grauzone abspielt. Die GPDel und die ihr übergeordnete Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlamentes weisen in ihren Berichten regelmässig auf die bestehenden Unzulänglichkeiten und Lücken hin, insbesondere was die Aufträge des Inlandgeheimdienstes DAP im Bereich der inneren Sicherheit betrifft. Unmissverständlich stellt die GPDel im Bericht 2003 dazu fest: «Wenn das Gesetz auch festhält, dass die Informationssuche ohne Wissen der betroffenen Personen verfolgt werden kann, sieht das Gesetz nicht vor, dass der DAP private Kommunikationen im Ausland abhören oder einen Auftrag zu deren Abhörung erteilen kann.» Als «nicht ausreichend» wird zudem die formelle Gesetzesgrundlage beurteilt, auf die sich der DAP bei der Anordnung von Abhöraktionen stütze. «Heikle Probleme» werfe auch die Lauschtätigkeit im Ausland auf, schlussfolgert die GPDel: «Das Abhören von Kommunikationen im Ausland wirft grundsätzlich die Fragen des Völkerrechts auf, und zwar im Hinblick auf die Grundsätze der Territorialität und den völkerrechtlichen Schutz der Privatsphäre.» Dem Bundesrat wird empfohlen, auch gleich zu prüfen, ob die Gesetzgebung zur Lauschtätigkeit im Ausland mit der Europäischen Menschenrechts-Konvention (EMRK) vereinbar sei.

Ein Jahr später gibt die GPK Entwarnung: Ein verwaltungsinternes Rechtsgutachten des Bundesamtes für Justiz sei zum Schluss gekommen, dass der Lauschangriff im Ausland zu nachrichtendienstlichen Zwecken grundsätzlich EMRK-konform sei – allerdings unter Vorbehalten. Eines der gesetzlichen Mankos: Die fehlende nachträgliche Mitteilung an Personen, die abgehört und bespitzelt wurden.

Gesetzeslücken, Grauzonen, Missbrauchsgefahr. Da stellt sich die Frage: Wer schaut den Agenten in den Onyx-Zentralen und den Chefs der In- und Auslandgeheimdienste bei der elektronischen Kriegsführung auf die Finger? Offiziell zuständig dafür ist seit März 2004 die in der Öffentlichkeit völlig unbekannte UKI, die unabhängige Kontrollinstanz. Deren Unabhängigkeit ist jedoch zweifelhaft. Sie besteht nämlich aus drei hochkarätigen Chefbeamten des Verteidigungs-, des Justiz- und des Verkehrsdepartements, mehrheitlich somit aus Vertretern jener Ministerien, deren eigenen Geheimdienste das Aufklärungssystem Onyx nutzen. Aktuell sitzen in der UKI: Luzius Mader, Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz; Christian Catrina, stellvertretender Direktor für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium und Peter Fischer, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Kommunikation im Verkehrsdepartement. Gemäss bundesrätlicher Verordnung haben die drei sämtliche Funkaufklärungsaufträge auf ihre Rechtmässigkeit zu überprüfen. Kommt die UKI zum Schluss, ein Auftrag verstosse gegen das Gesetz, hat sie beim Departementschef, der für den Geheimdienst verantwortlich ist, die Einstellung zu beantragen. Wie oft sie das tut und ob die UKI auch den Abhörauftrag für das ägyptische Aussenministerium geprüft hat, ist – welch Zufall – natürlich Geheimsache. «Für die öffentliche Information über die Tätigkeit der UKI ist das VBS zuständig», sagt der Vorsitzende Luzius Mader. Im Verteidigungsdepartement aber beantwortet man dazu keine Fragen mehr, seit der Fax aus Ägypten im «SonntagsBlick» stand.



Die Intervention: Armeechef Christophe Keckeis droht im Falle einer Veröffentlichung mit einem Strafverfahren.

3. Im Dienste der Nation

Wie Bundesbern die Veröffentlichung verhindern will

«Wie lange dauert die Sitzung noch?» Yvonne Pola, eine der beiden Sekretärinnen der «SonntagsBlick»-Redaktion öffnet die Tür zum Chefbüro nur einen Spalt und wirft einen fragenden Blick in die versammelte Runde. «Ein wichtiges und dringendes Telefon für Christoph Grenacher.»

Später werden wir erfahren: Es ist Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee und damit zuständig für den geheimen Fax, der auf unserem Schreibtisch liegt.

Es ist Freitagvormittag – noch 36 Stunden bis Redaktionsschluss. Wir sitzen im Büro von Chefredaktor Grenacher. Mit dabei in der Runde sind die Ressortverantwortlichen, die ab jetzt in ihren Bereichen alles Nötige veranlassen müssen. Der stellvertretende Nachrichtenchef Alexander Sautter, Auslandschef Johannes von Dohnányi, Fotochefin Rachel Fichmann, Textchef Klaus Lange und Art-Director Daniel Eggspühler. Erstmals wird eine grössere Anzahl Personen darüber informiert, worüber wir bisher nur mit dem Chefredaktor gesprochen haben. Wir berichten nur kurz und knapp. Wir seien im Besitze eines Fax, in dem Ägypten sagt, dass man aus eigenen Quellen Kenntnis von geheimen Gefängnissen der USA in Europa hätte. Ein Fax, abgefangen vom Schweizer Nachrichtendienst.

Kein Wort hingegen über die Quellen. Eine der obersten Regeln im Journalismus ist, dass Informanten bedingungslos geschützt werden. Dieses Prinzip gilt auch gegenüber den Arbeitskollegen. Wenn ein Informant, beispielsweise aus der Bundes-

verwaltung, einem Journalisten vertrauliche Informationen weitergibt, verstösst er damit gegen das Amtsgeheimnis. Der Kadermann einer Grossbank kommt mit dem Betriebsgeheimnis und allfälligen Verschwiegenheitsklauseln in Konflikt. Der Schutz des Informanten, selbst gegenüber Strafverfolgungsbehörden wie Polizei oder Untersuchungsrichter, ist deshalb ohne Wenn und Aber einzuhalten. Niemand würde je wieder Redaktoren einer Zeitung Vertrauliches erzählen, wenn herauskommen würde, dass die Anonymität nicht gewahrt wird.

Da Journalisten schon berufshalber eine speziell neugierige Gattung sind, kommt aus der Runde sofort die Frage: «Von wo habt ihr das Papier?» Höchstens der Chefredaktor, wenn überhaupt, darf erwarten, dass man ihm gegenüber die Herkunft der Informationen offen legt. Wir sagen: «Sorry, dazu können wir nichts sagen.» Die Runde akzeptiert es ohne Murren.

Es ist aber an der Zeit, die Kolleginnen und Kollegen einzubeziehen. Es gilt Fotos zu organisieren, sich Gedanken über das Layout zu machen, Grafiken zu gestalten. Noch immer wissen die meisten Mitarbeiter in der Redaktion nicht, an was für einer Geschichte wir arbeiten, warum wir seit Tagen immer wieder in Grenachers Büro verschwinden und die Türen hinter uns verschliessen. Markus Guhn, ein junger, vifer Kollege in der Wirtschaftsredaktion, argwöhnt schon, was für eine kriminelle Story wir wohl diesmal auf Lager hätten.

Die Heimlichtuerei fällt uns nicht leicht. Der offene Umgang untereinander ist wichtig auf einer Redaktion, die nachweislich am erfolgreichsten ist, wenn sie im Team arbeitet. Nur absolute Ausnahmekönner oder Verlagsgünstlinge können sich die Allüren von Primadonnen leisten. Wir mauern nicht aus Misstrauen oder Geringschätzung gegenüber den Anderen. Aber das Papier ist dermassen brisant, dass jede vorzeitige Aufregung, jedes unnötige Risiko verhindert werden muss. Eine deutsche

Studie besagt, dass die drei besten Freunde von Journalisten ebenfalls Journalisten sind. Da kann ein falsches Wort zum falschen Zeitpunkt rasch unbeabsichtigt dazu führen, dass die Konkurrenz von der Geschichte Wind bekommt.

Bis zum Anruf von Korpskommandant Keckeis dreht sich die Diskussion im Chefbüro nur um ein Thema: Was, wenn nach der Publikation am Sonntag von den Behörden die Authentizität des Papiers bestritten wird? Die Recherchen haben ergeben, dass das Dokument des Nachrichtendienstes echt sein muss.

Aber die offizielle Bestätigung – das wichtigste Teil im Puzzle – fehlt noch. Zwar hat die Armeespitze bereits am Mittwoch via Mail einen ausführlichen Fragekatalog zum Geheimfax erhalten. Die Antworten sind aber noch ausstehend.

Hinzu kommt: Zum ersten Mal findet ein sensibler Bericht des Nachrichtendienstes den Weg an die Öffentlichkeit. Es ist also nicht abzuschätzen, wie sich der Dienst und ihre obersten Chefs Christophe Keckeis und Samuel Schmid verhalten werden.

Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden gehen bei ihrer Arbeit oft so vor, dass sie sich für den schlimmsten aller Fälle vorbereiten. Auch wir präsentieren der Runde im Büro des Chefredaktors unser Worst-Case-Szenario: Wenn wir keine offizielle Bestätigung aus Bern bekommen, müssen wir auch am Samstagabend um 22.00 Uhr noch in der Lage sein, die Geschichte aus dem Blatt zu kippen. Diese Reissleine brauchen wir. Denn sollte Bundesbern nach Erscheinen des Artikels behaupten, ein solch obskures Dokument existiere gar nicht, sind wir in Beweisnot. Die Befürchtung: Unsere Glaubwürdigkeit ginge den Bach runter und statt über Foltergefängnisse zu diskutieren, würde der «SonntagsBlick» von den Journalistenkollegen mit Häme übergossen, einem gefälschten Dokument aufgesessen zu sein. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch davor hüten, paranoid zu werden. Würden es Regierungsstellen wagen, so kaltschnäuzig zu lügen? Wohl

kaum. Andererseits gelten bei Geheimdiensten andere Spielregeln. Textchef Klaus Lange schlägt deshalb vor, nach dem Trick des Umkehrprinzips zu verfahren: «Wenn wir, ohne die Quellen zu verraten, nicht beweisen können, dass das Dokument echt ist, sollten wir alle Gründe suchen, warum es gefälscht ist. Finden wir keinen Beweis, dass es gefälscht ist, ist es echt.»

In diesem Moment kommt der Anruf von Armeechef Keckeis. Es ist klar, was das bedeutet. Der Drei-Sterne-General wird Chefredaktor Grenacher wohl kaum zum Scoop gratulieren wollen. Vielmehr wird er versuchen, den Artikel zu stoppen. Wichtig ist aber, dass ein solches Telefongespräch nicht mehr demontiert werden kann. Intervenieren tut die Armee nur dann, wenn das Dokument echt ist. Die schlimmsten Befürchtungen sind damit verfliegen.

«Ich rufe zurück», sagt Grenacher knapp. Aufgrund der neuen Situation wird die Sitzung abgebrochen. Wir bleiben zusammen mit dem stellvertretenden Nachrichtenchef Alexander Sautter allein im Büro des Chefredaktors sitzen.

Obwohl im Ringier-Pressehaus an den Arbeitsplätzen Rauchverbot herrscht, darf in Grenachers Büro geraucht werden. Er selber hat dem blauen Dunst abgeschworen. Alle zünden eine Zigarette an, die Spannung der wochenlangen, intensivsten Recherchen hat den Siedepunkt erreicht. Wie will Keckeis die Veröffentlichung verhindern? Wird er mit strafrechtlichen Konsequenzen drohen? Haben wir irgendeinen Umstand ausser Acht gelassen, der jetzt kurz vor Schluss zum Verhängnis werden könnte? Ingeheim musste immer mit einer solchen Intervention gerechnet werden.

«Ich werde mir einfach mal anhören, was er zu erzählen hat», sagt Grenacher. «Muss ich ihn eigentlich mit Herrn Korpskommandant ansprechen?», fragt er schmunzelnd. «Du bist Zivilist, ein simples Grüezi Herr Keckeis tut es sicher auch», rät ihm Saut-

ter. Dann verlassen wir zusammen das Büro und Grenacher wählt die Nummes des Armeechefs. Es folgt ein rund zehnminütiges Gespräch zwischen Chefredaktor und Armeechef, in dem beide ihre unterschiedlichen Standpunkte auf den Tisch legen.

Nach dem Telefonat ist klar: Keckeis erwartet, dass im Dienste der Nation auf eine Publikation verzichtet wird. Zudem sei ein Expressbrief unterwegs, der auf die rechtlichen Konsequenzen aufmerksam mache. «Wir machen weiter wie gehabt», entscheidet Grenacher. «Menschenrechte sind wichtiger als das Amtsgeheimnis. Für diesen Artikel übernehme ich die volle Verantwortung.»

Für uns bedeutet das: Wir erhöhen den Druck und rufen den Zürcher SVP-Ständerat Hans Hofmann zuhause an. Der 66-Jährige ist Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) von National- und Ständerat. Frage: «Haben Sie Kenntnis von der Abhöraktion des Geheimdienstes gegen das ägyptische Aussenministerium?» Hofmann fällt aus allen Wolken, weiss nichts vom diffizilen Vorgang. Trotzdem verurteilt er die drohende Enthüllung des Geheimdokuments spontan als «Indiskretion sondergleichen». Er warnt uns, dass wir mit der Publikation eine Strafklage riskieren würden.

Dann klopfen wir bei den drei Mitgliedern der so genannt Unabhängigen Kontrollinstanz (UKI) an. Die drei Chefbeamten aus dem Verteidigungs-, Justiz- und Verkehrsministerium sind von Gesetzes wegen verpflichtet, sämtliche Abhöraufträge im Rahmen der Funkaufklärung vorgängig auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Wir senden den UKI-Mitgliedern per Fax den Geheimdienst-Report samt zwei Fragen: Wann haben Sie Kenntnis vom erwähnten, beiliegenden Dokument erhalten? Haben Sie die Rechtmässigkeit des Auftrages bejaht oder allenfalls einen Einstellungsantrag an den dafür zuständigen Departementschef gerichtet? Ein paar Stunden später ruft der UKI-Vorsitzende Lu-

zius Mader an. Seine Antwort fällt, wie wir noch sehen werden, mehr als mager aus.

Nächster Anruf in Wien bei Manfred Nowak, dem Leiter des renommierten Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte. Der Rechtsprofessor ist seit rund einem Jahr als Uno-Sonderberichterstatter über die Folter tätig. Novak hat schon viel beachtete Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Bosnien, China, Nepal und in der Mongolei veröffentlicht. Derzeit arbeitet er an einem Bericht über das US-Straflager Guantánamo auf Kuba. Wir möchten von ihm wissen, welche Bedeutung er dem ägyptischen Fax beimisst. Er willigt sofort in ein Interview ein.

Dringend sprechen müssen wir auch den freisinnigen Ständerat Dick Marty. Der ehemalige Tessiner Staatsanwalt war als Mafia-Jäger berühmt geworden. Anfangs November hat ihn der Europarat als Sonderermittler in der CIA-Affäre eingesetzt. Wir erreichen Marty in seiner Tessiner Heimat und vereinbaren mit ihm ein Treffen am nächsten Tag in Lugano, um ihm das Geheimdokument auszuhändigen. Der Sonderermittler ist sehr an der bevorstehenden Berichterstattung interessiert. Er erklärt sich bereit, sich zu den Geheimgefängnissen, Gefangennahmen und Verschleppungen zu äussern – allerdings unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass er die Authentizität des Dokuments nicht überprüfen konnte.

In der Redaktion des «SonntagsBlick» laufen unterdessen die Vorbereitungen für die Veröffentlichung der Fax-Geschichte auf Hochtouren. Ein Übersetzungsprofi wird mit der Übertragung des Geheimdienst-Reports vom Französischen ins Deutsche beauftragt. Wir suchen in den Mediendatenbanken nach Artikeln zur CIA-Affäre. Die Spezialisten von der Ringier-Text-Dokumentation im Erdgeschoss des Pressehauses durchstöbern ihre reichhaltigen Archive nach weiteren Beiträgen, vorab in ausländischen Zeitungen.

Kurz vor 16 Uhr klingelt in der Redaktion das Telefon. «Ein Herr aus dem VBS steht hier unten am Empfang und will mit Brotz und Jost sprechen», meldet der Portier von der Loge des Pressehauses. Warum schickt das Verteidigungsdepartement einen Mann nach Zürich?

Da keiner seine Neugier unbefriedigt lassen will, fahren wir zusammen mit Sautter im Lift vom vierten Stock hinunter zum Empfang. Auf dem Ledersessel beim Eingang sitzt ein dick eingehüllter Mann, der eine Aktenmappe in den klammen Fingern hält. Draussen ist es bitterkalt. Es ist Kaj-Gunnar Sievert, früherer Pressesprecher des Strategischen Nachrichtendienstes, Autor des Buches «Kommandounternehmen», worin er über die Tätigkeit militärischer Spezialeinheiten im weltweiten Einsatz schrieb. Heute ist er Pressesprecher der Abteilung «Verteidigung» bei der Armee. «Herr Sievert, was verschafft uns die Ehre», begrüßen wir den ehemaligen Journalistenkollegen. «Ich bin nur der Bote», antwortet Sievert und holt aus seiner Tasche einen Brief hervor. «Wie Sie wissen, wollten wir Ihnen den Brief von Korpskommandant Keckeis per Express zustellen. Wir waren aber nicht sicher, ob er noch rechtzeitig ankommen würde. Deshalb bin ich von Bern nach Zürich gereist, um Ihnen den Brief persönlich zu übergeben.»

Sievert ist die ganze Sache unangenehm. Um in Ruhe miteinander zu sprechen, wird er in die Ringier-Cafeteria zum Kaffee eingeladen. Den Brief mit der kurzen Anrede «Sehr geehrte Herren» legt er in zweifacher Ausführung vor, ausserdem will Sievert noch eine Kopie an Chefredaktor Grenacher aushändigen. «Ich bitte Sie, den Empfang des Schreibens mit Ihrer Unterschrift zu quittieren», sagt Sievert und holt ein weiteres vorgefertigtes Papier aus der Tasche.

Sievert wird ins Büro des Chefredaktors begleitet. Zuvor liessen die Redaktoren sicherheitshalber sämtliche heiklen Un-

terlagen verschwinden, damit der unerwartete Besuch nicht zufällig irgendetwas sehen könnte, dass ihm Aufschluss über den Stand der Recherche oder der Informanten geben könnte.

Grenacher begrüsst den Berner Boten mit einem freundlichen «Hoi Kaj». Die beiden kennen sich von früher, als Sievert noch als Journalist bei der «SonntagsZeitung» arbeitete und Grenacher dort als stellvertretender Chefredaktor sein Vorgesetzter war.

«Unter Bestreitung des Inhalts» visiert Grenacher stellvertretend für das Autorenduo die beiden Briefe und Sievert wird wieder aus der Redaktion begleitet. Er verabschiedet sich und meint: «Jetzt muss ich wieder zurück nach Bern, ich habe schliesslich noch andere Arbeiten zu erledigen.» Als der Spuk vorbei ist, kommentiert ein Unbeteiligter in der Redaktion trocken: «Bin ja mal gespannt, was als Nächstes passiert. Viel merkwürdiger kann es kaum noch werden.»

Der Brief von Korpskommandant Keckeis lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

«Sehr geehrte Herren

Ich beziehe mich auf Ihr an unseren Herrn Kaj-Gunnar Sievert gerichtetes E-Mail in rubrizierter Angelegenheit und teile Ihnen hiermit formell Folgendes mit:

Das Ihnen «zugespielte Papier» ist integral als geheim klassifiziert. Aus diesem Grund bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass dieses militärisch klassifizierte Dokument weder als Ganzes, noch auszugsweise veröffentlicht oder dessen Inhalt in irgendeiner Form wiedergegeben werden darf. Ebenso ist es nicht gestattet, dieses Dokument an Dritte weiterzugeben bzw. weiterzuleiten.

Sollten Sie – entgegen dieser an Sie gerichteten Klarstellung der Situation – das Papier oder dessen Inhalt trotzdem ganz, auszugsweise oder auch nur andeutungsweise veröffentlichen und/oder

weitergeben, werde ich umgehend ein Strafverfahren gegen Sie beantragen.

Infolge der besonderen Sensitivität des Papiers und der entsprechenden Klassifizierung verstehen Sie sicher, dass Ihre gestellten Fragen weder schriftlich noch mündlich beantwortet werden können. Hingegen wird im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle die GPDel ausführlich informiert.

Mit freundlichen Grüssen, CHEF DER ARMEE, Korpskommandant Keckeis.

z.k. an

Herr Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS

Herr Christoph Grenacher, Chefredaktor SonntagsBlick»

Die Ausgangslage steht damit fest: Wenn der Artikel erscheint, werden wir als Autoren und vermutlich auch Chefredaktor Grenacher juristisch belangt. «Ich übernehme die Verantwortung», betont Grenacher erneut und hält uns damit den Rücken frei, damit wir uns ums Wesentliche kümmern können – die journalistisch korrekte Umsetzung der Recherchen zu einer hieb- und stichfesten Geschichte im Blatt.

Etwas bewirkt der Brief jedoch: Ursprünglich war geplant, das Dokument am Samstag früh im Tessin Dick Marty zu übergeben. Nun besteht jedoch die Gefahr, dass der Europarat-Sonderermittler ebenfalls in eine Strafuntersuchung verwickelt werden könnte, wenn er vor der Publikation in den Besitz des Geheimdokuments gelangt.

Das Treffen wird abgesagt, der Fax bleibt beim «SonntagsBlick». Damit wird verhindert, dass die Arme der Justiz ungerechtfertigterweise auf Marty übergreifen.

Die vergangenen Tage waren spannend, aber anstrengend. Mehrere 18-Stunden-Tage aneinander gehen an keinem spurlos vorüber. Erste Ermüdungserscheinungen machen sich bemerk-

bar. Grenacher motiviert uns, bietet uns sogar an, im nahen Hotel zu übernachten, statt spät nachts noch lange Arbeitswege, sogar bis nach Bern, auf sich zu nehmen.

Keiner schläft in der folgenden Nacht besonders gut. Wie wird Bern nach der Veröffentlichung reagieren? Was wird Ägypten dazu sagen, dass es von der Schweiz abgehört wird? Werden andere Medien nur schreiben, dass der «SonntagsBlick» ein Geheimnis verletzt hat oder werden sie die dringend notwendige Diskussion über Foltergefängnisse vorantreiben?

Diese Fragen bleiben auch am Samstagmorgen noch unbeantwortet. An der Zehn-Uhr-Konferenz informiert Christoph Grenacher die Redaktion: «Ich bitte um Verständnis, dass ich euch in den letzten Tagen über diese Geschichte im Unwissen liess.» Dann fasst er die Geschichte zusammen. «Insgesamt bringen wir morgen zehn Seiten dazu.»

Die Redaktion reagiert zurückhaltend. Verständlich, denn noch haben sie die Geschichte nicht gelesen, haben den Fax nicht gesehen und können somit das ganze Ausmass der Geschichte nicht abschätzen. Nach Grenachers Worten wird die Sitzung regulär weitergeführt und die Zeitung gestaltet. Denn das morgige Blatt besteht nicht nur aus der Fax-Affäre: Bundesrat Joseph Deiss fordert, die Arbeitslosenversicherung zu sanieren; bei der Vogelgrippe stellt sich die Frage, ob wirklich die Zugvögel schuld an der Ausbreitung der Seuche sind und das Robbie-Williams-Groupie Noémie ist frisch verliebt.

«Schlagzeilensitzung» heisst der nächste Termin. Wie bringt man die Rechercheergebnisse auf einen kurzen Nenner? Was sind die richtigen Worte, damit die Leserin und der Leser am nächsten Morgen am Kiosk den Inhalt der Geschichte erfassen?

«Schreiben, was drin steht», heisst ein Leitsatz im Journalismus. «Können wir von Foltergefängnissen schreiben?», fragen wir. «Nach allem, was wir wissen, darf man davon ausgehen, dass

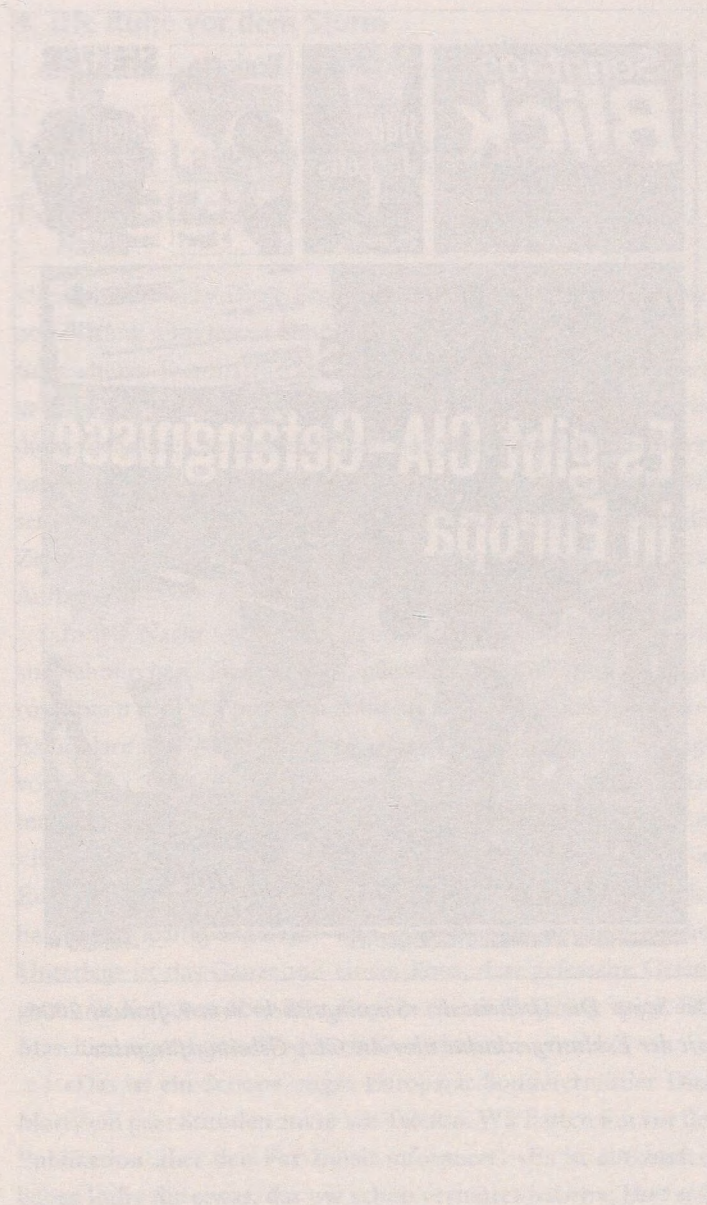
dort gefoltert wird.» «Aber im Fax ist nur von geheimen Gefängnissen und nicht von Folter die Rede», gibt jemand zu bedenken. So muss es sein: Widerspruch, Zweifel, kritisch hinterfragen, auch in der grössten Euphorie. So werden wir von den Kollegen auch an der Schlagzeilensitzung nochmals gebrieft. Dann einigen wir uns auf den Text für die Frontseite: «Exklusiv: Der Beweis. Es gibt CIA-Gefängnisse in Europa.» Und darunter: «Die Schweiz weiss davon – und schweigt.»

Doch wie weiter auf Seite zwei? «Es muss nochmals aufgenommen werden, dass Bundesbern über die US-Praktiken Bescheid weiss und nichts dazu sagt», findet Sautter. «Es geht doch darum, dass offensichtlich ein Staat etwas weiss, worüber der Rest der Welt momentan nur spekuliert», wirft Auslandschef Johannes von Dohnányi ein. Die Zeile ist geboren: «Ägypten weiss, was die Welt nur vermutet.» Dazu die Unterzeile: «Die Amis führen geheime Gefängnisse.» Da wirft die stellvertretende Chefredaktorin Susanne Mühlemann ein: «Amis tönt so abschätzig, kann man nicht Amerikaner oder US-Regierung sagen?» Art Director Daniel Eggspühler schüttelt energisch den Kopf: «Amerikaner ist als Wort viel zu lang – Amis tönt doch auch besser.»

Die Schlagzeilen sind gemacht, an den Texten werden die letzten Anpassungen vorgenommen. Chefredaktor Grenacher liest jeden Artikel, bevor er in die Zeitung kommt. Routiniert kommt der samstägliche Produktionsbetrieb des «SonntagsBlick» auf Touren. Seiten werden gestaltet, Artikel vom Textchef gegengelesen, im Korrektorat letzte Fehler beseitigt.

Kurz nach 23 Uhr. Die letzten Seiten werden an die Druckerei übermittelt, die Geschichte ist nicht mehr zu stoppen. Sautter geht zum Fax, um die letzte Handlung des Tages zu vollziehen. In den Händen hält er ein Papier mit dem Titel «Exklusive Vorabmeldung des «SonntagsBlick» – Sperrfrist bis Mitternacht.» Es ist der Fax, der jeweils an die Presseagenturen und

elektronischen Medien verschickt wird, damit sie bereits vor dem Erscheinen der Zeitung am Morgen wissen, über was das Blatt berichten wird. Die Redaktionen erhalten eine kurze Zusammenfassung der Geschichte, die um die Welt gehen wird. Doch von der Lawine, die in den nächsten Tagen auf uns zurollen wird, haben wir nicht den Hauch einer Ahnung. Während die Fax-Maschine das Papier an rund 30 Lokalradios, TV-Stationen und an internationale Presseagenturen verschickt, fragt sich Sautter, ob irgendwo auf der Welt ein Geheimdienst diesen Fax ebenfalls aus dem Äther fischt.





Der Scoop: Die Titelseite des «SonntagsBlick» vom 9. Januar 2006 mit der Exklusivgeschichte über die CIA-Geheimgefängnisse.

4. Die Ruhe vor dem Sturm

Wie die Lawine anrollt und wo der Fax versteckt wird

«Ist das Blatt zu?» Diese Frage gehört im Produktionsablauf einer Zeitung zum festen Ritual. Gestellt wird sie kurz vor Redaktionsschluss. Das Blatt ist dann zu, wenn alle Seiten elektronisch in die Druckerei übermittelt wurden. Beim «SonntagsBlick» ist diese «deadline» an diesem Abend um zehn Minuten vor Mitternacht. Dann muss die letzte Seite im luzernischen Adligenswil sein. Nur 20 Minuten später geht die letzte Druckplatte auf die Zeitungsrotationen. Jede Verspätung kostet Nerven, Geld und Auflage.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Januar 2006 läuft alles wie am Schnürchen. Das Blatt ist pünktlich zu und die Zeitungsrotationen spucken pro Stunde bis zu 120 000 «SonntagsBlick»-Exemplare aus. Mehr als 100 Lieferwagen bringen die Auflage von gegen 300 000 Zeitungen auch in dieser Nacht in die letzten Winkel der Schweiz an die Kioske und zu den Automaten. «Exklusiv – der Beweis: Es gibt geheime CIA-Gefängnisse in Europa», lautet die Schlagzeile. Art Director Daniel Eggspühler hat sie fünfspaltig angelegt – also quer über die gesamte Fläche. Unterlegt ist das Ganze mit einem Foto, dass gefesselte Gefangene mit Kapuzen über dem Kopf in einem Flugzeug zeigt. Die Maschine ist auf dem Weg nach Guantánamo.

«Das ist ein Scoop», sagte Europarat-Sonderermittler Dick Marty ein paar Stunden zuvor am Telefon. Wir hatten ihn vor der Publikation über den Fax-Inhalt informiert. «Es ist ein zusätzliches Indiz für etwas, das wir schon vermutet haben», lässt sich

Marty in dem Artikel zitieren. Die Wahrheit komme nun «stückweise heraus». Ex-Mafiajäger Marty fordert die Regierungen in seiner Stellungnahme klipp und klar auf: «Sagt in dieser Sache endlich die Wahrheit.»

Doch wie wird Bundesbern reagieren? Darüber wird weit nach Mitternacht beim gemeinsamen Bier von Redaktion und Produktion im Restaurant «Qualignos» gleich gegenüber dem Pressehaus diskutiert. Die Stimmung ist nicht etwa euphorisch, sondern abwartend. «Entweder Watergate oder Waterloo», wird gefrotzelt.

Das geheime Originaldokument wird noch in der selben Nacht irgendwo ausserhalb der Redaktion in einem Bücherregal versteckt – zwischen den 766 Seiten von Fjodor Dostojewskijs «Verbrechen und Strafe».

Der Sonntag beginnt mit einer Überraschung. Das Verteidigungsdepartement schaltet auf seiner Internetseite ein Pressecommunique auf und liefert damit eine öffentliche Bestätigung für die Echtheit des Fax:

«Stellungnahme zum Artikel im SonntagsBlick vom 8. Januar 2006

Der Artikel im SonntagsBlick «EXKLUSIV: DER BEWEIS – Es gibt CIA-Gefängnisse in Europa. Die Schweiz weiss davon und schweigt.» stützt sich auf ein Papier, das integral als geheim klassifiziert ist. Dieses wurde offenbar der Redaktion des SonntagsBlick zugespielt.

Infolge der besonderen Sensitivität des Dokuments und der entsprechenden Klassifizierung nimmt das Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu dessen Inhalt nicht Stellung. Hingegen wird im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle die GPDel ausführlich informiert. Zudem wird der Departementschef, Bundesrat Samuel Schmid, eine Administrativuntersuchung einleiten und behält sich weitere rechtliche Schritte vor.

EIDG. DEPARTMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND SPORT

Information»

Kaum eine Radiostation in der Schweiz kommt in den kommenden Stunden darum herum, den Primeur des «SonntagsBlick» zu vermelden. Einen groben Schnitzer leistet sich dagegen die Tagesschau des Schweizer Fernsehens. Weil es der Redaktion nicht gelingt, einen VBS-Vertreter vor die Kamera zu bewegen, wird auf eine Berichterstattung verzichtet.

Eine veritable Fehleinschätzung, wie später auch der Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, Ueli Haldimann, zugeben muss. In seinem Weblog schreibt er selbstkritisch: «Auch unsere News-sendungen sind unterdessen recht gut am Ball und recherchieren an den zahlreichen Verästelungen der Story, nachdem am Sonntag die Tagesschau den Auftakt souverän verpasst hat. But that's another story.»

Das VBS hat unterdessen ein zweites Pressecommunique verbreiten lassen und greift darin den «SonntagsBlick» frontal an:

«Verfahren wegen Verletzung militärischer Geheimnisse

Gegen den Chefredaktor sowie gegen zwei weitere Mitarbeiter der Zeitung «SonntagsBlick» wurde ein militärgerichtliches Verfahren angeordnet. Sie werden verdächtigt, militärische Geheimnisse veröffentlicht zu haben. Gegen die unbekannte Täterschaft, welche die geheimen Informationen an den «SonntagsBlick» weiterleitete, wurde eine vorläufige Beweisaufnahme eingeleitet.

Der Oherauditor der Schweizer Armee hat gegen den Chefredaktor sowie gegen zwei Redaktoren der Zeitung «SonntagsBlick» eine Voruntersuchung angeordnet. Sie werden verdächtigt, militä-

rische Geheimnisse veröffentlicht zu haben. Das Verfahren wird vom Untersuchungsrichter des Militärgerichts 6 geleitet.

In der Ausgabe vom 8. Januar 2006 veröffentlichte der «SonntagsBlick» im Artikel «EXKLUSIV: DER BEWEIS – Es gibt CIA-Gefängnisse in Europa. Die Schweiz weiss davon – und schweigt» ein Dokument, das der militärischen Geheimhaltung untersteht.

In einem zweiten Verfahren soll ermittelt werden, wie das als geheim klassifizierte Dokument an den «SonntagsBlick» gelangte. Der Oberauditor hat deshalb eine vorläufige Beweisaufnahme gegen unbekannte Täterschaft angeordnet.

Die Verletzung militärischer Geheimnisse wird gemäss dem Militärstrafgesetz mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, Gefängnis oder Busse bestraft.

OBERAUDITORAT

Chef Medien und Information

Martin Immenhauser»

In den folgenden Tagen erlebt der «SonntagsBlick» einen nie da gewesenen Ansturm von Journalisten aus der ganzen Welt. Während die meisten Schweizer Medien – mit Ausnahme von «Tages-Anzeiger», «Neue Zürcher Zeitung», «Basler Zeitung» und «Aargauer Zeitung» – einen unkritischen Verlautbarungsjournalismus betreiben, fragen dutzende ausländischer Medienschaffender direkt an der Dufourstrasse nach.

Der Fax-Inhalt wird von «Al Jazeera» über «BBC» bis zur «Washington Post» vermeldet. Selbst in China, Indien und Malaysia ist die ägyptische Bestätigung, dass es in Europa geheime CIA-Gefängnisse gibt, ein Thema. Das bosnische Nachrichtenmagazin «Dani» kreiert den Begriff vom «Alpen-Watergate».

Nur die rumänische Tageszeitung «Cotidianul» wird zwei

Wochen später behaupten, der vom Schweizer Geheimdienst abgefangene ägyptische Fax beruhe auf den Aussagen des rechtsradikalen Rumänen Corneliu Vadum Tudor. Dieser habe am 4. November 2005 in seiner Parteizeitung eine Erklärung mit Aussagen über geheime CIA-Gefängnisse in Osteuropa veröffentlicht. Der Text sei von der ägyptischen Botschaft in Bukarest aufgegriffen und nach Kairo gesandt worden. Rumänien will in die EU und hat deshalb allen Grund, die Existenz eines Verhörzentrums zu bestreiten. In dem Fax wird denn auch auf «eigene Quellen» Bezug genommen – und nicht auf Aussagen eines Rechtsextremisten.

Es wird nur einer von unzähligen Versuchen bleiben, die geheimen CIA-Gefängnisse herunterzuspielen. Es wird zu einem Lehrstück ausarten, wie auch die Schweizer Regierung einen Skandal vertuschen will. Es wird ein Trauerspiel aufgeführt – in einer Vorzeige-Demokratie, die gerne von Menschenrechten spricht, aber letztlich kleinmacht, kneift und kuscht.



Die Ami-Freunde: Statt den Fax-Inhalt zu diskutieren, bangt Bundesbern um das Freihandelsabkommen mit Washington.

5. Nichts sehen. Nichts hören. Nichts sagen.

Wie der Bundesrat die Fax-Affäre runterspielt

Mittwoch, 11. Januar 2006, kurz vor 14 Uhr, im Bundeshaus. Im Säulengang vor dem Saal 86 versammeln sich die Journalisten. Sie warten auf die Pressekonferenz des Bundesrats. In Grüppchen stehen sie zusammen. Justizminister Christoph Blocher komme heute, um über das neue Waffengesetz zu informieren, heisst es. Der Polterer der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ist immer für eine Überraschung gut, geniesst bei den Medienschaffenden speziellen Unterhaltungswert. Wird Blocher, dem mit dem Dienst für Aufklärung und Prävention (DAP) ein eigener Geheimdienst unterstellt ist, auch etwas zur CIA-Affäre sagen?

Vor Blocher mischt sich Vizekanzler und Bundesratssprecher Oswald Sigg unter die Journalisten. «Der Schalldämpfer» («Facts») liebt den leisen Auftritt und die feinen Töne. «Was, Ihr seid noch auf freiem Fuss? Das freut mich aber», begrüsst er die «Sonntags-Blick»-Redaktoren auch an diesem Tag freundlich. Der 62-jährige Sigg ist ein ausgekochter Informationsprofi, wahrscheinlich der beste in Bundesbern.

Seit dreissig Jahren ist der Sozi, Spross einer kleinbürgerlichen Familie aus dem zürcherischen Höngg, die Stimme mächtiger Männer: Zuerst der SP-Finanzminister Willi Ritschard und Otto Stich, dann der SRG-Generaldirektoren Antonio Riva und Armin Walpen, später der SVP-Verteidigungsminister Adolf Ogi und Samuel Schmid, zuletzt für kurze Zeit Stabschef im Uvek von SP-Verkehrsminister Moritz Leuenberger. Ende April 2005 wird er in einer umstrittenen Wahl überraschend neuer Vizekanzler. Die Ro-

mands und Tessiner toben, FDP-Bundesrats Pascal Couchepin attackiert Sigg seither bei jeder Gelegenheit. Doch der nimmt die Dauerkritik gelassen hin.

Mit Bundesrat Blocher im Schlepptau betritt Sigg, der ungewohnt nervös und angespannt wirkt, den Saal 86. Der ist bis auf den letzten Stuhl besetzt, viele stehen an den Wänden entlang. Die Fernsehleute bringen ihre Kameras in Stellung, Fotografen rangeln sich um die besten Positionen. Eine Stagiaire-Klasse der Westschweizer Journalistenschule zwingt sich am Schluss in den Saal. Der Journalistennachwuchs will live miterleben, wie die Landesregierung die hohe Kunst der Kommunikation praktiziert. Nach zweieinhalb Minuten – nach einer kurzen Begrüssung und zwei Mitteilungen – kommt der Bundesratssprecher zur dritten Mitteilung: Der «Erklärung des Bundesrates zur Veröffentlichung eines als geheim klassifizierten Dokuments». Mit eiserner Miene, emotionslos wie seinerzeit die Sprecher der kommunistischen Zentralkomitees im Kreml, liest Sigg zwei Minuten lang den Text herunter, Wort für Wort, keines mehr, keines weniger:

«Der Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Veröffentlichung eines als geheim klassifizierten Papiers befasst. Er verurteilt die Weiterleitung dieses Dokumentes an die Presse ebenso wie dessen Veröffentlichung im «SonntagsBlick». Wer so handelt, schädigt Ansehen und Glaubwürdigkeit unseres Landes. Und macht sich ausserdem strafbar.

In dem Zusammenhang hat der Bundesrat davon Kenntnis genommen, dass gegen die unbekannte Täterschaft, welche den militärisch klassifizierten Fax dem «SonntagsBlick» zugespielt hat, eine vorläufige Beweisaufnahme eingeleitet worden ist. Im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle wird der Bundesrat die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments ausführlich über den Vorfall informieren.

Ebenfalls zur Kenntnis genommen hat der Bundesrat, dass die Bundesanwaltschaft gegen den «SonntagsBlick» ermittelt und der Oberauditor der Schweizer Armee gegen den Chefredaktor sowie gegen zwei weitere Mitarbeiter dieser Zeitung ein militärgerichtliches Verfahren angeordnet hat.

Der Bundesrat stellt fest, dass der Strategische Nachrichtendienst im Rahmen seines Mandats und im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben vorgegangen ist. Die Meldung wurde analysiert und in einer Zusammenfassung den zuständigen Stellen zur Verfügung gestellt. Der Bundesrat hält ausserdem fest, dass das fragliche Dokument Informationen enthält, die bereits öffentlich bekannt sind, aber nach wie vor nicht verifiziert werden konnten.»

Ende der Erklärung. «Das, meine Damen und Herren, wären meine Mitteilungen gewesen. Haben Sie noch Fragen zum allgemeinen Teil der Bundesratssitzung?» Sigg schaut fragend in die Runde.

Bruno Vanoni vom «Tages-Anzeiger» streckt, wie so oft, als erster den Finger: «Man sagt, die Zusammenfassung sei den zuständigen Stellen zugestellt worden. Gehören zu den zuständigen Stellen auch Herr Bundesrat Blocher und Frau Bundesrätin Calmy-Rey?»

Sigg: «Ich nehme dazu keine Stellung. Wie Sie jetzt gerade gehört haben, ist diese Sache Gegenstand von Untersuchungen und Verfahren und dazu nehme ich keine Stellung.»

Niklaus Ramseyer von der «Basler Zeitung» setzt nach: «Dann stelle ich die Frage Herrn Bundesrat Blocher. Was haben Sie denn von dieser Sache gewusst? Hatten Sie das Originaldokument oder nur die Zusammenfassung?»

Blocher, der Predigt erprobte Pfarrerssohn, der es im Chemiegeschäft zum Milliardär brachte, gerät ins Stottern, spricht abgehackt, bringt keine drei richtigen Sätze zustande: «Ich bin für

das zweite Geschäft da. Ich bin für Transparenz. Aber wenn es geheime Dokumente sind, bin ich für geheim. Und die geheime, über geheime, so genannt geheime Dokumente spricht man nicht, über deren Inhalt, und man spricht auch nicht, wer es hat, wer es nicht hat. Ich nehme keine Stellung dazu, weil es geheim ist.» So brav und kleinlaut hat man den SVP-Tribun seit seiner Wahl in den Bundesrat im Dezember 2003 noch nie erlebt.

Tagi-Mann Vanoni gibt sich noch nicht zufrieden: «Man sagt, die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments werde ausführlich über den Vorfall informiert. Man hat gehört, dass diese Sitzung gegen Ende Januar stattfinden soll. Finden Sie nicht, dass die Öffentlichkeit auch schon vorher ein paar zusätzliche Informationen erhalten sollte, zum Beispiel über die Strategie, die der Bundesrat oder das Aussendepartement jetzt eingeschlagen haben, um allfällige Schäden im Ausland in Grenzen zu halten?»

Sigg mauert weiter: «Nein, dazu nehme ich keine Stellung.» Anderentags wird der «Tages-Anzeiger» titeln: «Indiskretion verurteilt, sonst geschwiegen». Vanonis Analyse: «Der Bundesrat gibt sich zu den Geheimdienst-Erkenntnissen über CIA-Gefängnisse zugeknöpft. Er versucht, den Schaden zu mindern, statt das Problem aktiver anzugehen.»

Im Saal 86 des Bundeshauses traut sich nun auch TV-Mann Hanspeter Forster nachzuhaken: «Hat sich der Bundesrat auch über die Tatsache solcher Geheimgefängnisse und geheimer Überflüge über die Schweiz und diesen Themenkreis unterhalten und wenn ja oder nein, was gedenkt er dagegen zu tun?»

Sigg: «Die Überflüge waren am Rande ein Thema in der heutigen Bundesratssitzung. Abklärungen zu allenfalls rechtswidrigen Überflügen oder Landungen sind bekanntlich im Gang und nehmen ihren Lauf. Bis jetzt haben wir keine Beweise.»

Nochmals Forster: «Hat sich der Bundesrat vielleicht selbstkritisch darüber unterhalten, ob man nicht vielleicht Dick Marty,

den Delegierten des Europarates, hätte informieren sollen? Wäre die Schweiz nicht verpflichtet, ihm solche Informationen mitzuteilen.»

Sigg: «Darüber hat sich der Bundesrat nicht unterhalten.» Die peinliche Posse ist vorbei. Augenscheinlicher hätte der Bundesrat seinen öffentlichen Kniefall vor der Bush-Regierung in Washington nicht demonstrieren können.

Was den Bundesrat am Vormittag an der ersten Sitzung im neuen Jahr zu dieser feigen Haltung getrieben hat, sickert erst später nach und nach durch. Es sind nicht die vermuteten Geheimgefängnisse und Folterflüge der CIA, die der Regierung Kopfzerbrechen machen. Auch nicht die Verletzung des Völkerrechtes und der Menschenrechte durch die USA bereiten ihr Sorgen. Nein, es ist die pure Panik, die nackte Angst, die Amerikaner nicht noch mehr zu verärgern, welche die Diskussion an diesem Morgen im Bundesratszimmer bestimmt.

Verteidigungsminister Samuel Schmid duckt sich wie ein Strafschüler hinter seinem Pult. Der «halbe Bundesrat», wie ihn seine eigene SVP öffentlich verhöhnte, ist für einmal nicht das stramme Männchen, das er sonst so gern markiert. Schmid ist in der Defensive, muss Kritik einstecken wegen dem Leck in seinem Auslandsgeheimdienst, dem Strategischen Nachrichtendienst (SND). Doch der VBS-Chef hatte vorgesorgt. Er präsentiert dem Bundesrat den Entwurf der Erklärung, die Bundesratssprecher Oswald Sigg später an der Pressekonferenz vortragen muss. Ausgearbeitet wurde die Stellungnahme von Schmid's Geheimdienstleuten selbst – entsprechend einseitig ist sie ausgefallen.

Einzig Aussenministerin Micheline Calmy-Rey stösst sich daran, dass nur die Veröffentlichung des Geheimdokumentes durch den «SonntagsBlick» verurteilt werden soll. Die Sozialdemokratin verlangt, dass die Erklärung wenigstens mit zwei, drei kritischen Sätzen zu den vermuteten Menschenrechtsverletzun-

gen des CIA ergänzt wird. Es ist ein Stich ins Wespennest. Die Männerrunde gerät in Rage, drischt auf Calmy-Rey ein. «Das ist zu billig», sagt der eine. «Es ist der falsche Zeitpunkt», warnt der andere. Jede Erwähnung der amerikanischen Folterpraktiken in Europa verleihe der Indiskretion im «SonntagsBlick» eine unerwünschte Legitimation, hält der Dritte dagegen. Besonders der Christdemokrat Joseph Deiss sitzt auf dem gepolsterten Sessel wie auf Nadeln. Noch träumt der Wirtschaftsminister vom Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens mit den USA, trotz erbitterter Opposition der Bauern. Die befürchten ihren Ruin, wenn die rigorosen Zollabauforderungen der Bush-Administration verwirklicht würden.

Vergessen ist schon, dass es Blocher war, der in den Neunzigerjahren auf seinem Kreuzzug gegen den Beitritt zur Europäischen Union die USA zum Wunschpartner der Schweiz verklarte. Gleichwohl kommt «Nice Nichtweiss-Deiss» (Ex-SP-Chef Peter Bodenmann über den Wirtschaftsprofessor) jede Kritik an den USA höchst unpassend. Eine Woche später wird Deiss selbst abserviert. Der Gesamt-Bundesrat, angeführt vom freisinnigen Pascal Couchepin, buchstabiert die Amerika-Pläne des Wirtschaftsministers zurück und gibt wieder den Verhandlungen mit der EU den Vorzug.

Doch an der Sitzung vom 11. Januar 2006 wird Deiss noch umgarnt. Man braucht ihn, wie alle sieben Regierungsmitglieder, um das bundesrätliche Schweigekartell in der CIA-Affäre ohne jede Blösse zu installieren. Auch Verkehrsminister Moritz Leuenberger, der erst vor elf Tagen das Amt des Bundespräsidenten angetreten und die neue Harmonie im zerstrittenen Bundesrat zum Präsidialprogramm erklärt hatte, unterstützt seine Genossin nur halbherzig. Calmy-Rey, die jedem Streit im Bundesrat wenn immer möglich ausweicht, um im eigenen Departement ungestört ihre aussenpolitischen Pirouetten drehen zu können, gibt

am Schluss auch diesmal klein bei. Lächelnd akzeptiert sie den Maulkorb.

Justizminister Christoph Blocher geht es kurz darauf nicht viel besser. Damit er am Nachmittag den Journalisten den Entwurf zum neuen Waffengesetz vorstellen darf, muss er im Bundesrat zuerst hoch und heilig versprechen, sich mit keinem Wort zur CIA-Affäre zu äussern. Gebrannte Kinder fürchten halt das Feuer. Blocher war an den Pressekonferenzen schon öfters aus der Rolle gefallen. Zum Gaudi der Medien erzählte er ungefragt seine eigenen Versionen der Bundesratsbeschlüsse und stürzte damit die Kollegialregierung quickvergnülich von einer Krise in die nächste.

Doch an diesem Tag spielt Blocher den Chorknaben perfekt. «Geheim, geheim, geheim» wird, wie wir gehört haben, des Pfarrersohns Wort zum Tag. Schon zwei Tage zuvor hatte Blochers SVP mit dem Zweihänder verbal die Jagd auf den «SonntagsBlick» eröffnet. Unter dem Titel «Verräter im Bundeshaus» schrieb SVP-Sprecher Roman S. Jäggi im Pressedienst der Rechtspartei: «Wer einen derart hoch geheimen Abhörreport des Geheimdienstes einer Boulevardzeitung zuspielt und wer einen solchen publiziert, gehört wegen Verrats vor Gericht gestellt. Es ist eine Schande für das Land.»

Eine Schande fürs Land? Am Abend des 11. Januar sagt Europarat-Sonderermittler Dick Marty in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens: Wer auch immer für die Veröffentlichung des ägyptischen Fax gesorgt habe, sei für ihn kein Verräter, sondern ein Mensch, der seinem Gewissen folgte: «Ich glaube eher, dass die Leute, die diese Nachrichten rausgelassen haben, das aus ethischen Gründen machten. Das respektiere ich und ich hoffe, dass andere das auch tun. Ich habe ganz am Anfang meiner Untersuchung gesagt – ich habe keine Untersuchungsmittel im eigentlichen Sinne – ich möchte ein Klima schaffen, so dass die

Zivilgesellschaft in Europa sagt: «Wir sind mit diesen Methoden nicht einverstanden.» Und die Leute, die die Wahrheit kennen, müssen es sagen.» Den Bundesrat lässt Marty's Appell kalt. Nichts hören. Nichts sehen. Nichts sagen. Das wird in der CIA-Affäre für Wochen die unverrückbare Strategie der Landesregierung.

Losgegangen ist es damit zwei Tage zuvor, am Montagmorgen, nicht mal 24 Stunden nach der Veröffentlichung des Geheimdienstdokuments. Im Zimmer 4 des Bundeshauses treffen sich die dreizehn Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerates zu einer längst geplanten Sitzung. Traktandiert sind unter anderem eine Information über die Verhandlungsergebnisse der sechsten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Hongkong und die Beschlussfassung über einen Kredit von 60 Millionen Franken für den Bau eines neuen WTO-Verwaltungsgebäudes in Genf. Wie üblich nimmt auch Aussenministerin Calmy-Rey an der Sitzung teil.

Doch an diesem Morgen läuft die Diskussion im sonst gesitteten Kreis der Ständerherren aus dem Ruder. Der Kommissionsvorsitzende Philippe Stähelin, Ex-Chef der CVP, ist aufgebracht, schimpft wie ein Rohrspatz. Sein Zorn richtet sich jedoch nicht gegen die im ägyptischen Fax enthaltenen Hinweise über CIA-Gefängnisse in Osteuropa und die damit zusammenhängenden illegalen Verschleppungen von Gefangenen. Was den Thurgauer sauer macht, ist das Leck im Auslandgeheimdienst von Verteidigungsminister Samuel Schmid. Stähelin erhält Schützenhilfe von anderen Ostschweizer Aussenpolitikern, vor allem von den Schaffhauser Kantonsvertretern Peter Bryner (FDP) und dem spitzzüngigen Hannes Germann (SVP). Der Vorwurf wird laut, der Bundesrat habe den selbstherrlichen Strategischen Nachrichtendienst wie eh und je nicht im Griff. Hat die Regierung wenigstens Kenntnis von den Vorgängen? Aussenministerin Calmy-Rey beteuert, sie sei nicht informiert gewesen. Doch mehr Sorgen

macht Stähelin, Bryner und Germann der aussenpolitische Schaden, der Verlust an internationaler Glaubwürdigkeit, welcher der Schweiz nun drohe.

Vor allem Stähelin befürchtet Komplikationen mit den Amerikanern in Bezug auf das geplante Freihandelsabkommen. Heute Mittag sei er zu einem Lunch mit einer Delegation des amerikanischen Handelsministeriums eingeladen – und jetzt diese peinliche Enthüllung! Die Kommission sucht verzweifelt nach einem Ausweg.

Ihre Lösung: Nur nicht noch Öl ins Feuer giessen, stattdessen den Fall runterspielen. Bundesrat Calmy-Rey fasst den Auftrag, bei den betroffenen Ländern in angemessener Weise Abbitte zu leisten. In der Medienmitteilung der APK liest sich das am nächsten Tag so: «Die APK hat zur Kenntnis genommen, dass das EDA mit diesen Staaten Kontakt aufgenommen hat, und fordert es auf, diese diplomatischen Demarchen weiterzuführen, um die Position des Bundesrates darzulegen und den Schaden zu begrenzen.» Noch ein Problem beschäftigt Stähelins Aussenpolitische Kommission an diesem Tag: Der «SonntagsBlick». Hinter verschlossenen Türen reden die Kantonsvertreter offen darüber, die Boulevardzeitung fortan zu boykottieren.

Zwei Stunden später übt Ständerat Stähelin den Kniefall in der Praxis. Im Hotel «Bern» sitzt er mit den Amerikanern zu Tische. Gastgeber ist Jean-Daniel Gerber, Chef des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco), ein Ami-Freund wie sein Departementschef Deiss. Shaun Donnelly, Bushs Handelschef für Europa, leitet die amerikanische Delegation. Gerber hatte seine Leute vorher darauf eingeschworen, den ägyptischen Fax und die Enthüllung mit keiner Silbe zu erwähnen. Jedes falsche Wort könnte das Freihandelsabkommen mit den USA gefährden. «Es geht in diesen Gesprächen um rein wirtschaftliche Interessen», lautet die strikte Order im Wirtschaftsdepartement.

Jetzt sitzen die Schweizer wie auf heissen Kohlen in der Runde. Werden die Amerikaner die Abhöraktion und das Leck im Schweizer Geheimdienst zur Sprache bringen? Endet das Essen mit einem Eklat? Lassen sie womöglich die Gespräche ganz platzen? Nichts von allem ist der Fall. Smalltalk ist angesagt, Nettigkeiten werden ausgetauscht, auf die schweizerisch-amerikanische Freundschaft wird angestossen. Auch Donnelly ist heilfroh darüber, nicht über die CIA-Affäre sprechen zu müssen. Nach zwei Stunden löst sich die Tischrunde in Minne auf. «Der Fax war kein Thema», meldet sich Stähelin satt und zufrieden in der APK zurück.

Unterdessen sind die Diplomaten von Aussenministerin Calmy-Rey bereits auf der Sorry-Tour bei den im Fax erwähnten Ländern. Sogar Staatssekretär Michael Ambühl, der wichtigste Mann im EDA, ist auf Bücklingsmission. Er spricht bei den amerikanischen und ägyptischen Botschaftern gleich selber vor. Andere Diplomaten werden bei den Botschaften von Rumänien, Bulgarien, Polen und der Ukraine vorstellig. «Wir haben ab Montag mit den von der Indiskretion betroffenen Staaten Kontakt aufgenommen und versucht, eine Erklärung abzugeben», bestätigt EDA-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat im Nachhinein. Dass sich die Schweiz dabei faktisch entschuldigt haben soll, wie Kenner des Diplomatenengeschäfts behaupten, bestreitet er jedoch vehement. «Wir haben uns nicht entschuldigt», sagt Jeannerat und schiebt die Begründung für die konzertierte Sorry-Aktion nach: «Gewisse Staaten sind unzufrieden und habe Mühe damit, als Schuldige dazustehen.»

Die CIA-Affäre ist damit jedoch nicht vom Tisch. In allen zuständigen parlamentarischen Gremien werden die Methoden der CIA zum Streitthema. Am 16. Januar stellt der Aargauer Grüne Geri Müller in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates den Antrag, die Amerikaner müssten gerügt werden. Müller

will, dass die USA wegen den Menschenrechtsverletzungen verurteilt wird und die Schweiz offiziell fordert, sie müssten damit sofort aufhören. Mit 14 gegen drei Stimmen unterliegt Müller mit seinem Antrag. «Wir haben keine Beweise für Geheimgefangnisse. Ohne Beweise kann man aber niemand rügen», rechtfertigt anderentags Kommissionspräsident Luzi Stamm vor den Medien den Beschluss. Der SVP-Nationalrat aus dem Aargau zählt zu den Hardlinern am rechten Flügel seiner europafeindlichen Partei.

Aktiv ins Geschehen greift auch einer ein, der den Bundesrat schon anfangs Dezember 2005 mit elf kritischen Fragen zur CIA-Affäre eingedeckt hatte: Der Zuger Alternative Josef «Jo» Lang, Mitglied der Fraktion der Grünen im Bundesparlament. In einer Interpellation stellte Nationalrat Lang damals Fragen wie: Ist es wahr, dass schweizerische Nachrichtendienste von Gefangnissen in Osteuropa Kenntnis haben? Ist der Bundesrat bereit, die Öffentlichkeit über den diesbezüglichen Wissensstand der Schweizer Nachrichtendienste zu informieren? Kann er sich erklären, wieso Human Rights Watch zur Einschätzung kommt, dass namentlich der Schweizer Geheimdienst über Gefangnisse in Osteuropa im Bild sei?

Am 10. Januar 2006 doppelt Lang nach. Schriftlich ersucht er die Präsidentin der Sicherheitskommission (SiK), die Zürcher SP-Nationalrätin Barbara Haering, die CIA-Affäre für die Sitzung vom 23./24. Januar 2006 auf die Traktandenliste zu setzen – und dafür zu sorgen, dass mindestens der VBS-Chef anwesend sein werde. Der armeekritische Nationalrat zielt ins Zentrum der Affäre: «Von einer vom Primat der Menschenrechte und der Demokratie ausgehenden Sichtweise ist nicht das hochgespielte Leck das Hauptproblem. Viel wichtiger ist die Frage: Warum hat der informierte Teil des Bundesrats den anderen Teil der Landesregierung, das Parlament, die Sicherheitspolitischen Kommissio-

nen, die Öffentlichkeit und insbesondere den zuständigen Beauftragten des Europarates nicht von sich aus informiert?»

Die SiK macht am 23. Januar 2006 mit Lang kurzen Prozess. Gemäss «Tages-Anzeiger» verurteilt die Kommission mit siebzehn bürgerlichen gegen sechs grüne und sozialdemokratische Stimmen «jedes Bekanntwerden und Publimachen geheim klassifizierter Dokumente».

Den Antrag, die Menschenrechtsfrage gegenüber den USA vorrangig zu behandeln, lehnt die SiK mit siebzehn gegen vier Stimmen ab. Resigniert meint Präsidentin Haering vor der Presse: «Die Mehrheit misst der Sicherheitspolitik höhere Bedeutung zu.»

Verteidigungsminister Samuel Schmid bleibt auch in der Sicherheitskommission in der Deckung. Wie in den Wochen davor und danach gegenüber den Medien, mag er auch die brennenden Fragen der Volksvertreter nicht beantworten. Dabei könnte er am ehesten Klarheit darüber schaffen, was sein Auslandgeheimdienst von den Gefangenentransporten, Verschleppungen und Folterpraktiken des CIA wirklich weiss.

Doch der VBS-Chef bleibt taub und stumm, obwohl in seinem Departement eine Brigade von über hundert Pressesprechern und Kommunikationsfachleuten beschäftigt wird. Schmid's Sprecher Jean-Blaise Defago verwirft jede Gesprächsanfrage mit der stereotypen Begründung, es gebe «keinen Anlass für ein Interview». Fragen zur CIA-Affäre und zur Rolle des Geheimdienstes werden vom VBS kategorisch nicht beantwortet. Nur im Zürcher Magazin «Facts», das Schmid in der Ausgabe vom 19. Januar 2006 als «Allzwecksoldat» beweihräuchert, beantwortet Schmid zwei Gefälligkeitsfragen:

«Facts: Das aktuelle Stichwort: Hat die CIA-Affäre der Armee geschadet oder genützt? Der Nachrichtendienst zeigte, dass er einen

Fax abzufangen weiss, aber dann gelangte das Geheimdokument an die Presse.

Schmid: Das ist unentschuldig und strafbar.

Facts: Landesverrat?

Schmid: Delikt und Motiv muss ein Richter beurteilen. Rechtfertigungsgründe für die Tat sind aus meiner Sicht nicht gegeben.»

Wie Schmid spielt auch Aussenministerin Calmy-Rey das Spiel «Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen» brav mit. Bereits am Sonntag, 8. Januar 2006, als das Geheimdienstdokument über den Fax des ägyptischen Aussenministeriums publik wird, fragt «SonntagsBlick» die Aussenministerin für ein Interview in der Ausgabe vom kommenden Sonntag an. Am Montag, Dienstag und Mittwoch wird die Anfrage mündlich, per Mail und SMS erneuert. Das Aussendepartement (EDA) vertröstet jeweils auf den nächsten Tag.

Dann am Donnerstagabend gegen 22.00 Uhr die Absage. Man habe entschieden, richtet ein EDA-Sprecher telefonisch aus, «diesmal eine andere Sonntagszeitung zu berücksichtigen». Später ist aus dem Umfeld von Calmy-Rey zu erfahren, dass die Interview-Anfrage im EDA hitzige Diskussionen ausgelöst hatte. Am Ende hätte sich jedoch die Fraktion der USA-freundlichen Diplomaten durchgesetzt, die ein Interview im «SonntagsBlick» nicht für opportun hielt.

So muss man am 15. Januar 2006 in der «NZZ am Sonntag» nachlesen, was Calmy-Rey zur CIA-Affäre zu sagen hat. Die Aussenministerin überrascht gleich mehrfach. Sie hätte vom Geheimdienstdokument erstmals aus dem «SonntagsBlick» erfahren, macht sie glaubhaft. Gleichzeitig räumt sie aber ein, dass ihr Departement «zuvor» – dem Vernehmen nach schon Ende Novem-

ber 2005 – eine Notiz des Nachrichtendienstes erhalten habe. Darin sei jedoch nur vage von «nicht näher definierten und nicht bestätigten nachrichtendienstlichen Hinweisen die Rede gewesen». Auf die Frage, was sie über die Überflüge über die Schweiz, die Landungen in Genf und die CIA-Gefängnisse in Osteuropa wisse, antwortete die Bundesrätin: «Wir haben keine Beweise, sondern nur Indizien.»

Ungeklärt bleiben nach wie vor zwei wichtige Fragen: Wurde die Aussenministerin von den Mitarbeitern in ihrem Departement, welche die Zusammenfassung des Nachrichtendienstes zum ägyptischen Fax erhalten haben, überhaupt darüber informiert? Und hat sich das EDA konkret darum bemüht, um vom Strategischen Nachrichtendienst mehr über die Quelle der «nicht bestätigten nachrichtendienstlichen Hinweise» zu erfahren?

Stutzig macht, dass Bundesrätin Calmy-Rey noch am 12. Dezember 2005 – ein Monat, nachdem der ägyptische Fax abgefangen wurde – im Nationalrat auf eine Frage der Berner Grünen Franziska Teuscher erklärte, sie habe von den vermuteten CIA-Methoden nur aus der Presse erfahren und verfüge über keine eigenen geheimdienstlichen Erkenntnisse dazu. Die gleiche Erklärung gibt die Aussenministerin am gleichen Abend in der Hauptausgabe der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens ab.

Diese Version bringt der Zürcher SVP-Ständerat Hans Hofmann anfangs Februar 2006 schwer ins Wanken. Als Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel), welche für die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste zuständig ist, hat er gemäss eigener Darstellung sämtliche Unterlagen einsehen können. Auf die Frage, ob der ägyptische Fax die einzige Erkenntnis des Schweizer Geheimdienstes in der CIA-Affäre sei, antwortet Hofmann im «SonntagsBlick» vom 5. Februar 2006 wörtlich: «Der Fax ist ein Mosaikstein unter vielen. Der Nachrichtendienst ver-

fügt auch über andere Informationen, nicht nur über solche, die öffentlich zugänglich sind.» Und was wusste der Bundesrat darüber? Hofmann setzt noch einen drauf: «Die Regierung hat von allem gewusst, was da in Bezug auf aussergerichtliche Gefangenentransporte publik wurde. Sonst hätte ja Aussenministerin Calmy-Rey nicht schon im Juni in Washington mit Nachdruck interveniert. Sie hätte US-Aussenministerin Rice sicher kein Memorandum übergeben, wenn sie davon nur aus der Presse gewusst hätte.»

Solch entlarvende Aussagen interessieren aber nur noch die Wenigsten. Fünf Tage zuvor, am 31. Januar 2006, hatte Hofmanns GPDel nach einer Untersuchung im Schnellgang schon allgemeine Entwarnung gegeben. Viele Medien nehmen die Erklärung zur CIA-Affäre und zur Veröffentlichung des geheim klassifizierten Dokumentes grösstenteils unkritisch auf. «Gute Noten für den Bundesrat» (St. Galler Tagblatt); «Keine Beweise gefunden» (Aargauer Zeitung); «Lob für bundesrätliche Hartnäckigkeit» (NZZ); «Schweiz hat richtig gehandelt» (Berner Zeitung). Selbst die linke Mediengewerkschaft «Comedia» erklärt unbedarft, «inhaltlich ist die Luft draussen». Von den wichtigen Parteien melden sich einzig die Grünen zu Worte. Die «Vertuschungstaktik der GPDel» sei ein «skandalöser Kniefall», der die Glaubwürdigkeit dieses Kontrollorgans in Frage stelle.

Völlige Funkstille herrscht dagegen bei der SP, die in der Vergangenheit im Kampf gegen Schnüffelstaat, Geheimdienste und Armee stets die politische Musik machte. Jetzt verhält sie sich auffallend ruhig. In der einzigen offiziellen Verlautbarung zur CIA-Affäre fordert der Berner Nationalrat Paul Günter am 24. Januar 2006 in einem knappen Communiqué der Partei, der Bundesrat müsse Europarat-Sonderermittler Dick Marty unterstützen, statt sich noch länger hinter «formaljuristischen Argumenten zu verstecken». Denn es sei eine Frage der Zeit, «bis for-

melle Beweise vorliegen und die ganze Wahrheit ans Licht kommt».

SP-Insider rätseln, ob das Zentralsekretariat an der Berner Spitalgasse in der CIA-Affäre vom langen Arm der Bundesräte Calmy-Rey und Leuenberger geführt wird. Dafür spricht einiges: Jean-Philippe Jeannerat, der Sprecher der Aussenministerin, war bis vor kurzem der Pressechef der SP. Und Mirjam Bütler, die persönliche Mitarbeiterin des Verkehrsministers, ist die Lebenspartnerin von SP-Generalsekretär Thomas Christen.

Im Klima des obrigkeitlich verordneten Herunterspielens wagen es nur noch wenige, gegen das Schweigekartell die Stimme zu erheben. Einer von ihnen ist Niklaus Ramseyer, der Bundeshausredaktor der «Basler Zeitung». In der Ausgabe vom 1. Februar 2006 kommentiert er den Persilschein der GPDel messerscharf: «Die Regierung unseres Landes hat sich bisher in der CIA-Affäre geradezu peinlich um mutige Massnahmen und klare Stellungnahmen gedrückt. Mit der Härte des Gesetzes geht Bern bloss gegen Journalisten vor, die mit mutigen Publikationen in dieser Sache die Regierenden daran hindern, Augen und Ohren zu verschliessen. (...) Doch jetzt müssen auch jene Bundesräte zum Tatbeweis antreten, die gern das grosse Wort führen von Souveränität unseres Landes und unseres Rechtsstaates: Sie müssen entscheiden, ob sie den USA ohne jegliche Auflage weiter pauschale Überflugrechte für mehr als nur verdächtige CIA-Flieger gewähren. Geben Sie in diesem Punkt klein bei, hätten sich diese Bundesräte als mutlos entlarvt.»

Die Entlarvung findet noch gleichentags statt. «Der Bundesrat wurde an der heutigen Sitzung von UVEK und EDA darüber informiert, dass die Jahresbewilligung für die USA zur Benützung des schweizerischen Luftraums bis zum 31. Dezember 2006 erteilt worden ist», teilt die Bundeskanzlei mit. Ausgerechnet das Verkehrs- und das Aussendepartement, beide von so-

zialdemokratischen Bundesräten geführt, hatten den Amerikanern grünes Licht gegeben. Gerechtfertigt wurde die Bewilligung damit, die Bush-Regierung hätte nach über 230 Tagen Warten endlich die Fragen von Aussenministerin Calmy-Rey zu den CIA-Flügen beantwortet. Die Antwort der US-Behörden sei am 30. Januar 2006 mit der Zusicherung eingetroffen, man habe in der Vergangenheit die Souveränität der Schweiz «stets respektiert» und man werde sie in Zukunft «weiter respektieren».

Alle, Medien wie Politiker, werden im Glauben gelassen, die Erklärung aus Washington liege schriftlich vor. Journalisten, die sich im Aussenministerium nach dem Brief erkundigen, werden abgewimmelt. Grundsätzlich würden keine detaillierten Informationen über solche Abläufe kommuniziert. «Das Schreiben wollen wir aber im Original sehen. Wir wollen schwarz auf weiss haben, was die Amerikaner dem Bundesrat genau geantwortet haben», fordert etwa Geheimdienstkontrolleur Hans Hofmann im «SonntagsBlick».

Der vertrauensselige Ständerat ahnt zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass es in Tat und Wahrheit gar kein Schreiben gibt und alles nur ein clever inszenierter Bluff ist. Erst Tage später bestätigt die US-Botschaft in Bern unsere Recherchen: Danach habe ein Vertreter des US-State Departements am Montag auf der Schweizer Botschaft in Washington vorgesprochen und mündlich exakt dieselbe Erklärung abgegeben, welche US-Aussenministerin Condoleezza Rice den Europäern schon seit Monaten als Wahrheit verkauft: Die USA hätten keine Gefangenentransporte zum Zwecke von Verhören mit Folteranwendungen durchgeführt und würden die Anwendung von Folter unter keinen Umständen tolerieren.

Jean-Philippe Jeannerat, der Mediensprecher von Aussenministerin Calmy-Rey, räumt am Ende der Woche zerknirscht ein: «Es handelte sich um einen ordentlichen diplomatischen Ver-

kehr.» Der vorläufig letzte Kniefall der Landesregierung vor den Amerikanern.

Einer hatte dem schon vorweg den Segen erteilt: Innenminister Pascal Couchepin. Dem freisinnigen Walliser werden Allüren französischer Sonnenkönige nachgesagt, Frankreichs einstiger Staatspräsident Charles de Gaulle ist sein grosses Vorbild. Couchepin ist bekannt für forsche Sprüche. Im Wahljahr 2003 erschreckte er die Schweizerinnen und Schweizer mit der Forderung, das Rentenalter müsse auf 67 erhöht werden. Ein Aufschrei ging durchs Land. Die FDP bezahlt den Rentenschocker ihres Bundesrates im Herbst mit einer bösen Wahlschlappe. Am 14. Januar 2006 leistet sich Couchepin am Rande der FDP-Delegiertenversammlung in Burgdorf eine neue Provokation. Dem Radiojournalisten vom «Echo der Zeit» sagt der Bundesrat: «Ich glaube, die Schweiz ist nicht die Hüterin der Moral in der Welt. Die Schweiz verteidigt moralische Prinzipien, sie ist aber nicht der Heilige Stuhl der Menschenrechte.»

Nichts hören. Nichts sehen. Nichts sagen.



Die Dunkelkammer: «Pentagon» wird im Berner Volksmund das Hauptquartier der Schweizer Schlapphüte genannt.

6. Die Jagd nach dem Leck

Wie die Aufregung im «Pentagon» an vergangene Affären erinnert

Im «Pentagon» ist seit der Veröffentlichung des Fax der Teufel los. Es herrscht ein spürbares Klima des gegenseitigen Misstrauens. «Jeder verdächtigt jeden, für das Leck verantwortlich zu sein», berichten Insider. Diese wollen sich jetzt nur noch zu Randzeiten und in Cafés verabreden, die nicht von Bundesbeamten frequentiert werden. «Es ist nicht gut, wenn man uns zusammen sieht», sagt ein bestens informierter Parlamentarier. Ein hochrangiger Geheimdienstler scherzt am Telefon: «Bringen Sie ja keine Papiere mehr mit.»

Am Treffpunkt erzählt er dann, wie Nachrichtendiensteleute, die in der Vergangenheit kritische Worte wagten, nun intern als mögliche Verräter angesehen werden. «Ich möchte nicht in der Haut Ihrer Quelle stecken», sagt er. Beim Abschied meint er: «Sie können froh sein, dass Carla Del Ponte nicht mehr Bundesanwältin ist.» Die wortgewaltige Tessinerin – seit 1999 Chefanklägerin am internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag – hasste Indiskretionen und war für ihre Vorgehensweise genauso bekannt wie gefürchtet: Lieber eine Razzia zu viel als eine zu wenig – um die Verdächtigen dann einzubuchten, möglichst lange, bis sie müde werden und gestehen. Spitznamen wie «Carlita, die Pest» oder «die eiserne Carla» waren für Del Ponte gern gehörte Auszeichnungen, die sie mit dem ihr eigenen rauen Lachen entgegen nahm.

«Pentagon» wird im Berner Volksmund die Hochsicherheitsfestung nach der Autobahnausfahrt Wankdorf genannt. Das mit Stacheldrahtzaun, Eingangsschleuse und Überwachungskameras

hochgerüstete Gebäude steht an der Papiermühlestrasse im Beundenfeld-Quartier. In Sichtweite befindet sich mit der Militärpferdeanstalt ein Kuriosum der Schweizer Militärgeschichte, gegenüber liegt die General-Guisan-Kaserne.

Das «Pentagon» ist die Zentrale der Schlapphüte. Wer hier Zutritt hat, sollte verschwiegen, integer und loyal sein. «Für den Bund», lautet in der Regel die knappe Antwort, wenn man einen Mitarbeiter danach fragt, für wen er dort arbeite. Es gibt noch heute Ehefrauen, die nicht wissen, welcher Tätigkeit ihr Mann im «Pentagon» genau nachgeht. «Für das Militär», so ihre Auskunft, wenn sie im privaten Kreis nach dem Arbeitgeber des Hausherrn gefragt werden.

Im «Pentagon» ist auch das Hauptquartier des Auslandgeheimdienstes SND angesiedelt – mit vermutlich mehr als 500 Mitarbeitern. Die genaue Zahl ist geheim, wie auch Budget und Strukturen. In der Broschüre «Nachrichtendienste der Schweiz» – von VBS und EJPD im Herbst 2003 herausgeben – ist über den SND zu lesen: «Er beschafft zu Handen der politischen und militärischen Führung und in enger Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen jene Informationen, die für die Sicherheit der Eidgenossenschaft bedeutsam sind, wertet diese aus und verbreitet sie.» Der SND ist für die Kontakte zu den Partnerdiensten im Ausland zuständig. Mit dem Militärischen Nachrichtendienst (MND), der auf operativer und taktischer Ebene tätig ist, und dem Luftwaffennachrichtendienst (LWND) verfügt das VBS gleich noch über zwei weitere Spionageabteilungen. Der SND ist jedoch die selbsternannte «Lead Agency» innerhalb des VBS.

Ihr Chef ist ein diskreter Mann: SND-Direktor Hans Wegmüller, geboren in Rüegsau BE, studierte in Basel, Zürich und London allgemeine Geschichte, englische Sprachwissenschaft und Kirchengeschichte. Seinen Dr. phil. holte er sich mit einer militärhistorischen Dissertation über «Die Abwehr der Inva-

sion». 34-jährig trat er in die Dienste ein, erklomm beharrlich sämtliche Hierarchiestufen und erwarb sich bei einem Lehrgang in den USA den «Master of Arts» in «National Security Affairs». Als Milizoffizier bekleidet er den Rang eines Obersten im Generalstab. Dort war er zuvor Chef «Doktrin». Seine eigene Doktrin: «Wir arbeiten nicht für die Öffentlichkeit», wie er der «Weltwoche» in einem seiner seltenen Interviews beschied.

SVP-Mitglied Wegmüller überstand die Fichen-Affäre und den Fall Dino Bellasi auf wundersame Weise. Trotz gegenteiliger Beteuerungen setzte der Bundesrat nach der erzwungenen Frühpensionierung von Peter Regli mit Wegmüller wiederum einen Mann aus dem inneren Zirkel der Schlapphüte an die Spitze des Auslandgeheimdienstes. Keine Spur von «Glasnost im Geheimdienst», wie es der frühere Verteidigungsminister Adolf Ogi öffentlich versprochen hatte. Selbst die «Neue Zürcher Zeitung» fragte nach Wegmüllers Ernennung im Oktober 2000 zweifelnd: «Neue Ära im Nachrichtendienst?»

In der «Weltwoche» markierte Wegmüller den treuen Staatsdiener: «Ein zivilstrategischer Nachrichtendienst kann nur mit den entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln betrieben werden.» Was das konkret heisst, ist – versteht sich – streng geheim.

Im «Pentagon» kreuzten sich auch die Wege des unauffälligen Wegmüller und des extrovertierten Dino Bellasi. Daran wird der SND-Direktor nicht gerne erinnert. Der einfache Rechnungsführer Bellasi brachte es zu zweifelhafter nationaler Berühmtheit. 8,839 Millionen Franken zügelte er bei der unterdessen aufgelösten Untergruppe Nachrichtendienst (UG ND) im VBS ab. Für die geheime Truppe hatte Bellasi zwischen März 1994 und Juli 1999 sagenhafte 100 000 fiktive Dienstage organisiert. Er liess sich die Gelder in Tranchen zwischen 9000 und 95 000 Franken auszahlen. In bar. 127 Mal marschierte Bellasi

mit den gefälschten Checks zur Schweizerischen Nationalbank – gleich gegenüber dem Bundeshaus. Weil ihn niemand kontrollierte, ging das jahrelang gut. Mit dem Geld finanzierte er seine Waffensammlung, Bordellbesuche und Helikopterflüge. So kam es vor, dass er nur mal schnell für ein Bier nach München jettete. Einer Bordellbesitzerin im zürcherischen Opfikon-Glattbrugg, deren Etablissement er regelmässig aufsuchte, erzählte Bellasi, er arbeite bei der Uno.

Auf die Frage, wie man sich die Denk- und Verhaltensweise der Mitarbeiter im «Pentagon» vorstellen müsse, gab er nach seiner Verurteilung in einem «SonntagsBlick»-Interview ein Bonmot zum Besten: «Man fährt mit Leuten aus anderen Organisationseinheiten im Lift. Die Mitarbeiter des Nachrichtendienstes warten dann, bis alle ausgestiegen sind. Erst dann drücken sie den Knopf. Dabei wissen alle, in welchen Stock sie fahren.»

Es war wiederum der spätere SND-Direktor Wegmüller, der vor der Verhaftung Bellasi in Graz im selben Hotel logierte, in dem auch der ungetreue Rechnungsführer untergebracht war. Was führte die beiden nach Österreich? «Das Zusammentreffen mit Bellasi im Lift des Hotels war rein zufällig», behauptete Wegmüller.

Nachdem die Affäre im August 1999 unter dem damaligen Verteidigungsminister Adolf Ogi aufgefliegen war, rumpelte es im Gebäck der nationalen Dunkelkammer kräftig. Der Ruf nach einer Reform der Nachrichtendienste wurde laut – und verhallte bald wieder. Geheimdienstchef Peter Regli musste sich als Archivar verdingen und Bellasi wanderte wegen Betruges, falscher Anschuldigung und Urkundenfälschung für vier Jahre hinter Gitter. Nach seiner Entlassung im August 2003 arbeitete er bei einer Sicherheitsfirma auf dem Flughafen Zürich.

Regli, der mysteriöse Kontakte zum südafrikanischen Geheimdienstler und Arzt Wouter Basson («Dr. Tod») pflegte, ist

als Referent im In- und Ausland gefragt. «Ich müsste den Medien eigentlich dankbar sein, dass sie meinen Mann so fertig gemacht haben», sagt seine Frau heute: «Er ist so entspannt wie nie zuvor.»

Auch Generalstabsobers­te Friedrich Nyffenegger ging im «Pentagon» ein und aus, bis im Januar 1996 wegen der so genannten CD-ROM-Affäre die Handschellen klickten. Dem Berufsoffizier wurde die Verletzung von militärischen Geheimnissen vorgeworfen. Laut Anklage missachtete er bei der Produktion einer geheimen CD-ROM für Generalstabsoffiziere die Vorschriften und die Sicherheitsauflagen. Zwei der Datenträger blieben bis heute unauffindbar. Der Projektleiter der «Diamant»-Anlässe, die 1989 der Kriegsmobilmachung fünfzig Jahre zuvor gedachten, kam jedoch vor der Militärjustiz mit vier Monaten Gefängnis bedingt davon. Eine Riesenschlappe für die damalige Bundesanwältin Del Ponte, die Nyffenegger 78 Tage in Untersuchungshaft schmoren liess und ihn öffentlich als «Landesvertreter» titulierte.

Ein Wort, das zuletzt alt Bundesrat Kurt Furgler in der Affäre um den Ein-Sterne-General Jeanlouis Jeanmaire benutzte. Oberst Wassilij Denissenko, Militärattaché in Bern, köderte Jeanmaire geradezu klassisch für den GRU, den militärischen Geheimdienst der Sowjetunion. Geheime Dokumente wechselten die Hand und Denissenko vergnügte sich obendrein mit Jeanmaires Ehefrau. Das Divisionsgericht 2 verurteilte Jeanmaire im Juni 1977 zu 18 Jahren Zuchthaus.

Dank guter Führung öffnen sich im August 1988 nach 4383 Tagen die Tore des Freiburger Gefängnisses Bellechasse. Er stirbt am 12. Januar 1992. Sohn Jean-Marc verstreut die Asche seines Vaters von einem Helikopter aus einer Plastiktüte über dem Simplon-Pass. Es war Jeanmaires letzter Wille. Der «Jahrhundertspion» erlebt nicht mehr, wie ihn der Schauspieler Walo Lüönd

in Urs Widmers Theaterstück «Jeanmaire – Ein Stück Schweiz» brillant und zeitweise nackt auf der Bühne verkörpert.

Nach den Aufsehen erregenden Fällen Jeanmaire, Bellasi und Nyffenegger nun die Affäre um den ägyptischen Fax. Die Veröffentlichung im «SonntagsBlick» schlägt VBS-Vorsteher Samuel Schmid aufs Gemüt. «Er ist aufgewühlt», heisst es aus seinem Umfeld im Bundeshaus Ost. Die Frage, ob es in seinem Departement ein Leck gibt, lässt ihm keine Ruhe. Ein Team der TV-Sendung «Schweiz aktuell» zeigt den angeschlagenen Bundesrat in diesen hektischen Tagen von Bern. Gedreht wird am Dienstag, 10. Januar 2006 eigentlich ein Porträt über Schmid's Weibelin Petra Neff. Dabei wird gefilmt, wie Neff ihren Chef frühmorgens zu einer Lagebesprechung ins Büro von Aussenministerin Calmy-Rey begleitet. Seine Miene ist düster. Es ist der Tag mit der «Blick»-Schlagzeile «Bundesrat kuschelt vor Folter-Amis». Schmid, so heisst es in seiner Entourage, will eigentlich nur eines wissen: Wo ging der «Report COMINT SAT» mit der Auftragsnummer S160018TER00000115 raus?

Schützenhilfe erhält der Bundesrat durch einen ehemaligen Journalisten: Peter Forster, früherer Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung», Präsident der Eidgenössischen Konsultativkommission für Innere Sicherheit und Chef Informationsoperationen im Armeestabteil 110. Der Mann mit den auffälligen Augenbrauen wird zum Sprachrohr der Schlapphüte. «Die Sensation, die keine war», überschreibt er in der «Südostschweiz» einen langfädigen Aufsatz und plaudert ungewohnt offen aus dem Nähkästchen: «Es steht fest, dass das Aussenministerium in Kairo die Meldung unverschlüsselt nach London sandte.»

Woher weiss Forster das? Seine Kommission war darüber nicht informiert. Warum spricht er darüber, wenn denn alles so geheim ist? War sein Text, der den Inhalt des ägyptischen Fax runterspielt und die Arbeit der Schweizer Geheimdienstler rein

wäscht, mit dem VBS abgesprochen? Die abstruse Schlussfolgerung von Forster, der sich auch in der «Arena» des Schweizer Fernsehens demonstrativ hinter den nicht anwesenden SND-Direktor Wegmüller stellte: «Nahe liegt nun aber der Schluss, das Ministerium habe die Meldung offen gesandt, weil es wusste, dass der Inhalt bereits öffentlich bekannt war.» Seltsam nur, dass dies die Führungsunterstützungsbasis FUB im VBS nicht davon abhielt, ihren Report über den Fax-Inhalt mit dem Aufdruck «geheim» zu versehen. Der künftige Chefredaktor der Zeitschrift «Schweizer Soldat» kommt in seinem Artikel zum staatstragenden Schluss: «Gravierend bleibt die Tatsache, dass aus dem Empfängerkreis des ägyptischen Fax eine Person der Presse ein klassifiziertes Dokument zuspielte. Diese verwerfliche Handlung schadet den Interessen der Schweiz.»

In der Fax-Affäre betritt neben dem weitgehend unbekannten Forster nun plötzlich wieder ein Mann die nationale Politbühne, der nach dem Fall Bellasi genau so verbissen wie erfolglos seine Rehabilitierung anstrebt: Ex-Geheimdienstchef Regli. Er spielt sich in der Fax-Affäre auf, als wäre er noch in Amt und Würden. Zur «Berner Zeitung» sagt er: «Unseren Leuten sollte man gratulieren, weil es ihnen gelungen ist, den Fax zu empfangen. Das beweist, dass die elektronische Aufklärung funktioniert.»

Unseren Leuten? Ironie des Schicksals, dass Regli damit den Rücken jenes Mannes stärkt, der ihn in der Folge der Affäre Bellasi ablöste: Hans Wegmüller. Dieser geht in der Fax-Affäre auf Tauchstation. Seine Direktnummer im «Pentagon» wird direkt zu Roman Weissen umgeleitet, dem Pressesprecher des SND. Nur einmal tritt Wegmüller öffentlich in Erscheinung. In der «Neuen Zürcher Zeitung» darf er erklären, «wie der Nachrichtendienst arbeitet». Den brisanten Fax-Inhalt habe er nicht an den Bundesrat weitergeleitet, weil die Zuverlässigkeit der Quelle nicht zu eruieren gewesen sei. Gleichzeitig verrät der SND-Chef:

Die Schweiz tausche mit ausländischen Geheimdiensten routinemässig «operationell direkt nutzbare Nachrichten» aus.

Aus zuverlässigen internationalen Geheimdienstquellen ist in der Tat zu hören, dass der ägyptische Fax auch in Österreich abgefangen oder den Österreichern von den Schweizern zur Verfügung gestellt worden sei. Von einer Informations-Börse ist die Rede. Dazu gehört auch der Geheimzirkel «Kilowatt», wie der BLICK am 11. Januar 2006 berichtete. Mitglieder sind neben der Schweiz, der CIA und dem FBI die Geheimdienste von Israel, Südafrika, Norwegen und Schweden. Unser Land dient den «Kilowatt»-Agenten als Basis und Treffpunkt für ihre geheimdienstlichen Aktivitäten. Die Geschäftsprüfungsdelegation GPDel hat die Existenz von «Kilowatt» offiziell bestätigt. Edouard Brunner, früherer Botschafter der Schweiz in Washington und Staatssekretär im Aussendepartement, bringt es auf den Punkt: «Die Geheimdienste sind überall ein Staat im Staat.»

Doch das Leck kümmert Bundesbern mehr als die Helfersdienste der Schweizer Spione für die CIA. Die Jagd beginnt mit einem veritablen Fehlschuss. In der Vorladung an den Chefredaktor des «SonntagsBlick», Christoph Grenacher, ist ein falscher Beschuldigter vorgeladen: ein unbescholtener Werklehrer der Heilpädagogischen Schule im bernischen Huttwil. Dieser heisst zum Nachnamen gleich wie der Ringier-Mann. Den völlig Ahnungslosen zum Geheimnisverräter gemacht hat der Untersuchungsrichter des Militärgerichtes 6, Major Marc Gmünder. Bei den Angaben zur Person des Aufgebotenen ist so ziemlich alles falsch, was falsch sein kann: Statt Christoph ist es ein Dieter Christoph Grenacher, statt Jahrgang 1954 ist es einer mit Geburtsjahr 1962, der Bürgerort ist Ittenthal AG statt Leibstadt AG, und wohnen tut der Vorgeladene in Eriswil BE – wo der Chefredaktor nie im Leben war. Die falschen Daten waren von der Kanzlei der Militärgerichte ins zürcherische Dielsdorf am Fusse des Re-

gensbergs geliefert worden. Am hiesigen Bezirksgericht ist Gmünder kurz nach seiner Beförderung zum Major mit der Aufgabe betraut worden, wegen Verdacht auf Verletzung militärische Geheimnisse zu ermitteln. Gegen «die unbekannte Täterschaft, welche die geheimen Informationen dem «SonntagsBlick» weiterleitete», gegen uns als zeichnende Autoren und gegen den Chefredaktor. Auch die Bundesanwaltschaft von Valentin Roschacher wird aktiv und eröffnet ein polizeiliches Ermittlungsverfahren «wegen Veröffentlichung amtlicher geheimer Dokumente».

Doch die Untersuchungen kommen nur harzig voran. «Wir haben noch keine Hinweise gegen die Urheber der Geheimnisverletzung», muss sich Martin Immenhauser, Sprecher der Militärjustiz zitieren lassen. Es sei ein schwieriges Verfahren, «denn der mögliche Täterkreis ist ziemlich gross».

Erste Hinweise erhofften sich die Ermittler vom Briefkopf des Geheimpapiers. Dort fehlen einzelne Buchstaben. Obwohl die Echtheit selbst vom Bundesrat nie in Zweifel gezogen wurde, machen Verschwörungstheorien die Runde. Die «Weltwoche» faselt gar von einem Fax, den «irgendjemand mit einem gefälschten Briefkopf versah, um etwas mehr 007-Dramatik zu erzeugen». Dabei ist der Fälschungsvorwurf unhaltbar und die Erklärung für die fehlenden Buchstaben denkbar banal: Beim Einfügen der so genannten Templates (Vorlagen) im Briefkopf wurde bei der Führungsunterstützungsbasis schludrig vorgegangen, wie schon vor der Publikation in Erfahrung gebracht werden konnte. «Es ist auch keine Markierung, sondern ein reines Softwareproblem unseres Computers», sagt ein Insider. Nur gerade der Drucker kann eruiert werden, wo das Papier angeblich herauskam. Ein Detail, das von den Ermittlungsbehörden bisher verschwiegen wurde.

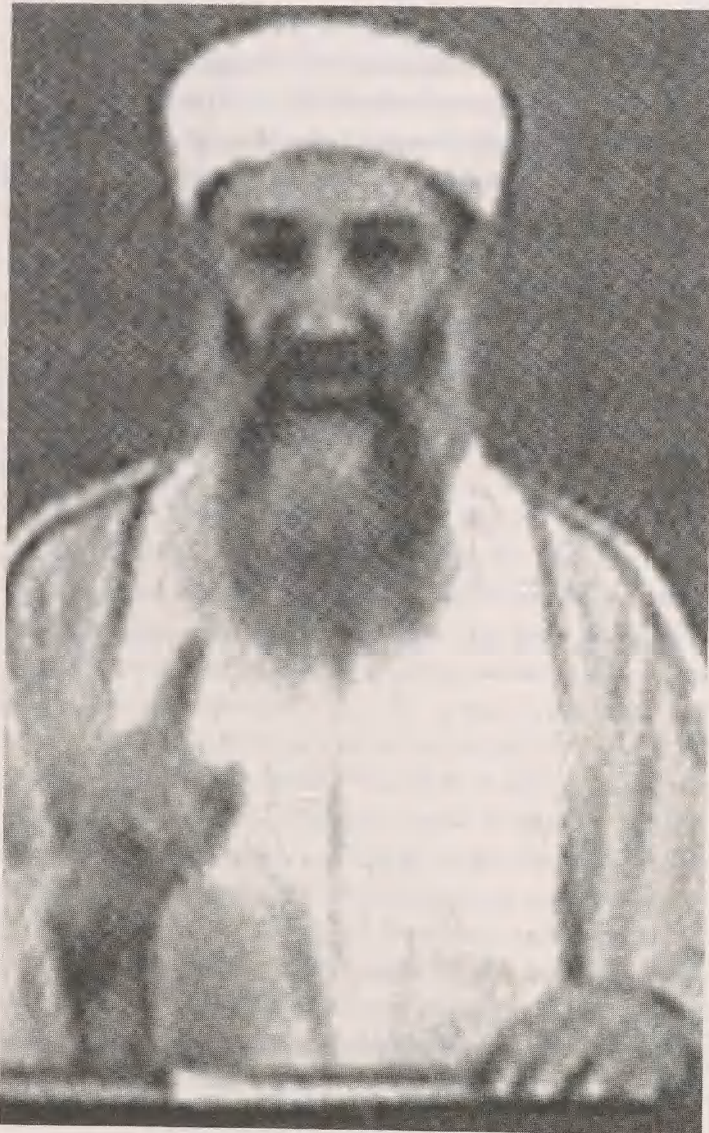
Chefredaktor Grenacher verweigert gegenüber dem ermit-

telnden Major Gmünder die Aussage. In einer Erklärung zum Auftakt der Einvernahme durch Gmünder sagt er: «Ich anerkenne Ihre Zuständigkeit für diesen Fall nicht.» Er fühle sich als Chefredaktor weder staatlichen Organen noch irgendwelchen Organisationen oder Parteien verpflichtet, sondern sehe sich «als unabhängiger Sachwalter der Öffentlichkeit» und lasse sich darum von keiner Seite instrumentalisieren. Nach elf Minuten verlässt Grenacher zusammen mit dem Anwalt bereits wieder den Raum.

Unterstützung dafür, die Militärjustiz nicht anzuerkennen, kommt von unerwarteter, höchster und unverdächtigster Stelle: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) interveniert wegen den Strafverfahren bei den Bundesräten Blocher und Schmid.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, der Ungar Miklos Haraszti, rügt in einem Brief zwei Mängel im schweizerischen Strafrecht. Zum einen trage es bloss den Geheimhaltungsbedürfnissen des Staates Rechnung, nicht aber dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Information. Zum anderen mache es keinen Unterschied zwischen Amtspersonen, die vertraglich zur Diskretion verpflichtet sind, und Aussenstehenden, die Indiskretionen weiterberichten. Der Anspruch der Öffentlichkeit auf Information als wichtiges Rechtsgut sei zu berücksichtigen, so Haraszti. Die Gerichte müssten die Urheber von Indiskretionen künftig anders beurteilen als Medienschaffende: Medien sollten «nicht dafür bestraft werden, dass sie als vertraulich klassifizierte Informationen enthüllen». Dieselbe Meinung vertritt in einer Stellungnahme auch «Reporter ohne Grenzen». In einem offenen Brief wendet sich die Organisation an Justizminister Christoph Blocher. Darin heisst es, die Veröffentlichung geheimer Dokumente sei zwar sehr ärgerlich. Die Schweizer Behörden dürften deshalb aber nicht Medienschaffende bestrafen, die nur ihre Pflicht erfüllten: die Öffentlichkeit zu informieren.

Die britische Europaparlamentarierin Baroness Sarah Ludford, Vizepräsidentin des Untersuchungsausschusses der CIA-Affäre in Strassburg, stellt die entscheidende Frage: «Was ist die grössere Sünde? Der angebliche Geheimnisverrat oder Verstösse gegen die Menschenrechte und der Versuch, sie zu vertuschen?»



Der Terror-Scheich: Osama Bin Ladens Leute nutzen die Schweiz als Ruhe- und Rückzugsraum.

7. Die Rolle der Schweiz

Wie die Al Kaida unser Land als Basis missbraucht

Der junge Ägypter, der am 8. Juli 2001 durch die Transitzone des Flughafens Zürich schlendert, fällt wohl kaum auf. Er könnte ein ganz gewöhnlicher Tourist sein. Am Bankomat hebt er 1700 Franken ab. Im Duty-Free-Shop kauft er für 56 Franken Swiss-Mini-Gold-Schokolade und zwei Taschenmesser. Nach fünf Stunden Aufenthalt in der Schweiz reist er weiter Richtung USA.

Zwei Monate später wird derselbe Mann im Cockpit einer Boeing 767 der American Airlines sitzen. Vor ihm der Nordturm des World Trade Centers in New York. Es ist der 11. September 2001. Mohammed Atta, 33-jährig, steuert die Maschine direkt in den Wolkenkratzer. Ein paar Tage später finden Ermittler Attas' Reisegepäck, das wegen Verspätung einer Anschlussmaschine nicht an Bord des Todesfliegers kam. Darin die beiden Schweizer Sackmesser.

Ob New York, Djerba, Riad oder Madrid – bei all diesen Terrorattacken führen auch Spuren in die Schweiz. Eine nicht vollständige Übersicht:

- Der falsche Schweizer: Aimal al-Sawahiri, Nummer 2 der Al Kaida, besass einen gefälschten Schweizer Pass, ausgestellt auf den Decknamen Amin Othman. Der Ägypter soll mehrmals in der Schweiz gewesen sein. Unbestätigten Gerüchten zufolge, soll er hier 1993 Asyl erhalten haben. Beim Bundesamt für Migration ist der Name jedoch nicht registriert, aber er könnte sich auch unter einem weiteren Falschnamen im Land aufgehalten haben.

- Die Handy-Falle: Khalid Scheich Mohammed, Bin Ladens Nummer 3, telefonierte mit Schweizer Prepaid-Handys. Er gilt als Chefplaner des 11. Septembers. Bei seiner Verhaftung im März 2003 in Pakistan fielen den Ermittlern mehrere dutzend Handys mit Schweizer Telefonnummern in die Hände. Der Scheich nutzte den Umstand, dass der Käufer von Prepaid-Handys keine Personalien angeben muss. Er bleibt dadurch unerkannt. Gemäss «SonntagsZeitung» telefonierte der Terrorist mit der Handynummer 079 268 29 43 mehrmals mit muslimischen Glaubensbrüdern in der Westschweiz. Die Schweiz hat mittlerweile eine Registrierungspflicht für Prepaid-Handys eingeführt, womit das anonyme Telefonieren verunmöglicht wird.
- Die Riad-Connection: Nach den Anschlägen in der saudiarabischen Hauptstadt Riad im Mai 2003 mit 35 Toten verhaftet die Bundesanwaltschaft anfangs 2004 in der Schweiz elf mutmassliche Terrorhelfer. Sie sollen die Al Kaida logistisch unterstützt haben. Konkret: Die Gruppe schleuste Personen aus dem arabischen Raum in die Schweiz und stattete sie mit gefälschten Papieren aus. Die Terroristen tauchten danach unter oder reisten in andere europäische Länder weiter. Einer der Verhafteten liess sich in einem afghanischen Al-Kaida-Camp ausbilden.
- Der Märtyrer: Mohammed Achraf war bereit, für den heiligen Krieg, den Dihad, zu sterben. Der Marrokaner plante einen Bombenanschlag auf das Oberste Gericht in Madrid und wurde im August 2004 in Zürich nach einem Handy-Diebstahl verhaftet. Kein Fahndungserfolg, wie es Justizminister Christoph Blocher anfänglich darstellt, sondern ein Zufallstreffer. Achraf finanzierte gemäss Berichten spanischer Medien Islamisten in Holland. Er unterhielt vom Gefängnis in Zürich aus direkte Verbindungen zu Mohammed Bouyeri, dem Mörder

des holländischen Filmemachers Theo van Gogh. Achraf ist mittlerweile den spanischen Behörden überstellt worden.

- Die Bieler Spur: Nach dem Anschlag in einer Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel Djerba im Jahr 2002, bei der 21 Menschen starben, führt eine Spur nach Biel BE. Der Mitarbeiter eines islamischen Zentrums soll angeblich Kontakt zu den Attentätern gehabt haben.
- Der Netz-Terror: Mitte Februar 2005 wurden in Biel BE und Düringen FR fünf Muslime verhaftet. Sie hatten auf ihrer Internetseite Videos verbreitet, auf denen die Tötung von Geiseln im Irak zu sehen war. Bereits ein halbes Jahr zuvor wurde die Internetseite eines in Lausanne wohnhaften Tunesiers vom Netz geholt. Extremisten hatten von dieser Plattform aus ihre Hasstiraden in die Welt geschickt.
- Die Konti des Bösen: Sieben Jahre lang war für Osama Bin Laden auf einer Schweizer Bank ein Konto eingerichtet. Auch sein Stellvertreter al-Sawahiri war Kontoinhaber bei einem Schweizer Geldinstitut.
- Die Verdächtigten: Nach den Anschlägen vom 11. September ermittelte die Bundesanwaltschaft gegen die Verantwortlichen der Al-Taqwa-Bank in Lugano TI. Der Verdacht auf Beteiligung und Unterstützung einer kriminellen Organisation wird nach dreieinhalbjähriger Untersuchung fallen gelassen, weil die Beweise fehlen.

Im «SonntagsBlick» vertritt der deutsche Terrorismus-Forscher Rolf Tophoven die Auffassung, die Schweiz biete mit dem Bankgeheimnis ideale Verhältnisse für den Transfer von Terror-Geldern.

«Die Schweiz ist eine bevorzugte Drehscheibe, um Gelder für die Finanzierung des global vernetzten Terrorismus zu parken.» Er kommt deshalb zum Schluss: «Es wäre aus Sicht der

Terroristen kontraproduktiv, die Schweiz ins Fadenkreuz des Terrors zu legen.»

Der Schweizer Islamist Ahmed Huber bestätigt die Ansicht des Forschers: «Es gibt kaum Interesse an einem Anschlag in der Schweiz.» Zu gross sei die Befürchtung, dass der Ruhe- und Rückzugsraum nach einem Terrorakt nachhaltig gestört sein könnte.

Welche Rolle die Schweiz in den perfiden Plänen der selbsternannten Gotteskrieger spielt, wissen aber auch die Nachrichtendienste nicht. Ex-Geheimdienstchef Peter Regli sagte in einem «SonntagsBlick»-Interview: «Wir wissen nicht genau, was hier wirklich abläuft.»

1999 schrieb die damalige Bundespolizei in ihrem Staatsschutzbericht: «Abklärungen ergaben keinerlei Erkenntnisse über organisatorische oder finanzielle Strukturen zur Unterstützung Bin Ladens in der Schweiz oder aus der Schweiz heraus.»

Das tönt heute entschieden anders. Das Bundesamt für Polizei gelangt im «Bericht Innere Sicherheit 2004» zur Feststellung: «Weiterhin gibt es jedoch Erkenntnisse, dass unser Land zur logistischen Unterstützung des islamistischen Terrors missbraucht worden sein könnte.»

Plötzlich skizzieren die Staatsschützer ein erschreckendes Szenario: «Gegen islamistische Extremisten wird in Europa zusehends konsequenter polizeilich und juristisch vorgegangen. Die in der Schweiz weiterhin fehlende Antiterrorgesetzgebung und die verhältnismässig geringen präventiven und repressiven polizeilichen Mittel können dazu führen, dass islamistische Extremisten in unser Land ausweichen. Folglich ist davon auszugehen, dass die Schweiz islamistischen Extremisten auch künftig und in verstärktem Masse als Rückzugsraum, Ort logistischer Unterstützung und Propagandabasis dienen wird. Eine Ver-

schärfung der Bekämpfung des islamistischen Terrors ist demnach auch in der Schweiz erforderlich.»

Mehr als 300 000 gläubige Muslime leben in der Schweiz. Rund 3000 von ihnen werden als so genannte Islamisten eingeschätzt. Muslime also, welche orthodox leben und die Regeln des Korans über die Schweizer Verfassung stellen. Davon ist eine verschwindend kleine Zahl auch zur Gewalt bereit. Ob hundert oder nur ein Dutzend, das weiss niemand. Von den 130 Moscheen und Gebetszentren stehen laut «Facts» ein gutes Dutzend im Ruf, Militanz zu predigen. Dazu zählen Zentren in Basel, Biel, Genf und Zürich.

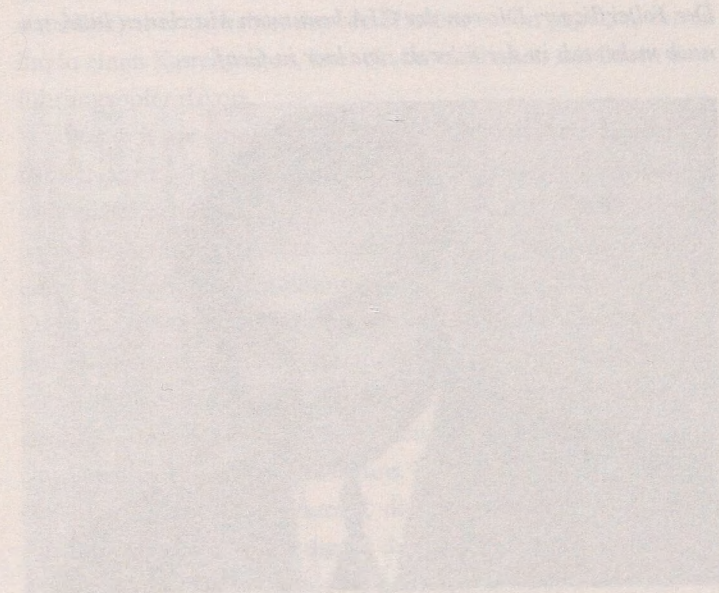
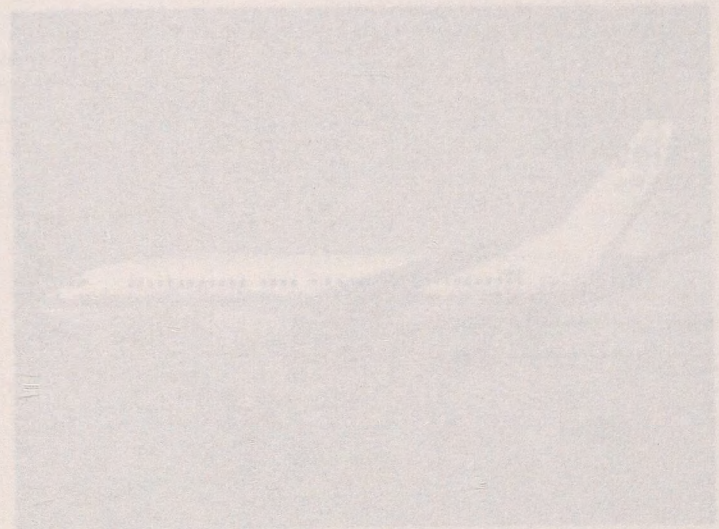
Um zu erfahren, was in diesen Zentren gepredigt wird, greift der Inlandnachrichtendienst DAP auf V-Männer zurück: Gemäss der «Tribune de Genève» lieferte ein Mann, der sich Sayyid nannte, zwei Jahre lang Informationen über Hani Ramadan, den Leiter des Islamischen Zentrums in Genf. Der 35-jährige wird vom Staatsschutz im Februar 2004 nach der Verbüßung einer Gefängnisstrafe wegen Betrugs angeworben.

Sein Auftrag: Berichte über Kontakte Ramadans sowie über die Identität der Besucher in dem Gebetshaus abzuliefern. Doch nach einem Streit mit seinem Führungsoffizier wechselt Sayyid die Seiten und geht mit seiner Geschichte an die Öffentlichkeit. Brisant ist der Vorfall, weil laut Gesetz der Einsatz von verdeckten Ermittlern verboten ist. Der Inlandgeheimdienst schweigt offiziell zu diesem Fall und erklärt lediglich, es sei erlaubt, Informationen von Privatpersonen zu gewinnen.

Zurzeit wird in Bundesbern darüber beraten, ob Ermittler im Kampf gegen Terror in die Privatsphäre eindringen können. Die Staatsschützer wollen künftig Post-, Telefon-, und E-Mail-Verkehr überwachen können. Zudem wollen die Schlapphüte auch Wanzen in privaten Räumen anbringen. Alles Möglichkeiten, die bislang der Polizei vorbehalten waren. Gegner dieser

Vorschläge bezeichnen die Staatsschutzpläne als Angriff auf die Demokratie.

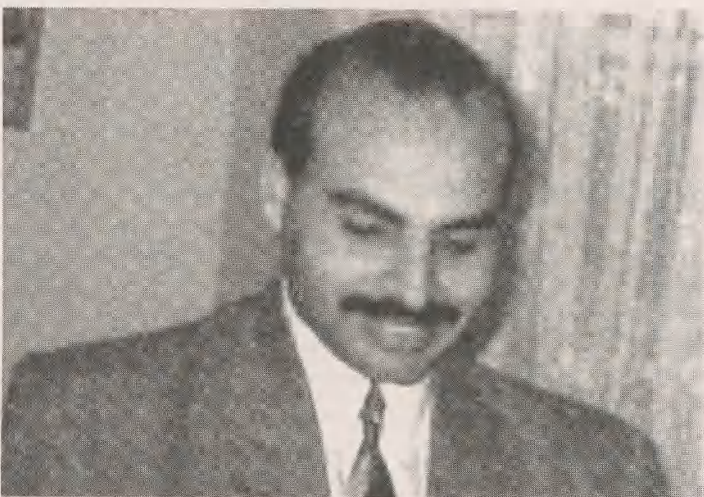
Ohne die Schweiz angegriffen zu haben, konnten die Terroristen damit bereits einen Erfolg verbuchen: Sie haben den Schweizerinnen und Schweizern einen Teil ihrer Freiheit genommen.



Die Terroristen haben die Schweiz angegriffen. Sie haben den Schweizerinnen und Schweizern einen Teil ihrer Freiheit genommen.



Der Folterflieger: Die von der CIA benutzten Maschinen landeten auch mehrmals in der Schweiz, wie hier in Genf.



Das Opfer: CIA-Agenten kidnappten Imam Abu Omar in Mailand und flogen ihn über die Schweiz nach Ägypten.

8. Der Fall Abu Omar

Wie ein «Terrorist» über die Schweiz zum Verhör geflogen wird

«Du musst auf der Strasse aufpassen», warnte ein Freund Abu Omar noch. «Der Krieg kann überall sein.» Als ihn zwei Männer auf der Strasse abpassen, ist es jedoch zu spät, sich der mahnenden Worte zu erinnern. Dem 42-jährigen Ägypter Nasr Osama Mustafa Hassan, von seinen Freunden Abu Omar genannt, wird von den beiden Unbekannten eine Flüssigkeit ins Gesicht gesprüht. Der bärtige Mann im weissen Gewand schreit zwar noch um Hilfe, aber da haben ihn die Häscher schon gepackt, zerren ihn in einen Kastenwagen, knebeln ihn und rasen mit ihrem Entführungsoffer davon.

Was sich wie eine Szene aus einem zweitklassigen Krimi liest, hat sich am 17. Februar 2003 um 11.30 Uhr in der Via Guerzoni in Mailand tatsächlich so abgespielt. Die beiden Entführer sind jedoch keine gewöhnlichen Kriminellen, sondern der Greiftrupp eines 22-köpfigen CIA-Kommandos. Ihr Opfer: Der Imam Abu Omar, Mitglied der islamistischen Gruppe Jamaa Islamiya, in Italien als politischer Flüchtling anerkannt. Auf das Konto der Jamaa Islamiya geht das 1997 verübte Massaker von Luxor, bei dem 58 Touristen ums Leben kamen, darunter 36 Schweizer.

Omar ist kein Unschuldslamm. Er gilt als einer der Anführer der Mailänder Islamistszene, die als eine der radikalsten in Europa gilt. In seinen Predigten drohte er Italien wegen der Beteiligung am Irak-Krieg mit Vergeltung. Es blieb nicht nur bei den Hassreden in der Moschee. Die italienische Polizei hatte ihn im Verdacht, dass er auch in die Planung von Terroranschlägen

verwickelt sein könnte und lauschte deshalb seit langem bei all seinen Telefongesprächen heimlich mit.

Um 18.20 Uhr hebt auf dem amerikanischen Truppenstützpunkt in Aviano die US-Regierungsmaschine mit dem Rufzeichen Spar92 ab. An Bord – das ergeben später die Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft – Abu Omar. Der Learjet nimmt Kurs über die Schweiz in Richtung US-Basis Ramstein in Deutschland. Dort wird der Gefangene in eine Gulfstream V umgeladen. Um 20.31 Uhr hebt die Maschine ab. Ziel des Fluges: Kairo. Dann verliert sich die Spur des Imams – zumindest vorerst.

Umso mehr Spuren hinterlassen die 22 CIA-Agenten. Und diese werden bis nach Genf und Zürich führen.

Noch wird Omars Verschwinden nicht mit dem US-Geheimdienst in Verbindung gebracht. Als sich Omars Anwalt bei der Mailänder Polizei erkundigt, ob man Informationen über den Verbleib seines Klienten habe, zucken die Ermittler anfänglich nur mit den Schultern. Da sie bei der Überwachung der Mailänder Extremisten eng mit der CIA zusammenarbeitet, fragt die Polizei bei den amerikanischen Kollegen. Die Antwort: Abu Omar habe sich in den Balkan abgesetzt.

Für die Italiener gibt es keinen Grund, an der Schilderung ihrer Verbündeten zu zweifeln. Das ändert sich im Frühling 2004 schlagartig. Die italienischen Fahnder überwachen nach wie vor die Extremisten der Mailänder Moschee, darunter auch Abu Omars Ehefrau Nabila. Gross ist die Überraschung, als die Polizisten plötzlich eine bekannte Stimme hören: «Mir geht es gut, Gott sei Dank.» Omar ruft jedoch nicht aus dem Balkan an, sondern aus Ägypten. In den abgehörten Telefongesprächen erzählt Abu Omar, er sei fünf Stunden in einem weissen Kastenwagen herumgefahren worden. Danach sei er auf einem Flughafen in eine US-Maschine gesteckt worden. Omar berichtet von erlittenen

nen Torturen in seinem Heimatland, ohne jedoch ins Details zu gehen: «Ich war fast gelähmt. Noch immer kann ich nicht weiter als 200 Meter laufen.»

Es kommt die Stunde des Mailänder Vize-Generalstaatsanwaltes Robero Spataro. Der 57-Jährige hat sich schon mit der Mafia und der linksextremen Roten Brigade angelegt. Er will wissen, ob das, was Omar am Telefon erzählt, wirklich stimmt. Dem erfahrenen Ermittler kommt zu Gute, dass die CIA-Agenten während ihres filmreifen Einsatzes mit Handys miteinander kommunizierten. Das hatte eine Augenzeugin gesehen. Spataro lässt überprüfen, ob ein am Tatort verwendetes Handy fünf Stunden später auch in Avione nahe beim US-Stützpunkt registriert wurde. Handys funktionieren wie Peilsender, da sie sich im eingeschalteten Betrieb laufend bei einer der engmaschig aufgestellten Mobilfunkantennen anmelden. Aufgrund der so gespeicherten Daten kann ein exaktes Bewegungsprofil des Besitzers erstellt werden.

Die Handydaten verraten der Polizei, was sich an dem fraglichen Tag abgespielt hat. Insgesamt waren zum Zeitpunkt der Entführung an der Via Guerzoni elf Agenten anwesend, die mit sechs weiteren, in Nebenstrassen stationierten Agenten in Kontakt standen. Ausserdem zeigen die aufgezeichneten Daten, dass nach der Tat drei Gruppen auf der Autobahn A4 Richtung Aviano unterwegs waren. Zwei Autos fuhren dicht hintereinander, das dritte Fahrzeug folgte mit rund 15 Kilometer Abstand. Während der Fahrt wurde aus den Autos laufend mit dem Kommandanten des US-Stützpunktes telefoniert.

Als die Italiener überprüfen, wem die verschiedenen angerufenen Telefonnummern gehören, stossen sie auf Robert Seldon Lady. Ein CIA-Mitarbeiter, der im US-Konsulat Mailand tätig ist. Ein böses Erwachen: Denn «Bob» galt als enger Vertrauter der italienischen Behörden im gemeinsamen Anti-Terror-Kampf.

Der gebürtige Honduraner gilt als Mann fürs Grobe. Verwickelt war er etwa in die geheimen Waffenlieferungen der Reagan-Regierung an den Iran. Als Statthalter-Resident, wie es im Jargon heisst – des US-Geheimdienstes in Mailand, half der 51-Jährige gerne mit geheimen Dokumenten oder technischen Überwachungsmitteln aus.

Generalstaatsanwalt Spataro kommt zur bitteren Erkenntnis, dass sein Land vom amerikanischen Verbündeten hintergangen worden ist.

Das CIA-Team hat sich dabei nicht mal sonderlich diskret aufgeführt – ganz im Gegenteil. Bei ihrem Einsatz zelebrierten sie «la dolce vita» – das süsse Leben. Für mehr als 120 000 Euro übernachteten sie in den teuersten Hotels Mailands. Sorglos bezahlten sie mit Kreditkarten, deren Spuren sich bis zur CIA-Zentrale in Langley zurückverfolgen liessen. Nach getaner Arbeit feierten sie den Erfolg ihrer Mission in der Nobelherberge Sofitel Venezia, mitten im Zentrum Venedigs. Der Preis für ein Einzelzimmer pro Nacht: umgerechnet rund 600 Schweizer Franken.

Als der Auftrag zu Ende war, zogen sich die CIA-Agenten in die Schweiz zurück. Am 23. Februar 2003 stieg Lady im Zürcher Hotel «Astor» ab. Offenbar fühlte er sich sicher, denn er reiste unter seinem echten Namen. Bereits drei Tage zuvor folgten mindestens zwei weitere Mitglieder des CIA-Kidnapperteams nach. John Kevin Duffin am 20. Februar, die Agentin Pilar Rueda einen Tag später. Dies sei «kein Zufall», sagt ein Ex-Geheimdienstler aus der Schweiz: «Nach so einer Operation werden die Beteiligten immer zuerst befragt.»

Am 24. Februar flog Lady mit einer Swiss-Maschine weiter nach Kairo. Wollte er dem Verhör Abu Omars beiwohnen?

Als Lady merkt, dass ihm die italienischen Ermittler auf die Spur kommen, setzt er sich im Laufe des Jahres 2004 erneut in die Schweiz ab. Der «Blick» und die italienische Zeitung «Cor-

riere della Sera» berichten übereinstimmend von einem E-Mail, dass die italienische Polizei in Ladys Computer fand. Darin schrieb ihm CIA-Agentin Susan Czaka am 24. Dezember 2004, sie sei gewarnt worden, nicht mehr nach Italien zu reisen, weil die Justiz ermittle: «Ich machte mir wirklich Sorgen, du könntest in Italien in einer Zelle sitzen.» Doch dann, so Susan weiter, habe sie über eine andere Agentin erfahren, dass Lady «nun in Genf ist».

Wie lange sich der Agenten-Chef in der Schweiz aufhält und was er da wollte, interessiert mittlerweile auch die Bundesanwaltschaft. Sie hat Mitte Dezember 2005 ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren gegen unbekannt eröffnet. Dabei soll abgeklärt werden, ob mit den Überflügen von CIA-Maschinen die Souveränität der Schweiz verletzt wurde. Zudem ermittelt die Bundesbehörde auch wegen möglicher verbotener Handlungen für einen fremden Staat. Schliesslich hielten sich mehrere Agenten nachweislich in Zürich und Genf auf. Gerade die Diplomaten-Metropole am Genfersee mit UNO- und WTO-Sitz gilt als Tummelplatz für Schlapphüte.

In Italien werden Robert Seldon Lady und seine 21 Kollegen seit dem 3. Juli 2004 per internationalem Haftbefehl gesucht. Dass Staatsanwalt Spataro die Geheimdienstleute je zu fassen kriegt, ist sehr unwahrscheinlich. Lady hat offenbar den Dienst bei der CIA quittiert – er soll heute in Florida leben.

Unklar bleibt, ob die italienische Regierung von der CIA-Aktion gewusst hat. Erstaunlich wäre das nicht: In Schweden ist die Kooperation von CIA-Häschern und der Polizei bereits bewiesen. Ein Geheimdienstkommando entführte dort zwei Asylbewerber unter den Augen der Polizei nach Ägypten.

In der 234 Seiten dicken Anklageschrift der italienischen Justiz gegen die CIA-Entführer ist zu lesen, dass Abu Omar nach seiner Freilassung in die Schweiz flüchten wollte. In dem Akten-

stück gibt Elbadry Mohamed Reda, Lehrer im Islamischen Zentrum von Mailand, zu Protokoll: «Ich schlug Abu Omar vor, in der Schweizer Botschaft in Kairo politisches Asyl zu beantragen.» Wörtlich heisst es in dem Abhörprotokoll zwischen Reda und Omar:

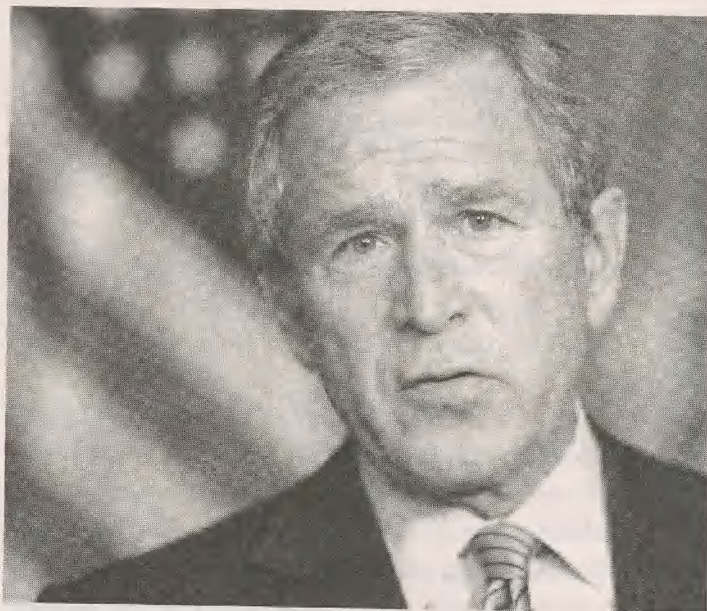
Reda: «Du hast das Recht, in der Schweiz um Asyl zu bitten, das ist dein Recht!»

Omar: «Ja.»

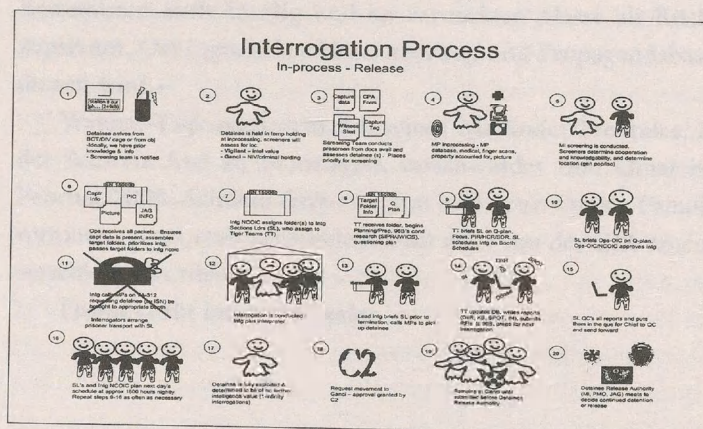
Warum wollte der Imam ausgerechnet in die Schweiz? Eine mögliche Antwort findet sich im 2004 erschienenen «Bericht zur Inneren Sicherheit der Schweiz», herausgegeben vom Bundesamt für Polizei (Fedpol). Darin heisst es: «Die in der Schweiz weiterhin fehlende Anti-Terrorgesetzgebung und die verhältnismässig geringen präventiven und repressiven Mittel können dazu führen, dass islamistische Extremisten in unser Land ausweichen. Folglich ist davon auszugehen, dass die Schweiz islamistischen Extremisten auch künftig und im verstärkten Masse als Rückzugsraum, Ort logistischer Unterstützung und Propagandabasis dienen wird.»

Wenige Tage nach dem Rat seines Mailänder Freundes, in der Schweiz Asyl zu beantragen, verschwindet Abu Omar im Februar 2005. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Omars Familie vermutet, er sei vom ägyptischen Staat oder von der CIA erneut verschleppt worden.

Damit er für immer schweige.



Der Feldherr: US-Präsident George W. Bush führte sein Land nach 9/11 in den Krieg gegen Terror.



Das Handbuch: Diese Verhöranweisungen erhielten die US-Bewacher im irakischen Gefängnis Abu Ghraib.

9. Der Kampf gegen Terror

Wie die USA ihr Vorgehen legitimieren

Von Johannes von Dohnanyi, Auslandchef des «SonntagsBlick»

So hatte George W. Bush sich das Regieren immer vorgestellt. An Bord der als «Air Force One» bekannten Boeing 747 war der Präsident der Vereinigten Staaten am 10. September 2001 von Washington nach Florida geflogen. Breit lächelnd hatte er die Bürger des Bundesstaates begrüsst, dessen chaotische und wahrscheinlich nicht ganz korrekte Stimmauszählung ihm zehn Monate zuvor den Weg ins Weisse Haus geebnet hatte. Auf der Koralleninsel Longboat Key hatte er am Nachmittag eine Runde Golf gespielt und den Abend dann entspannt in der luxuriösen Abgeschiedenheit des «Colony Beach and Tennis Resort» verbracht. «Eigentlich ist das ein toller Job», hatte George W. seinem zum Abendessen eingeflogenen jüngeren Bruder und Gouverneur von Florida, Jeb Bush noch gesagt, bevor dieser in der Nacht zurück aufs Festland flog.

Und der folgende 11. September verspricht genauso gut zu werden. Nach einem ausgiebigen Frühstück ist George W. Bush am frühen Morgen mit seinen Leibwächtern sieben Kilometer über die Insel gejoggt. Frisch geduscht und sichtlich gelangweilt hat er den morgendlichen Lagebericht seines Sicherheitsberaters über sich ergehen lassen. Weitaus wichtiger ist dem Präsidenten sein seit längerem sorgfältig vorbereiteter Besuch in der nahen Emma Booker Elementary School. Dort sitzen um kurz vor neun Uhr morgens die Grundschüler im Halbkreis und lassen sich vom

Präsidenten der Vereinigten Staaten aus einem Bilderbuch vorlesen.

Es gibt kein zweites Bild, dass die absolute Hilflosigkeit der USA an diesem Tag der Terroranschläge von New York und Washington besser symbolisiert: George W. Bush, umringt von Kindern. Über ihn gebeugt Karl Rove, sein wichtigster Berater. Gerade hat er dem Präsidenten ins Ohr geflüstert, dass zwei Passagierflugzeuge in die beiden Türme des World Trade Centers in New York gerast sind. Das war kein Unglück, hat Rove gesagt: «Das war ein terroristischer Anschlag.» Und der mächtigste Mann der Welt sitzt, mit leeren Augen, wie versteinert da, das Bilderbuch noch in der Hand, das Gesicht zu einer starren Maske der Ungläubigkeit und Hilflosigkeit eingefroren. «Die Terroristen haben uns den Krieg erklärt», wird der Präsident Stunden später in einer weltweit übertragenen Ansprache an die Amerikaner sagen. Und er wird hinzufügen, dass er die Terroristen jagen wird, wo immer sie sich verstecken mögen.

Das soll nach Wissen um die Täter und Entschlossenheit tönen. In Wahrheit aber ist das Weisse Haus auf diesen 11. September 2001 kaum vorbereitet. In den ersten 234 Tagen seiner Amtszeit haben George W. Bush und seine engsten Mitarbeiter alle Warnungen vor dem islamistischen Terrorismus mit sträflicher Arroganz vom Tisch gewischt. Die Tage nach den Anschlägen, die fast 3000 Menschen das Leben gekostet haben, sind daher vor allem gekennzeichnet von TV-gerecht präsentem Aktionismus, der den Amerikanern den Eindruck einer handlungsfähigen Regierung vermitteln soll.

Am «Ground Zero» in New York und in den Trümmern des Pentagon in Washington werden noch Leichen geborgen und Ermittler suchen nach verwertbaren Spuren. Die Namen der 19 islamistischen Terroristen werden veröffentlicht. Gleichzeitig aber werden in diesen Septembertagen in den Schaltstellen der ameri-

kanischen Macht bereits die Weichen für den amerikanischen «Krieg gegen den Terrorismus» gestellt. Was in diesen Tagen der weltweiten Trauer und Empörung noch niemand ahnt: die neue Politik wird die US-Streitkräfte zuerst nach Afghanistan und im Frühjahr 2003 in den Irak führen. Sie wird aber auch die Bürgerrechte der Amerikaner aushöhlen, die Grundrechte von Menschen anderer Nationalität mit Füßen treten und internationale Verträge wie die Menschenrechtskonvention und das Folterverbot aushebeln.

Weil George W. Bush, sein Mentor und Stellvertreter Dick Cheney ebenso wie Verteidigungsminister Donald Rumsfeld unfähig sind, neben den militärischen auch politische Antworten auf den Fanatismus von Al Kaida-Chef Osama Bin Laden zu geben, führen sie die mächtigste Demokratie der Welt direkt in den moralischen Foltersumpf von Abu Ghraib und Guantánamo.

Ehrlicherweise trifft Bush und seine Truppe nur ein Teil der Schuld. Sie mögen in den ersten acht Monaten ihrer Amtszeit die Gefahren des islamistischen Terrorismus unterschätzt haben. Andererseits hatten sie von den Vorgänger-Regierungen die Risikoanalyse und die aus ihr folgenden politischen Entscheidungen geerbt. Und die hatten entscheidende Fehlentscheidungen schon seit der Mitte der achtziger Jahre getroffen.

Als der letzte Soldat der Roten Armee am 15. Februar 1989 Afghanistan verliess, rieben sich die Geostrategen in Washington die Hände. Der Vormarsch des sowjetischen Kommunismus nach Asien war am Hindukusch-Gebirge endgültig gestoppt worden. Über 300 Millionen Dollar hatten es sich die USA kosten lassen, dass die für den Westen lebenswichtigen Ölreserven der arabischen Welt vor dem Zugriff des Kreml wieder ebenso sicher waren wie die Tankerrouten durch den Persischen Golf und den Indischen Ozean. Die grösste Operation in der Geschichte der CIA hatte auch die Schweiz berührt. Etwa 25 Millionen der für die

Mujaheddin bestimmten Dollar schleuste der Geheimdienst durch die Kassen der in Zürich angesiedelten Shakarchi Trading AG. Dass das Unternehmen gleichzeitig auch dem türkischen Drogenbaron Musullulu und den Rauschgiftkartellen der Pizza- und der Libanon Connection zu Diensten war, störte die Anti-Kommunisten in Washington nicht.

Über die ebenfalls in der Schweiz registrierte Stanford Technologies Trade Group International finanzierte die CIA in den Achtzigerjahren auch das Training für die Anführer der afghanischen Gotteskrieger gegen die russischen Besetzer. Einer der Ausbilder war Special Forces Oberst Bo Gritz, der aus dem Vietnamkrieg als der höchstdekorierte Soldat der US-Army heimgekehrt war. Ob, wie mehrfach behauptet wurde, auch ein reicher junger Saudi namens Osama Bin Laden von Bo Gritz in den Feinheiten des Guerillakriegs ausgebildet wurde, konnte abschliessend nie geklärt werden. Fest steht aber, dass die Ausbildung auf einem für die US-Militärs ansonsten gesperrten Stützpunkt stattfand – unweit der Flugschule, an der sich 15 Jahre später ein gewisser Mohammed Atta und seine Freunde das nötige Wissen beibringen liessen, um am 11. September 2001 drei gekaperte Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon steuern zu können.

Doch im Februar 1989 jubelten die Weltstrategen in Washington noch. Nach Afghanistan setzten sie auf ihren geheimen Langzeitplan: Die vom Hass gegen Moskau getriebenen Mujaheddin würden in ihre zentralasiatischen Heimatländer zurückkehren und von dort den Kampf zur Befreiung ihrer innerhalb des Sowjetreiches unterdrückten Glaubensbrüder fortführen. Dieser nach den Farben des Propheten «Grüner Gürtel» genannte Belagerungsring, so das Kalkül der CIA, würde das «Reich des Bösen» schliesslich von innen zum Einsturz bringen.

Und weil die kalten US-Krieger fest von der ewig währenden

Dankbarkeit der islamischen Fundamentalisten überzeugt waren, glaubten sie, auch auf jede künftige Kontrolle ihrer Zöglinge verzichten zu können. Deshalb wurden bald nach den sowjetischen Soldaten auch die Ausbilder und Agenten der CIA und des britischen Auslandgeheimdienstes MI6 aus der Hindukusch-Region abgezogen. Für Afghanistan-Experten war bei den Diensten kein Platz mehr.

Und so hörte niemand mehr hin, als Osama Bin Laden wenige Monate nach dem Abzug der Roten Armee mit einigen Freunden zusammen kam und den Mythos erfand, der bis heute die Seele des islamistischen Terrorismus anfeuert: Ganz allein, ohne jede Hilfe von aussen hatten demnach die Gotteskrieger die Supermacht Sowjetunion besiegt. «In Afghanistan ist alles vorbei», gab Bin Laden bei diesem Treffen in einem Terrorcamp in der Nähe von Kandahar als Losung für die Zukunft aus. «Bereitet Euch auf den nächsten Schritt vor.» Von nun an würden die Mujaheddin ihren Heiligen Krieg in die ganze Welt tragen. Zu diesem Zweck gründeten sie Al Kaida, die Basis.

Als 1993 in der Tiefgarage des World Trade Centers ein mit Sprengstoff beladener Transporter explodierte, führte die Spur schnell zu einer radikal-islamischen Gruppe im Herzen von New York. Ihr blinder Anführer und Prediger Scheich Rahman war zu Hause in Ägypten wegen Terrorismus zum Tode verurteilt worden und hatte deswegen in den USA politisches Asyl erhalten. Die Ermittlungen ergaben, dass Rahman Kontakte zu einer ominösen Organisation von Afghanistan-Veteranen hatte. Der Name Al Kaida tauchte zum ersten Mal auf. Doch den Hinweisen auf eine internationale Verschwörung wurde nicht nachgegangen.

Wirklich alarmiert waren die USA und ihre europäischen Partner auch nicht, als die ersten islamistischen Mujaheddin zu den Streitkräften der bosniakischen Muslime stiessen. Federführend war ein ägyptischer Arzt namens Aywan al Zawahiri, der

in der bulgarischen Hauptstadt Sofia ein Anwerbebüro für Gotteskrieger mit Afghanistan-Erfahrung betrieb. Dass der in Ägypten wegen Terrorismus verurteilte al Zawahiri der Stellvertreter Bin Ladens war, wurde nicht beachtet. Mehrfach tauchte der Al Kaida-Chef während des Bosnienkriegs persönlich in Sarajewo auf. Einen von dem Saudi auf den Weg gebrachten Container voller Waffen fing der kroatische Zoll ab.

Koordiniert wurde die Bosnienhilfe über eine sudanesishe humanitäre Organisation mit Sitz in Wien. Kein Zufall. Denn Bin Laden hatte das Hauptquartier von Al Kaida in die sudanesishe Hauptstadt Karthoum verlegt. Erst als aus abgehörten Telefongesprächen hervorging, dass der New Yorker Terrorist Scheich Rahman in Verbindung mit der Wiener Organisation stand, machte Washington Druck auf die Regierung Österreichs.

Von Karthoum aus organisierte Bin Laden den Kampf gegen die Vereinten Nationen in Somalia. Nach dem Abschuss mehrerer Kampfhubschrauber über Mogadischu wurden die Leichen der Piloten geschändet und von dem Mob durch die Strassen geschleift. Als daraufhin die USA ihre Truppen abzogen und auch die übrigen Einheiten der UN-Mission den Rückzug antraten, waren Bin Laden und al Zawahiri überzeugt, den ersten Teilsieg über den Westen erzielt zu haben. Von nun an wurden grössere Operationen geplant.

Immer wieder kam es von nun an zu Anschlägen auf US-Truppen in Saudi Arabien, die dort seit der Befreiung Kuwaits stationiert waren. Im Sommer 1998 wurden die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tanzania durch Autobomben weitgehend zerstört. US-Präsident Bill Clinton antwortete mit Cruise Missiles auf die Ausbildungslager von Al Kaida in Afghanistan und eine sudanesishe Chemiefabrik, in der angeblich chemische Kampfstoffe hergestellt wurden.

Erst nach diesen Anschlägen wurde Osama Bin Laden auch

in der breiteren Öffentlichkeit bekannt. Den ersten internationalen Haftbefehl stellten allerdings nicht die Justizbehörden der USA aus. Den hatte schon 1996 der libysche Diktator Muammar el Ghaddafi erwirkt, der sich von einer Unterorganisation von Al Kaida bedroht fühlte. Ein für den Westen peinliches Detail: für den Sturz Ghaddafis waren Bin Ladens Terroristen vom britischen Geheimdienst MI6 angeworben worden.

Ganz untätig waren die USA in den Jahren zuvor dennoch nicht gewesen. Die CIA hatte weltweit Beweise gegen die islamistischen Terroristen gesammelt. Die amerikanische Bundespolizei hatte innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten ermittelt. Als die Behörden ihre Ergebnisse verglichen, kamen sie schnell zu der Erkenntnis, dass sie zwar viel über die Urheber der diversen Attentate wussten. Zu einer Verurteilung durch ein amerikanisches Gericht hätte die Beweislage allerdings in den meisten Fällen nicht gereicht.

Dieses juristische Dilemma wurde 1995 von Bill Clinton und seinen Beratern gelöst. Ab sofort würde die CIA weltweit auf Terroristenjagd gehen. Einmal geortet, würden die Sicherheitskräfte der betroffenen Staaten die Verhaftung vornehmen. Die Auslieferung der Verhafteten an ihre Heimatstaaten sollte dann wieder Aufgabe der CIA sein.

«Wir wollten weder Gewalt über die Häftlinge haben noch interessierte es uns, dass die meisten von ihnen zu Hause in Abwesenheit wegen Terrorismus zum Tode verurteilt worden waren», sagt der ehemalige CIA-Mitarbeiter Michael Scheuer, der Ende der Neunzigerjahre für Präsident Clinton die Jagd auf Osama Bin Laden organisierte. Wusste er, dass die unfreiwilligen Heimkehrer auch gefoltert werden würden? «Das war nicht unsere Angelegenheit», schiebt Scheuer bis heute alle Bedenken über die Legalität dieser «extraordinary renditions» oder aussergerichtlichen Überstellungen zur Seite.

So wurden zum Beispiel im Sommer 1998 der Ägypter Ahmed Ibrahim al-Najjar mit vier Komplizen in der albanischen Hauptstadt Tirana verhaftet. Das Quintett hatte einen Anschlag auf die US-Botschaft in Albanien geplant. Mehrere Tage lang wurden die fünf von einem CIA-Team auf einem abgelegenen Militärflugplatz verhört, bevor sie nach Ägypten ausgeflogen wurden. Beschwerden der Anwälte, die Geständnisse seien unter Folter erpresst worden, wischte der Sprecher des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zur Seite. «Vergessen Sie die Menschenrechte Einzelner», wies Nabil Osman die internationale Presse zurecht. «Hier geht es um die Sicherheit der Mehrheit.» Achtzehn Monate nach ihrer Verschleppung aus Albanien wurden al-Najjar und seine Freunde hingerichtet. Einen Protest aus Washington hatte es nicht gegeben.

Dass es im islamistischen Untergrund gäbe, war den Geheimdiensten nicht entgangen. Schon 1996 hatte der damalige CIA-Direktor John M. Deutch vor dem internationalen Terrorismus gewarnt: «Es handelt sich um eine lose Verbindung politisch entschlossener islamischer Kämpfer verschiedener Nationalität, die von Rachegefühlen, religiösem Eifer und allgemeinem Hass auf den Westen motiviert sind.» Und am 15. September 1999, fast auf den Tag drei Jahre vor den Anschlägen von New York und Washington, warnte die Nationale Sicherheitskommission 21. Jahrhundert unmissverständlich davor, dass «Amerika durch feindliche Angriffe auf unser Land zunehmend verwundbar werden wird. Unsere militärische Überlegenheit wird uns nicht vollständig schützen können. Wir müssen davon ausgehen, dass eine grosse Zahl von Amerikanern in Amerika sterben wird.»

Dies also war das Menetekel an der Wand, als George W. Bush im Januar 2001 ins Weisse Haus einzog. Doch weil der neokonservative Präsident in den ersten Monaten seiner Amtszeit andere Prioritäten hatte, fanden alle Warnungen etwa des CIA-

Manns Scheuer vor einem grossen Attentat in den USA bei Bush und seiner Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice kein Gehör. Im Gegenteil, erinnert sich Scheuer, habe ihn Rice mehrmals angewiesen, sie mit seinem durch nichts gestützten Alarmismus endlich in Ruhe zu lassen. Als Mohammed Atta und seine Komplizen am 11. September 2001 das World Trade Center und das Pentagon angriffen, waren die regierenden Republikaner daher noch immer blutige Anfänger im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auf einmal aber galt es zu handeln. Die ersten Direktiven, die jetzt aus dem Weissen Haus und dem Pentagon kamen, fasste der CIA-Terrorismus-Experte Cofer Black vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit folgenden Worten zusammen: «Am 11. September zogen wir die Samthandschuhe aus.»

Ein Soldat, so definiert es das internationale Recht, trägt eine Uniform, ist in hierarchisch gegliederten Einheiten organisiert und dient einem Staat. Wird ein solcher Soldat im Verlauf eines militärischen Konflikts gefangen genommen, hat er nach den Regeln der Genfer Kriegsrechtskonvention eine Reihe von Rechten. Dazu gehört nicht nur eine menschenwürdige Behandlung, sondern auch das Recht auf Besuche des Internationalen Roten Kreuzes und die Gewissheit, nach Ende des Kriegs wieder in die Heimat entlassen zu werden. Auch für die Behandlung von mutmasslichen Kriegsverbrechern gibt es klare und international verbindliche Vorschriften. Für alle gilt das absolute Folterverbot.

Die Trümmer des World Trade Centers rauchten noch, als die militärischen Planer im Pentagon ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sahen: die USA befanden sich mitten im ersten asymmetrischen Konflikt des 21. Jahrhunderts. Das heisst: Ein Staat mit einer regulären Armee ist im Krieg gegen Guerilla-Kämpfer. Koordiniert worden waren die Attentate des 11. September von Afghanistan aus. Verantwortlich war jedoch nicht das

radikal-islamische Regime der Taliban, sondern die von den Taliban in Afghanistan geduldete Spitze der Terrororganisation Al Kaida. Die Taliban unterhielten eine reguläre Armee. Doch gefangene Terroristen wie reguläre Kriegshäftlinge zu behandeln hätte bedeutet, Al-Kaida-Chef Osama Bin Laden de facto zu einem Staatschef aufzuwerten.

Zudem wurde den Analysten des Pentagon schnell klar, dass der von Präsident Bush erklärte «war on terror» eben wegen seines asymmetrischen Charakters nicht mit dem klassischen Szenario einer offen deklarierten Niederlage des Gegners enden würde. Menschen können mit Waffengewalt getötet werden – Ideen nicht! Gefangene Terroristen würden nicht einem zentralen Oberbefehl, sondern allein der eigenen Überzeugung gehorchen. Sie nach geltendem amerikanischen Recht zu verurteilen, würde sich in den vielen Fällen, in denen eine konkrete Tatbeteiligung an einem der Anschläge nicht nachgewiesen werden könnte, als so gut wie unmöglich erweisen. Sie andererseits wieder freizulassen hiesse jedoch, das Problem des internationalen islamistischen Terrorismus zu perpetuieren.

Es waren Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, die einen scheinbar eleganten Ausweg aus diesem Dilemma fanden: den rechtsfreien Raum auf der amerikanischen Militärbasis Guantánamo.

Der Stützpunkt ist ein bizarres Überbleibsel des Kalten Kriegs. Er liegt auf einer Landzunge Kubas, vom Herrschaftsgebiet des kommunistischen Diktators Fidel Castro nur durch einen starken und stellenweise elektrifizierten Stacheldrahtzaun getrennt. Da Guantánamo formal nicht zum Territorium der Vereinigten Staaten gehört, kann dort das amerikanische Recht keine Anwendung finden. Zugleich gilt aber auch nicht das Gesetz Kubas. Hinter den Gittern von Guantánamo, liessen sich Cheney und Rumsfeld von ihren Advokaten attestieren, gilt – für

die US-Truppen – nur das amerikanische Militärgesetz und für alle anderen das für den jeweiligen Bedarfsfall geschriebene Recht.

Auf Guantánamo werden seit nunmehr vier Jahren über 500 so genannte irreguläre Kämpfer festgehalten. Formale Anklagen gibt es nicht. Die Klärung ihrer juristischen Position durch ein ordentliches amerikanisches Gericht ist ihnen verwehrt. Erst auf internationalen Druck hin wurden militärische Sondergerichte eingerichtet, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit über das Schicksal der Häftlinge entscheiden.

Zum rechtsfreien Raum Guantánamo gehört auch eine mehr als bedenkliche freie Interpretation der Menschenrechte und des Folterverbots. Noch als Chefjurist des Pentagon bestätigte der heutige US-Justizminister Alberto Gonzales der Regierung das Recht, die Genfer Kriegsrechtskonventionen in Bezug auf islamistische Gotteskrieger ausser Kraft zu setzen. Und Gonzales war es auch, der in einem Rechtsgutachten vom August 2002 das absolute Folterverbot erheblich lockerte. Nicht alles, was «grausam, unmenschlich und erniedrigend» sei, falle automatisch unter den Folterbegriff, schrieb der fürchterliche Jurist seinem Präsidenten. Unter Folter verstehe er allein Schmerzen vergleichbar «einer schweren Verletzung wie einem Organschaden, einer Lähmung körperlicher Funktionen oder sogar dem Tod.»

Die internationale Empörung, die nach dem Bekanntwerden dieser politischen Richtungsänderung ausbrach, führte zwar inzwischen zu einer Revision des Gutachtens. So gilt heute nicht nur «schwerer körperlicher Schmerz», sondern auch «schweres körperliches Leiden» als Folter und ist damit verboten. Doch um eine genaue Definition der Begriffe haben sich die Regierungsjuristen gedrückt. Und Folterer, die in «gutem Glauben» handeln, die Grenzen der neuen Vorschriften nicht zu verletzen, können juristisch nicht belangt werden.

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat gelehnt, dass im Gefangenenlager von Guantánamo gefoltert wird. Sein an Zynismus kaum noch zu überbietender Euphemismus: «Wir wenden nur eine Reihe von innovativen Verhörmethoden an.»

Neu ist an den Übergriffen in Wahrheit nichts. Das so genannte «water boarding» etwa galt schon den chinesischen Kaisern als effiziente Quälmethode. Dabei wird der zu Befragende auf ein Brett geschnallt und ihm ein Plastiksack über seinen Kopf gestülpt. Über den Kopf gegossenes Wasser löst panische Angst vor dem Ertrinkungstod aus. Länger als fünf Sekunden, sagen die Experten, hat dieser Tortur noch keiner standgehalten.

Auch stundenlanges Stehen in unbequemen Stellungen, monatelanger Schlafentzug, unterkühlte oder überhitzte Zellen und Dauerbeschallung der Zellen mit aggressiv lauter Musik, wie sie aus Guantánamo und anderen amerikanischen Häftlingslagern für Terroristen berichtet werden, haben für die Folter-Fachleute des Pentagon nichts «innovatives». Solchen Behandlungen wurden hinter den kommunistischen Linien abgeschossene amerikanische Piloten schon während des Koreakriegs ausgesetzt. Damals allerdings protestierte Washington vehement gegen solche «unmenschlichen Folterpraktiken».

Gegen die Zustände auf Guantánamo hatte 2003 allerdings das FBI protestiert. Die Bundespolizei hatte die Verhörmethoden als «grausam» und daher «illegal» angeprangert und sich folgerichtig geweigert, unter solchen Umständen mit den Militärbefragern zu kooperieren. Das Pentagon hatte die Beschwerde zur Kenntnis genommen – und nichts geändert. Mit Rückendeckung der juristischen Berater befanden George W. Bush und seine Minister, dass neue Bedrohungsszenarien eben auch neue Antworten erforderten.

Aus den gesammelten Erfahrungen des Koreakriegs entwickelten amerikanische Militärärzte und Psychologen seit Mitte

der Fünfzigerjahre das bis heute weitgehend geheime SERE-Projekt. Die Abkürzung steht für «Survival, Evasion, Resistance and Escape» und soll Piloten und Angehörige von Spezialeinheiten psychologisch auf die Möglichkeit der Gefangennahme, die vom Gefangenen gesteuerte Minimalkooperation mit seinen Bewachern und schliesslich das Ausnutzen auch der kleinsten Fluchtmöglichkeit vorbereiten. «Wer mit solchen Extremsituationen fertig werden will, muss wissen, was auf ihn zukommt», sagt ein nur unter der Bedingung der Anonymität redebereiter Psychiater, der mit dem auf dem Stützpunkt Fort Bragg im Bundesstaat North Carolina angesiedelten Projekt bestens vertraut ist. Das Ausbildungsprogramm von SERE umfasst daher auch mehrere Kurse verschiedener Intensität. Die Abschlussprüfung hat bestanden, wer den tagelangen und sehr realen Qualen eines fiktiven Gefangenenlagers widersteht.

Das Oberkommando der US-Spezialeinheiten in Fort Bragg bestreitet vehement, dass die auf Guantánamo angewandten «innovativen Verhörmethoden» die direkte Umkehr des SERE-Programms seien. Unbestreitbar jedoch gleichen viele der aus Guantánamo herausgeschmuggelten Beschreibungen den Erfahrungen, die amerikanische Soldaten in den SERE-Übungen machen. Wie immer wieder der Koran in Guantánamo wird auch im C-Kurs von SERE schon mal eine Bibel geschändet. Wie Guantánamo-Häftlinge werden SERE-Absolventen an Ösen im Zementboden gefesselt. Auch simulierte Vergewaltigungen und zahlreiche sexuelle Demütigungen stehen, wie in Guantánamo, auf dem Stundenplan der uniformierten Überlebensschüler.

Er wisse von einer Reihe von Kollegen und Ärzten, sagt der amerikanische Psychiater, die an SERE beteiligt sind und die in den letzten Jahren immer wieder nach Guantánamo und in andere Lager reisten, in denen die USA islamistische Terrorverdächtige festhalten. «Natürlich ist in diesem asymmetrischen Krieg

unser Spezialwissen besonders gefragt. Wer weiss, wie man Foltermethoden widerstehen kann, weiss auch, wie man harsche Verhörmethoden am wirkungsvollsten einsetzt. Jede Medaille hat eben immer zwei Seiten.»

Doch das Lager von Guantánamo ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn seit den Anschlägen vom 11. September 2001 findet das unter Präsident Clinton initiierte Programm der aussergerichtlichen Überstellungen unter neuen Vorzeichen statt. Als besonders wichtig oder auch gefährlich eingestufte Islamisten werden nach ihrer Festnahme nicht mehr an ihre Heimatländer ausgeliefert. Die USA halten diese Häftlinge in eigenen und streng geheimen Lagern fest. Im Vergleich zu ihnen leben die Gefangenen von Guantánamo unter einem permanenten Scheinwerferlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Im Frühjahr 2003 wurde zum Beispiel in Pakistan der saudische Terrorist Khaled Scheich Mohammed verhaftet. Er gilt als einer der engsten Vertrauten von Osama Bin Laden und als einer der operativen Drahtzieher der Attentate vom 11. September 2001. Der Islamist wurde zum letzten Mal gesehen, als ihn die pakistanischen Sicherheitskräfte wie eine Trophäe an den eilig herbeigerufenen Fernsehkameras vorbeiführten. Die Bilder zeigten einen untersetzten Mann im Schlafanzug, mit ungekämmten Haaren und im Schock weit aufgerissenen Augen. Nur Stunden nach seiner Verhaftung wurde Khaled Scheich Mohammed den Amerikanern übergeben. Seitdem ist er spurlos verschwunden. Angeblich wird der Saudi in einem Geheimgefängnis auf der US-Stützpunktinsel Guam im Pazifik festgehalten.

Das gleiche Schicksal ereilte auch Ramzi Binalshib, der Informatiker und Verbindungsoffizier der Al Kaida zu Mohammed Atta und den anderen Selbstmordattentätern des 11. Septembers. Auch von ihm fehlt seit seiner Überstellung an die Amerikaner in Pakistan jede Spur.

Um die vielfachen Geheimnisse um das Schicksal dieser Männer zu schützen, ist die amerikanische Justiz sogar bereit, Terroristenprozesse in anderen Ländern zu desavouieren. So liessen die Prinzipien der Rechtstaatlichkeit der Hamburger Justiz keinen Ausweg, als den ersten Prozess gegen den Marokkaner Motassadeq platzen zu lassen. Denn der damalige US-Justizminister John Ashcroft verweigerte den deutschen Richtern die Bitte, Ramzi Binalshib an einem geheimen Ort über Motassadeqs Rolle bei den Anschlägen vom 11. September befragen zu dürfen. Dies, so hiess es, sei mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht vereinbar.

An der mazedonischen Grenze wurde am 31. Dezember 2004 der Deutsch-Libanese Khaled el Masri festgenommen. El Masri war von den deutschen Diensten bereits seit längerem beobachtet worden, weil er zum Umfeld des islamischen Kulturzentrums in Neu-Ulm gehörte. Das Zentrum galt bis zu seiner Schliessung Ende 2005 als eine der Drehscheiben des islamistischen Terrorismus in Deutschland.

Nach wenigen Tagen in mazedonischer Haft wurde Khaled el Masri den Amerikanern ausgeliefert, die ihn wahrscheinlich in das als «Salt Pit» bekannte Geheimgefängnis in der Nähe von Kabul brachten. Als die CIA vier Monate später begriff, dass sie nicht einen der Statthalter Bin Ladens in Europa, sondern nur einen Namensvetter verschleppt hatten, wurde el Masri von Afghanistan nach Albanien geflogen und dort in einem Wald in die Freiheit entlassen. Dank der Aussagen des Deutsch-Libanesen vor der deutschen Staatsanwaltschaft ist das Entführungsprogramm der CIA endlich einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden.

Der Fall el Masri beweist aber auch, dass die europäischen Regierungen so unwissend über dieses Geheimprogramm nicht waren, wie sie behauptet hatten. Die deutsche Regierung war über

die Entführung ihres Bürgers schon frühzeitig informiert worden. Energisch dagegen protestiert hatte sie nicht. Denn auch in Deutschland, wie wohl auch in vielen anderen Ländern Europas, gilt inzwischen der ungeschriebene Grundsatz, dass islamistische Gefährder, denen mit den Mitteln des Rechtsstaats nicht beizukommen ist, auf andere und meist vom Gesetz nicht gedeckte Weise unschädlich gemacht werden müssen.

So sitzt der Deutsch-Syrer al Zammar seit über zwei Jahren in einem Foltergefängnis in Damaskus. Die CIA hatte den als gefährlich eingestuften Islamisten während eines Urlaubs in Marokko entführt und an die für ihre Brutalität bekannte Geheimpolizei Syriens ausgeliefert. Inzwischen steht fest, dass Beamte des deutschen Bundeskriminalamts und des Bundesnachrichtendienstes al Zammar in seiner Zelle in Damaskus besuchten. Seine Klage über die erlittene Folter interessierte die Ermittler nicht. Sie waren nur für ein weiteres Verhör angereist.

Doch nach Jahren der allgemeinen Gleichgültigkeit wachsen inzwischen vor allem in den USA die Zweifel an der Effizienz des geheimen Folter- und Lagerprogramms der Bush-Regierung. Zum einen scheinen die von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld genehmigten «innovativen Verhörmethoden» nicht die erhofften Ergebnisse gebracht zu haben. «Kein Wunder», sagt ein ehemaliger Soldat der amerikanischen «Special Forces», der das SERE-Training aus eigener Erfahrung kennt: «Um Schmerzen zu vermeiden, würden die meisten Menschen alles und damit auch Falsches gestehen.» Zum anderen aber stellt sich dem US-Militär und den Geheimdiensten die Frage, was sie mit ihren auf etwa 100 geschätzten Geheimgefangenen machen sollen. Einen öffentlichen Prozess können die USA kaum riskieren. Die Verhandlung würde die illegalen Praktiken der letzten Jahre offen legen. Kein Gericht der Welt könnte mit dem Wissen um diesen Hintergrund eine Verurteilung aussprechen. Auf ewig, das wissen auch George

W. Bush, Dick Cheney und Donald Rumsfeld, werden die geheimen Gefängnisse der CIA nicht geheim gehalten werden können. Ihre Entdeckung würde der internationalen Reputation der USA weiteren schweren Schaden zufügen.

Michael Scheuer glaubt, dass kaum einer dieser jedem Recht entzogenen Männer in die Freiheit entlassen werden wird. Im Grunde genommen, sagt der ehemalige CIA-Mann, bleibt der Regierung von George W. Bush nur die äusserste Verletzung der Menschenrechte dieser Gefangenen. Sie dürfen nicht überleben.



Der Aufklärer: Manfred Nowak untersucht als UNO-Sonderberichterstatter Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

10. Der UNO-Experte Manfred Nowak

Wie der UNO-Sonderberichterstatter gegen die Folter kämpft

Im Dezember 2004 ernannte die UNO den Wiener Rechtsprofessor Manfred Nowak zum Sonderberichterstatter über die Folter. Nowak ist Leiter des renommierten Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte (BIM) in Wien. Sein Institut veröffentlichte den ersten Bericht über Massaker serbischer Milizen in Bosnien. Nowaks Reporte über Menschenrechtsverletzungen in China, Nepal und der Mongolei sorgten weltweit für Aufsehen.

Eine für Dezember 2005 geplante Reise ins US-Lager Guantánamo auf Kuba sagte der Jurist ab. Die Amerikaner hatten ihm verboten, mit Gefangenen zu sprechen.

Aufgrund seines Berichts über Guantánamo, der auf Interviews mit Ex-Häftlingen beruht, forderte UNO-Generalsekretär Kofi Annan: «Guantánamo sollte so bald wie möglich geschlossen werden.»

Das Weisse Haus wies die Kritik vollumfänglich zurück und warf den Menschenrechtsexperten schlampige Arbeit vor. «Das Militär behandelt Gefangene human, wie vom Präsidenten angeordnet», sagte Scott McClellan, Sprecher von US-Präsident George W. Bush: «Wir wissen, dass es sich bei ihnen um gefährliche Terroristen handelt.»

Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass der ägyptische Außenminister die Existenz amerikanischer Geheimgefängnisse bestätigt?

Es ist ein weiteres wichtiges Indiz dafür, dass die Vorwürfe nicht einfach aus der Luft gegriffen sind. Die Anschuldigungen

durch Human Rights Watch und die «Washington Post» werden durch Ihre Informationen erhärtet. Es steckt offensichtlich mehr hinter diesen Berichten über geheime Gefängnisse.

Kann man von Beweisen sprechen?

Ich bin zuversichtlich, dass all diese Puzzleteile letztlich zu einer lückenlosen Aufklärung führen werden. Endgültig bewiesen ist es frühestens dann, wenn die Möglichkeit besteht, an Ort und Stelle Untersuchungen durchzuführen.

Glauben Sie, dass die ganze Wahrheit ans Licht kommen wird?

Da bin ich mir sicher. Diese Angelegenheit rührt nun wirklich an den Grundfesten und Werten der Europäischen Union und des Europarates. In verschiedenen Staaten wie Spanien oder Island wurden bereits polizeiliche Untersuchungen eingeleitet. Über solche Fragen darf man nicht den Mantel des Schweigens ausbreiten. Dazu ist es meines Erachtens auch schon zu spät.

Tatsache ist, dass sich Europa bei der Unterstützung des Europarat-Ermittlers Dick Marty zurückhält.

Es ist eine rechtsstaatliche Pflicht, mit dem Generalsekretär des Europarates, mit der parlamentarischen Versammlung und mit ihrem Ermittler Dick Marty zusammenzuarbeiten. Die 46 Europaratsstaaten wurden aufgefordert, Bericht über mögliche Geheimgefängnisse zu erstatten. Ich gehe davon aus, dass alle diesem Ersuchen nachkommen – unabhängig davon, in welchem Verhältnis sie zu den USA stehen. Erst dann können die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Und zwar welche?

Dann müssten solche Gefängnisse, Lager oder Verhörzentren besucht und inspiziert werden. Um wirklich Licht ins Dunkel zu

bringen, würden dazu auch vertrauliche Gespräche mit allen involvierten Personen gehören.

In Guantánamo wurde Ihnen aber explizit dieser Zugang zu den Gefangenen verwehrt.

Das wird sich ändern. Ich bin zuversichtlich, dass entsprechende Lager wie Guantánamo oder eben auch CIA-Gefängnisse für Uno-Inspektoren noch geöffnet werden. Unser Bericht wird der Anlass dafür sein, dass die USA in einem stärkeren Ausmass als bisher kooperieren. Im Fall von Guantánamo haben wir mit Ex-Häftlingen und Anwälten gesprochen. In seiner Beweiserhebung wird unser Bericht nicht in Frage gestellt werden können.

Was halten Sie davon, dass selbst deutsche Politiker wie Wolfgang Schäuble die Folter in gewissen Fällen für eine Option halten?

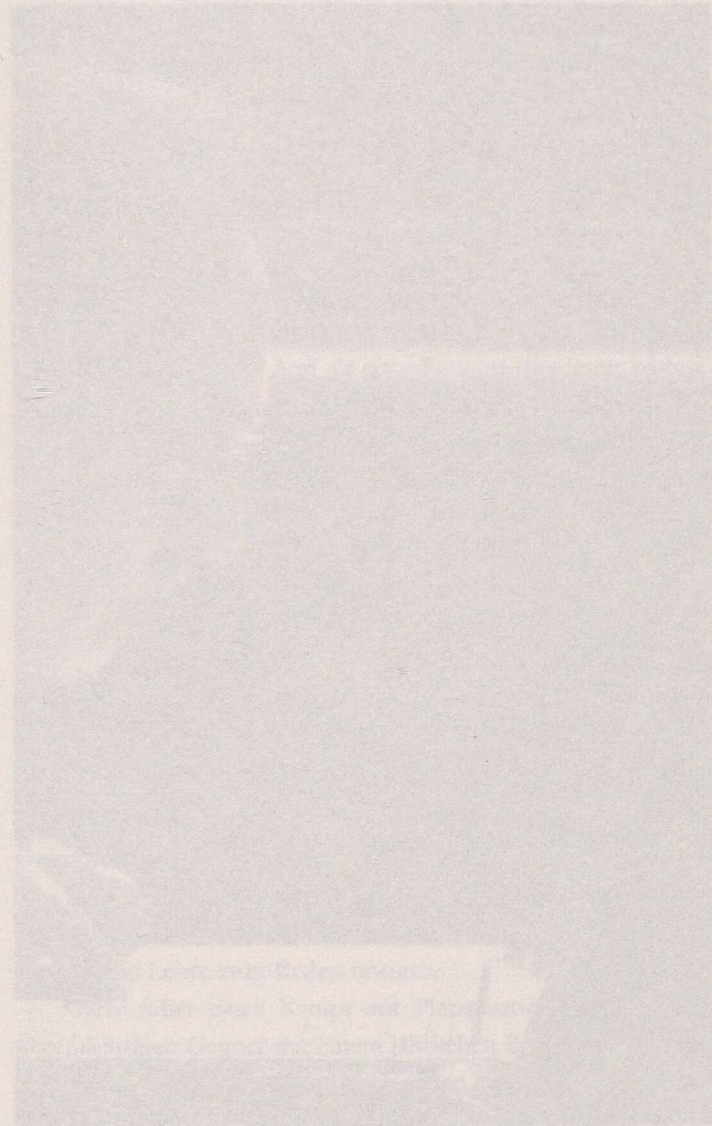
Solche Aussagen sind gefährlich. Sie untergraben das absolute Verbot der Folter, wie es in Europa und den Vereinten Nationen in Reaktion auf den Nationalsozialismus verankert worden ist. Wer hier nachgibt, befürwortet unmenschliche, erniedrigende und grausame Methoden. Wer das tut, öffnet die Büchse der Pandora.

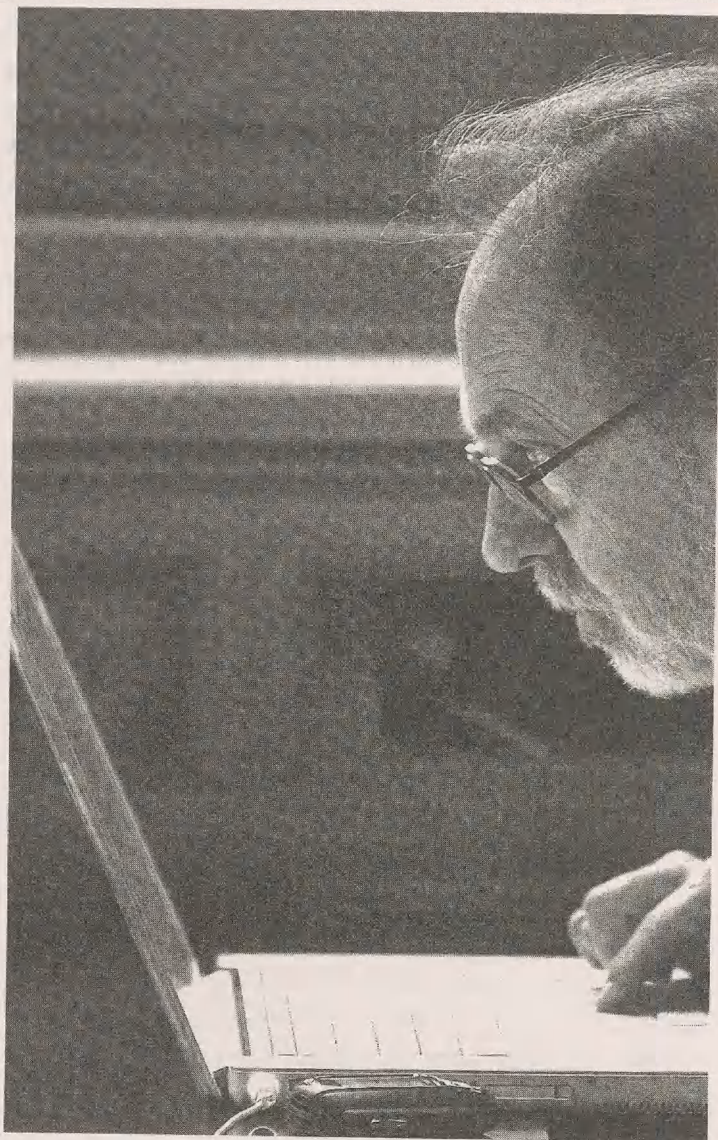
Die Rechtfertigung von Folter mit dem Kampf gegen Terrorismus verfährt selbst in den USA nicht mehr.

Das ist richtig. Ich glaube, hier hat ein Umdenken stattgefunden. Das Unbehagen in der amerikanischen Öffentlichkeit wächst. Ein lascher Umgang mit den Menschenrechten wird je länger, desto weniger geduldet. Das ist positiv.

Darf eine Zeitung geheime Unterlagen über mögliche CIA-Gefängnisse publizieren?

Keine Frage, natürlich. Da besteht ein öffentliches Interesse. Europa basiert auf den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Menschenrechte und der Demokratie. Geheime Gefängnisse, in denen Menschen einfach verschwinden, sind mit diesen Grundsätzen absolut nicht vereinbar.





Der Sonderermittler: Der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty untersucht im Auftrag des Europarates die CIA-Machenschaften.

11. Der Europarat-Sonderermittler Dick Marty

Wie ein Ex-Mafiajäger in der CIA-Affäre nach der Wahrheit fahndet

Seine Mission ist grösser als jede zuvor. Grösser als die «Libanon-Connection», die er als junger Tessiner Staatsanwalt zerschlug und die Elisabeth Kopp das Amt als erste Frau im Bundesrat kostete. Eine viel grössere Mission als danach die politischen Ämter in Lugano und in Bern.

Es ist eine «Mission impossible», wie er sie selbst lachend bezeichnet. Und doch ist es eine Mission wie geschaffen für Dick Marty.

«Unbestechlich», «hartnäckig», «prinzipientreu»: so wird er charakterisiert und so sollte ein Sonderermittler des Europarates auch sein, der sich zum Ziel gesetzt hat, Licht ins Dunkel der CIA-Geheimgefängnisse zu bringen. «Una sfida», eine Herausforderung, nennt es Marty. Eine glatte Untertreibung. Ein «rapporteur» aus Strassburg ist er offiziell – mit gerade mal zwei Sekretariatsstellen, ohne Kompetenzen und ohne die Möglichkeit, Dokumente zu verlangen, Leute zu befragen oder gar zu verhaften. Er hat nur eine einzige Waffe: «Ich kann öffentlich anprangern und so Druck erzeugen. Mein Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, das die Leute zum Reden bringt.»

Marty führt einen Kampf mit Platzpatronen gegen einen übermächtigen Gegner mit einem jährlichen Budget von mehreren Milliarden Dollar und zehntausenden von Mitarbeitern. Das weiss er. Doch er liebt es, vor einem schwierigen Problem zu stehen, sich langsam heranzutasten und es schliesslich zu knacken. «Wenn er überzeugt ist von dem, was er macht, geht er sehr kon-

sequent vor», sagt Fulvio Pelli, ein Jugendfreund Marty's und FDP-Parteipräsident: «Er will eben die Wahrheit wissen.»

Hinschauen, wenn andere wegsehen. Mit wachen Augen. Mehr als nur ein Lebensmotto. Bis zu seinem sechsten Lebensjahr war Marty praktisch blind. Der einzige Augenarzt in Lugano hielt den Geburtsschaden für unheilbar. Erst eine Operation und eine lange Therapie brachten ihm das Licht zurück. Nur, einen Beruf, bei dem er viel lesen müsse, so meinten die Ärzte eindringlich, könne er vergessen. Er nahm es zur Kenntnis und ignorierte es im selben Augenblick. Der kleine Dick, von seiner Mutter so in Anlehnung an einen Romanhelden namens Richard genannt, las wie ein Besessener.

«Er war einer meiner besten Studenten», sagt der emeritierte Staatsrechtsprofessor Jean-François Aubert in Neuenburg: «Ich habe nur gute Erinnerungen an ihn.» Aubert, der für die FDP im Ständerat sass, hat die Karriere seines Studenten «mit Bewunderung verfolgt, weil der Weg seinem Charakter entspricht. Er ist ein mutiger Mann.»

Am Anschlagsbrett der Uni sah Marty sein nächstes Ziel – ein Stipendium am renommierten Max-Planck-Institut für Kriminologie in Freiburg im Breisgau. Fünfeinhalb Jahre war die Bundesrepublik sein neues Zuhause. Mit seiner Dissertation über die Rolle und Kompetenzen des Strafrichters holte er sich in einer Ausschreibung des Schweizer Vereins für Straf-, Gefängniswesen und Schutzaufsicht den ersten Preis. Für seinen Kampf gegen die Geldwäscherei kamen noch zwei weitere Medaillen hinzu – von der Internationalen Polizei-Vereinigung und vom amerikanischen Justizministerium. «Er ist nicht ehrgeizig, sondern einfach sehr pflichtbewusst», sagt sein ehemaliger Weggefährte Mauro Dell'Ambrogio, früherer Kommandant der Tessiner Kantonspolizei. Mit ihm gründete Marty auch die Tessiner Sektion von Amnesty International. «Er hat schon immer daran geglaubt, dass

die Menschenrechte über allem stehen», sagt Dell'Ambrogio. Als Sonderermittler des Europarates in der CIA-Affäre sei Marty «genau die richtige Person».

Marty ist ein typischer Staatsanwalt und ein atypischer Politiker. «Er ist auf die Sache konzentriert und sucht die Popularität nicht», sagt sein Parteikollege Pelli. Marty ist streng mit sich selbst und hat ein Pflichtbewusstsein, das an Selbstaufgabe grenzt – durch und durch calvinistisch. Bei seinem Wechsel in die Politik musste er von Parteifreunden aufgefordert werden, zwischendurch auch mal zu lächeln. Zu ungeschliffen, zu direkt und zu wenig diplomatisch wirkte er denn auch zu Beginn auf der Politbühne. Ein verschlossener Einzelgänger, der mit seiner Sturheit auch anecken konnte. Getreu dem Credo: «Entweder mit mir oder gegen mich». Schmunzelnd sagt Dell'Ambrogio: «Es war nicht nur einfach mit ihm.» Dell'Ambrogio, heute Direktor der Tessiner Fachhochschule, FDP-Parteipräsident Pelli und Dick Marty: ein Trio, das sich seit der Pfadfinderzeit kennt. Von der «Pfadi-Connection» war im Tessin spöttisch die Rede, wenn einer der drei dem anderen zu einem Karrieresprung verholfen haben soll.

Wer den resoluten Ankläger Marty zum Gegner hatte, stand auf verlorenem Posten. Zusammen mit Ermittlerkollege Paolo Bernasconi und Bundesanwältin Carla del Ponte deckte er unzählige Fälle von Wirtschaftskriminalität auf. Sein spektakulärster Erfolg bleibt die «Libanon-Connection», die ihren Ursprung im schmutzigen Notizbüchlein des türkischen Drogenbosses Haci Mirza hatte. Darin fanden sich Telefonnummern, die zu den Gebrüdern Magharian führten, in deren «Shakarchi Trading» auch Bundesratsgatte Hans W. Kopp sass. Das berühmte kurze Telefongespräch, in dem Elisabeth Kopp ihren Mann auf die Ermittlungen aufmerksam machte, führte zu deren Sturz. Dass es eine Parteikollegin traf, war Marty keinen Gedanken wert. In Anlehn-

nung an Kopps legendären Ausspruch, sie treffe weder moralisch noch rechtlich eine Schuld, sagte Marty danach: «Mich trifft an dieser Sache keine Schuld.»

1989 hängt der Star-Ermittler, der keiner sein will, seinen aufreibenden Job an den Nagel und wird Direktor des Tessiner Finanz- und Baudepartements. Den überraschenden Abgang kommuniziert Marty in der Öffentlichkeit mit einem einzigen, tiefblickenden Satz: «Nach 14 Jahren Tätigkeit als öffentlicher Ankläger ist es an der Zeit, auch die positiven Seiten der Menschheit kennen zu lernen.»

Nach seinem freiwilligen Rücktritt als Staatsrat wird Marty für die FDP in den Ständerat gewählt. Fulvio Pelli hatte ihn ins Rennen geschickt. Nach dem Umstieg von der Judikative in die Exekutive nun noch der Sprung in die dritte Gewalt, die Legislative. Die Wahlerfolge belegen Martys Popularität in der Tessiner Bevölkerung. Mit der Idee, das Parlament drei Wochen im Tessin tagen zu lassen und der Forderung nach einer zweiten Gotthard-Röhre, sorgt er für Aufmerksamkeit. Nun wieder als Wirtschaftsberater tätig, wird Marty zu einem wahren Mandatsammler: von der Fondazione Pro San Gottardo bis zur Migros-Bank AG. 1996 wählt ihn der Bundesrat zum Präsidenten von «Schweiz Tourismus».

Der Sohn eines Walliser Hoteliers ist Bürger des Bergdorfes Guttet. Von dort aus hat Marty freien Blick auf die ein paar hundert Meter tiefer liegende Satellitenstation Leuk/Brentjon, wo der Auslandgeheimdienst SND mit seinem Aufklärungssystem Onyx in den Weltraum lauscht. Über sich selbst spricht der Vater dreier erwachsener Töchter nur ungern. In Interviews, wo er sich als humorvoller Gesprächspartner entpuppt, seufzt er mit gespielter Bedauern: «Ich wollte, ich könnte die Fragen stellen. Das kann ich gut.»

Seine Ernennung zum «rapporteur» des Europarates, dessen

parlamentarischer Versammlung er seit 1999 angehört, katapultierte Marty plötzlich ins internationale Rampenlicht. Ungefähr 300 000 Einträge gab es Ende Februar 2006 über ihn bei der Internet-Suchmaschine «Google». Im kleinen Kreis gibt er offen zu, völlig unterschätzt zu haben, was mit dem Europarat-Mandat auf ihn zugekommen ist. Doch Marty sieht sich in einer guten Sache unterwegs. «Ich stelle den Krieg gegen Terrorismus nicht in Frage», sagt er, «aber er muss mit rechtsstaatlichen Mitteln erfolgen.» Folter sei «nicht effizient und kontraproduktiv». Nur selten verliert der Gerechtigkeitsfanatiker in Interviews die Contenance. Dann greift er zum Zweihänder: «Die USA versuchen, ihre Sauereien zu exportieren», sagte er zur «Basler Zeitung».

Durch seine «Mission impossible» wird der Jäger selbst zum Gejagten. Geheimdienstexperten wie Erich Schmidt-Eenbom, Leiter des Instituts für Friedensforschung im deutschen Weilheim, sind sich einig, dass der grosse Lauschangriff der CIA auf Marty bereits im Gange ist. «Die Amerikaner werden mit hundertprozentiger Sicherheit alles daran setzen, sein Wissen in Erfahrung zu bringen», ist Schmidt-Eenbom überzeugt. Der US-Geheimdienst werde «alle elektronischen Mittel ausschöpfen». Marty selbst sagt, dass es ihn nicht erstaunen würde, wenn er abgehört werde. Er gehe davon aus, dass die CIA versuche «zu erfahren, welche Informationen mir vorliegen». Und mehr noch: «Eine Taktik könnte sein, mich als Person zu diskreditieren.»

Auch wenn die Auseinandersetzung mit mächtigen Gegnern für Marty nichts Neues ist, wirkt er bei der Präsentation seines Zwischenberichts am 24. Januar 2006 in Strassburg angespannt. TV-Teams aus der ganzen Welt hängen ihm an den Fersen. Auf 25 Seiten hat er seine Erkenntnisse über die CIA-Aktivitäten in Europa dokumentiert. Mit Akribie listet er im Saal sämtliche Berichte über die vermuteten geheimen Verhörzentren und CIA-Flüge auf. Washington wirft er eine «systematische Auslagerung

von Folter» vor. Für geheime CIA-Gefängnisse gebe es zwar noch keine Beweise, «aber viele Andeutungen aus verschiedenen Quellen, die als verlässlich betrachtet werden müssen». In seinem Report wird dabei auch der vom «SonntagsBlick» publizierte Fax genannt. Bewiesen sei, dass Menschen «entführt, ihrer Freiheit und aller Recht beraubt und zu verschiedenen Zielen in Europa gebracht wurden».

In dem Bericht ist von mehr als 100 verschleppten Häftlingen die Rede. In die Vorwürfe verwickelt sei, so Marty, «der gesamte Kontinent». An einer Pressekonferenz nach dem Auftritt in der parlamentarischen Versammlung des Europarates legt er nach: «Das sind Gangstermethoden, wenn Leute von der Strasse weg verschleppt werden. Das ist inakzeptabel, sowohl aus rechtlicher wie auch aus moralischer Sicht.» Marty sagt, was er glaubt. Und er glaubt, was er sagt.

Bis zum 21. Februar 2006 hatten alle 46 Europaratsstaaten Zeit, ihre Informationen über CIA-Aktivitäten im eigenen Land an Marty abzuliefern. Doch schon in der Vergangenheit zeigte sich, dass er auf eine europäische Allianz des Schweigens stösst. «Die volle Wahrheit ist das nicht, was die Länder in ihren Berichten schreiben», wird der Tessiner später sagen. Die Regierungen hätten in dieser Frage «überhaupt gar kein Interesse», so Marty, die Wahrheit zu sagen: «Wirtschaftliche Interessen werden höher gewichtet als Menschenrechte.»

Selbst in der Heimat bekommt Marty keinen Rückhalt. Einblick in den Fall des angeblichen Terroristen José Padilla, den der Inlandgeheimdienst DAP dem Partnerdienst CIA ans Messer lieferte, wurde ihm verwehrt. Nach Rücksprache mit dem Justiz- und Polizei-Departement von Bundesrat Christoph Blocher teilte ihm die Geschäftsprüfungsdelegation GPDel lapidar mit, er könne ja eine Interpellation im Parlament einreichen.

Am Honorar, das Dick Marty für seinen Spezialauftrag be-

kommt, kann es nicht liegen, dass er sich das alles antut. Es beträgt läppische 200 Franken.

Was diesen Mann schon sein Leben lang antreibt, ist die Suche nach der Wahrheit.

12. Die Analyse

Wie es ohne Wahrheit keine Gerechtigkeit geben kann

Das Gespräch mit dem Europarat-Sonderermittler in der CIA-Affäre, Dick Marty, fand am 21. Februar 2006 während eines Mittagessens im Berner Restaurant «Aarbergerhof» statt.

Herr Marty, wann hat Ihnen Ihre Frau das letzte Mal gesagt, Sie sollen sich mehr um sie kümmern?

(lacht) So direkt hat sie mir das noch nie gesagt. Aber sie ist schon besorgt, dass ich zu viel arbeite.

Und, tun Sie das?

Manchmal frage ich mich schon, ob ich das Leben genug genieße. Aber ich habe auch das Glück, mich mit Dingen beschäftigen zu können, die mir als wichtig erscheinen. Das macht es einfacher. Wenn Sie nur daran denken, wie viele Menschen es gibt, die einen Job ausüben müssen, ohne die geringste Freude daran zu finden. Ich kann dagegen meine Arbeit mit voller Überzeugung machen. Das ist ein Privileg.

Sind Sie ein Workaholic?

Nein, das würde ich nicht sagen. Es wäre schon fast pathologisch, wenn man nur für die Arbeit eine Faszination verspüren würde. Man muss das Gleichgewicht halten. In den letzten Monaten habe ich dieses Gleichgewicht ein wenig in Gefahr gebracht.

Was tun Sie dagegen?

Es ist wichtig, Freude am Leben zu haben. Man kann trotzdem gute Arbeit leisten.

Sind Ihre drei erwachsenen Töchter stolz auf das, was Sie machen oder haben Sie Angst um den Vater?

Francesca, die in Afrika arbeitet, sass mit Freunden in einem Restaurant und sah mich auf CNN. Zu Hause stellte sie den Fernseher nochmals ein und da wurde ich von der BBC interviewt. Da hat sie mir ein SMS geschickt, in der Art: Papa, was hast du bloss wieder angestellt? Ich glaube schon, dass sie vielleicht stolz sind, aber in unserer Familie legen wir meine öffentliche Rolle beiseite. Meine Töchter haben nie in den Vordergrund gestellt, was ihr Vater macht, um damit ihre Positionen zu stärken. Sie sind sehr selbstständig. Ich bin es, der stolz auf sie sein muss. Sie vermeiden es wenn möglich zu sagen, dass sie die Töchter von Dick Marty sind. Das ist wie meine eigene Haltung: Ich spreche nicht gerne über mich selbst.

Wenn Sie das Rampenlicht nicht mögen, dann haben Sie den falschen Job.

Ich bedauere es sehr, dass die Politik zunehmend personalisiert wird. Man spricht immer mehr von Personen und immer weniger von Ideen. Das finde ich gefährlich.

Ideen entstehen nun mal von Menschen.

Ich sehe aber nicht ein, warum ich dabei gefilmt werden soll, wenn ich mit meinem Hund spazieren gehe.

Hat Ihr beruflicher Antrieb, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, Suchtpotenzial?

Ich empfinde es nicht als Sucht. Aber Sie haben Recht: Es ist

mein Antrieb. Schon als Staatsanwalt hat mich der Strafantrag nicht sonderlich interessiert. Aber wenn man die Wahrheit findet, hat man einen entscheidenden Schritt getan – in Richtung Gerechtigkeit.

Es war Ihnen nicht wichtig, Ihre Klientel ins Gefängnis zu stecken?

Eine ehemalige ausländische Kollegin, deren Namen ich Ihnen nicht sagen werde, hat mir einmal bei einem Abendessen gesagt: Du kannst dir nicht vorstellen, was für ein Gefühl es ist, dutzende Jahre Gefängnis zu beantragen. Ich war schockiert und lag die ganze Nacht wach. Das hat mich sehr beschäftigt.

Weil es ihr darum ging, Macht über andere Menschen zu haben?

Genau. Wie kann man sich darüber freuen, jemanden jahrelang hinter Gitter zu bringen? Entscheidend ist doch, die Wahrheit zu finden!

Ich dachte, es ginge um Gerechtigkeit.

Wie lang darf meine Antwort auf diese Frage sein?

So lang Sie wollen.

(denkt lange nach) Gerechtigkeit ist, das Recht wieder herzustellen, wenn jemand darin verletzt wurde. Das muss die Justiz zuerst anerkennen und dann Wiedergutmachung üben. Schliesslich muss derjenige, der das Recht gebrochen hat, bestraft werden. Damit soll er die Verantwortung für seine Tat übernehmen und die Allgemeinheit erfahren, dass ein solches Verhalten nicht geduldet wird.

Das klingt wie eine Erklärung aus dem Lehrbuch.

Es ist auch eine sehr schwierige Frage. Klar ist für mich, dass es keine Gerechtigkeit ohne Wahrheit geben kann.

Waren Sie als Staatsanwalt immer gerecht?

Ich habe es immer versucht, aber ich muss schon gestehen, dass es nicht immer einfach war. Es ist jedenfalls ungesund, eine Machtposition zu lange zu behalten. Davon bin ich überzeugt und deshalb habe ich auch freiwillig als Staatsanwalt aufgehört.

Sie waren in der Judikative, in der Exekutive und sind jetzt in der Legislative. Bietet sich noch die vierte Macht im Staat an – die Medien.

(lacht) Das habe ich im Scherz auch schon gesagt.

Hätten Sie als Chefredaktor den geheimen Fax aus Ägypten veröffentlicht?

Gewiss, ja. Der französische Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac hat es so formuliert: «Ich bezweifle, dass Indiskretionen in der Presse ein Verbrechen sind. Aber Schweigen ist ein Verbrechen.» Ich glaube, die Frage der Menschenrechte ist höher zu gewichten als ein Geheimnisverrat. Es ist ethisch vertretbar, wenn aus ideellen Gründen juristische Bestimmungen verletzt werden. Die ganze Energie darauf zu verwenden, jetzt gegen Journalisten zu ermitteln, ist reine Zeitverschwendung. Die wirklich wichtige Debatte über den Krieg gegen Terrorismus wurde erst durch all diese Lecks ausgelöst.

Trotzdem wurde die Bedeutung des Fax in der Schweiz heruntergespielt und lieber über die Quelle als über den Inhalt diskutiert.

Das stimmt. Es wurde alles gemacht, um diese Affäre herunterzuspielen. Man hat sogar behauptet, es sei nur ein Rundschreiben. Warum war es dann als geheim klassifiziert? Diese formaljuristische Betrachtungsweise durchdringt die Politik immer mehr. Statt dass man nachdenkt und sich fragt: Was wäre jetzt wichtig? Was richtig? Was geeignet zu tun? Es wurde in dieser Af-

färe so viel Blödsinn erzählt. Das ist doch kein Verrat! Viele Dinge in der Geschichte wären anderes herausgekommen, wenn couragierte Leute die Gesetze kritischer angewendet hätten. Der Welt würde es besser gehen. Denken Sie nur an den St. Galler Polizeikommandanten Paul Grüniger, der im Zweiten Weltkrieg unzähligen Juden das Leben rettete, weil er ihnen die Einreise in die Schweiz ermöglichte. Das war zwar illegal, aber ein Akt der Menschlichkeit.

Wird die Frage, ob es in Europa geheime CIA-Gefängnisse gibt oder gegeben hat, jemals geklärt werden können? Sie haben Indizien, aber keine Beweise ...

... dann frage ich Sie: Was ist ein Beweis? Wie viele Leute – auch in der Schweiz – wurden wegen Mordes verurteilt, obwohl niemand den Mord gesehen hat oder die Tatwaffe verschwunden ist. Verschiedene und gewichtige Indizien können nach der anerkannten Rechtssprechung für eine Verurteilung genügen.

Steht in den Berichten der 46 Europaratsstaaten zu den CIA-Aktivitäten auf ihrem Territorium nichts als die Wahrheit?

Nein, die volle Wahrheit ist nicht das, was die Länder in ihren Berichten schreiben.

Sondern?

Es ist doch klar, dass die Regierungen in dieser Frage überhaupt gar kein Interesse haben, die Wahrheit zu sagen. Nennen wir es lieber Tatsachen. Sie wollen davon lieber nichts wissen.

Warum nicht?

Weil sie eine Interessenabwägung machen. Wenn sie sich einmischen, bekommen sie Probleme mit einem der wichtigsten und mächtigsten Handelspartner der Welt. Also lassen sie es sein. Wirt-

schaftliche Interessen werden höher gewichtet als die Menschenrechte. Es wäre einfacher, Tunesien zu kritisieren als die USA.

Das ist eine Kapitulation. Ist es naiv zu glauben, die Wahrheit werde sich durchsetzen?

Viele Leute werfen mir vor, ich sei naiv. Ich glaube fest daran, dass in einer Demokratie die Menschenrechte zentral sind. Es wäre dann eine Kapitulation, wenn die Justiz nicht mehr in der Lage wäre, Verstösse gegen die Menschenrechte anzupacken oder dagegen vorzugehen, dass die Genfer Konventionen ausser Kraft gesetzt werden. Diesen Tatsachen muss sich ein Land stellen. Alles andere schadet der Glaubwürdigkeit.

Auch die neutrale Schweiz ist nicht besonders an der Faktenlage in der CIA-Affäre interessiert.

Das ist leider so. Keine einzige Behörde dieses Landes hat beispielsweise im Fall Abu Omar Protest eingelegt. Dieser Fall ist klar dokumentiert – von der Staatsanwaltschaft in Mailand, also von einer unabhängigen Behörde. Ich habe alle Akten gesehen, nicht nur die Anklageschrift. Dieser Mann, der in Italien politisches Asyl bekommen hat, wurde auf offener Strasse von einem CIA-Kommando entführt und über die Schweiz nach Ägypten verfrachtet. Also dorthin, wo er politisch verfolgt wurde. Das alles ist 70 Kilometer von meinem Wohnort passiert. Es hätte genauso gut auch bei uns passieren können. Wir wissen also, dass die Amerikaner gezielt Leute verschleppt haben in Länder, wo gefoltert wird. Ohne Strafprozess und ohne Kriegsrecht, also ohne Rücksicht auf Menschenrechte und Genfer Konventionen.

Kann es überhaupt einen sauberen Krieg gegen Terror geben?

Es muss möglich sein. Sonst kann es auch keinen sauberen Krieg gegen Drogenhändler oder sonstige Kriminelle geben.

Drogenkriminalität bringt übrigens mehr Menschen um als der Terrorismus.

«Wir haben weder Flughäfen noch den Luftraum in Europa dazu genutzt, um Personen an Orte zu bringen, wo sie gefoltert wurden.» Von wem stammt dieser Satz?

Von Condoleezza Rice, der amerikanischen Aussenministerin. Lesen Sie den Satz ganz genau. Sie sagt nicht, dass es keine Gefängnisse gibt. Das ist alles Wortklauberei.

Sie werfen Washington immerhin eine «systematische Auslagerung von Folter» vor.

Was passiert denn auf Guantánamo? Es ist unbestritten, dass es dort Folter gibt oder gab. Das hat auch der UNO-Sonderberichterstatter über Folter, Professor Manfred Nowak, festgestellt.

Sie sprechen von mehr als 100 verschleppten Menschen. Was ist aus all diesen Gefangenen geworden?

Abu Omar ist noch in Ägypten, Abu Masri ist zurück in Deutschland. Aber selbst das IKRK hat festgestellt, dass Menschen schlicht verschwunden sind. Man hat ihre Spuren einfach verloren.

Was heisst das? Sie wurden umgebracht?

Ja, möglicherweise – oder sie sitzen in Guantánamo. Und noch etwas: Was wissen wir schon darüber, wer in Abu Ghureib oder in Afghanistan sitzt?

Führen Sie einen Kreuzzug gegen die Amerikaner?

Um Gottes willen, nein! Das ist kein Kreuzzug. Es geht darum, dass solche Methoden, welche die Menschenrechte krass verletzen, nicht toleriert werden dürfen. Das wäre für die Ter-

roristen ein erster Sieg. Wer die rechtsstaatlichen Mittel aussetzt, verstärkt die Legitimität dieser Leute. Mit Folter erfährt man nie die Wahrheit. Mein Bruder hat übrigens einen amerikanischen Pass und mein Neffe hat jahrelang für das Verteidigungsministerium gearbeitet. Es geht mir selbstverständlich nicht um einen Kreuzzug, sondern um Werte, Würde und Respekt.

Sie sprachen davon, dass die USA versuchen, «ihre Saureien zu exportieren».

Zu dieser Wortwahl stehe ich nach wie vor. Es ist doch grotesk, dass die USA Fidel Castro kritisieren und auf demselben Kuba einen rechtsfreien Raum wie Guantánamo betreiben. Das ist die totale Willkür.

Sie sagten bei der Präsentation Ihres Zwischenberichts in Strassburg, der gesamte Kontinent sei in diese Affäre verwickelt. Wie meinen Sie das?

Es ist schlicht nicht möglich, dass die europäischen Regierungen, zumindest ihre Geheimdienste, nichts von diesen geheimen CIA-Flügen gewusst haben. Für was brauchen wir denn die Geheimdienste? Es ist klar, dass man es sich heute nicht leisten kann oder will, etwas gegen die mächtigen Amerikaner zu unternehmen. Auch die Schweiz wollte gar keine präzisen Antworten hören. Man hätte die Überflüge von CIA-Maschinen schlicht verbieten müssen, aber das hätte die Amerikaner verärgert.

Ihr Parteikollege, Bundesrat Pascal Couchepin, sprach wörtlich davon, dass die Schweiz nicht der Heilige Stuhl der Menschenrechte sei. Wie kommt das bei Ihnen an?

Das war eine unglückliche Äusserung. Wir sind kein Heiliger Stuhl, aber wir haben als Depositärstaat der Genfer Konventionen eine besondere Stellung in der Welt. Unser Land hat im-

mer behauptet, die Menschenrechte seien einer der Hauptpfeiler unserer Politik. Der Bundesrat spricht mir zu oft von Menschenrechten, als dass er aufrichtig danach handeln würde. Warum sagt er nicht ganz klar: Wir machen eine Interessenpolitik. Was jetzt passiert, ist Heuchelei.

Leute, die mit Ihnen zusammen gearbeitet haben, erzählen...

... haben Sie eine Untersuchung geführt? (lacht)

... dass es mit Ihnen nicht immer einfach sei. Ich habe den Eindruck, Sie zelebrieren dieses Bild vom Einzelgänger.

Nein, das bin ich wirklich. Das ist eine selbstkritische Betrachtung. Ich bin selbst auch nicht zufrieden damit. Es kann eine Stärke sein, ist aber auch eine Schwäche – gerade in der Politik.

Weil Sie kein Netzwerk haben?

So ist es. Das spüre ich noch heute. Das ist für meine parlamentarische Tätigkeit ein klarer Nachteil.

Sie wollten ursprünglich Psychiater werden. Wie sieht Ihre Diagnose aus: Warum ist das so? Ist es Sturheit? Können Sie nicht auf andere Argumente eingehen?

Wäre ich wirklich stur, hätte ich viele Prozesse verloren. Als Staatsanwalt hat mein Gegenüber immer das Gegenteil gesagt. Ich kann schon zuhören und meine Meinung auch ändern. Zum Beispiel in der Drogenpolitik. Da war ich ein echter Hardliner.

Was hat dieses Umdenken bewirkt?

Ich war mit vielen Schicksalen konfrontiert. Ich erinnere mich da an eine junge Frau, die mir sagte: «Sie stecken mich wegen Haschisch ins Gefängnis. Aber meinen Vater, der meine Mutter jahrelang geschlagen hat und jeden Abend betrunken

war, bestrafen sie nicht.» Sie hatte Recht. Ich bin heute überzeugt, dass die Prohibition das grösste kriminelle Phänomen aller Zeiten verursacht hat. Nur die Dummen ändern ihre Meinung nicht.

Drogengelder, Sterbehilfe, CIA-Gefängnisse. Warum sind es immer die grossen Themen, die Sie beschäftigen?

Ich bin kein Sonderfall. Jeder kann einen kleinen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. Ein Beispiel: Wenn ich am Wandern bin und am Boden Abfall sehe, lese ich ihn auf. Das bringt zwar nicht viel im Kampf gegen die weltweite Umweltverschmutzung, aber wenn das alle Leute machen würden, kämen wir einen Schritt weiter.

Ist es Ihnen wichtig, wie andere Menschen über Sie denken?

Es ist mir nicht egal, weil mich Kritik trifft – wie jeden anderen Menschen auch. Entscheidend ist aber, dass ich jeden Tag in den Spiegel schauen kann, ohne mich zu schämen.

Weiss eigentlich George W. Bush, wer Sie sind?

Das glaube ich nicht. Das interessiert mich auch nicht.

Wäre die Welt mit einem anderen US-Präsidenten besser?

(denkt lange nach) Ich glaube schon. Die pensionierte Richterin Sandra Day O'Connor vom Obersten Gerichtshof in den USA, dem Supreme Court, hat gesagt: «Wenn wir unseren Werten treu bleiben wollen, dann können wir die Tyrannei nicht mit den Instrumenten des Tyrannen bekämpfen.» Das ist haargenau unsere Haltung im Europarat. Dieser kleine Satz hat mich so glücklich gemacht. Das ist das Amerika, das ich liebe.

Glossar

- BA** Bundesanwaltschaft. Sie ist Ermittlungs- und Anklagebehörde des Bundes und als solche zuständig für die Verfolgung strafbarer Handlungen. Die BA ermittelt unter anderem in Fällen von organisierter Kriminalität, wenn Bundesbeamte involviert sind und bei Delikten gegen Schweizer im Ausland.
- CIA** Central Intelligence Agency. Die Aufgaben der CIA liegen im Bereich der Spionage, der Beschaffung und Analyse von Informationen über ausländische Regierungen, Vereinigungen und Personen. Darüber hinaus hat sich die Behörde in der Durchführung von verdeckten Operationen im Ausland hervor getan.
- COMINT** Communications Intelligence. Bedeutet Informationsbeschaffung aus elektronischen Mitteln. Daneben gibt es Informationsbeschaffung durch menschliche Quellen (Human Intelligence HUMINT) und Informationsbeschaffung aus offenen Quellen (Open Source Intelligence OSINT).
- DAP** Dienst für Analyse und Prävention im Justiz- und Polizeidepartement. Zuständig für Staatsschutz und innere Sicherheit. Dazu gehören: Terrorismus, gewalttätiger Extremismus, verbotener Nachrichtendienst.
- EDA** Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. Die Aufgabe des EDA besteht in der Wahrung der Interessen der Schweiz im und gegenüber dem Ausland.
- EJPD** Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement. Dem EJPD ist der Nachrichtendienst DAP zugeordnet.
- EUROPARAT** Organisation aller 46 europäischen Staaten. Er ist ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen, mit dem Ziel, das gemeinsame Erbe zu bewahren und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern. Der Europarat kann zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Ab-

kommen abschliessen. Er ist institutionell nicht mit der Europäischen Union verbunden.

- FBI** Federal Bureau of Investigation. Sie ist die Hauptermittlungsbehörde des amerikanischen Justizministeriums. Ihre Tätigkeiten dienen der Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz und Schutz vor terroristischen Aktivitäten.
- FUB** Führungsunterstützungsbasis der Armeespitze. Kerngebiet der FUB ist die elektronische Kriegsführung. Dabei geht es um den Einsatz von Systemen der Armee zur Aufklärung von drahtloser Kommunikation, der Ortung ihrer Quellen und nötigenfalls deren Störung. Dazu gehört auch das Aushorchen von Signalen ausländischer Telekommunikationssysteme.
- GPDel** Die Geschäftsprüfungsdelegation hat den Auftrag, die Tätigkeit im Bereich des Staatsschutzes und der Nachrichtendienste zu prüfen. Sie hat das Recht, ungeachtet des Amtsgeheimnisses oder des militärischen Geheimnisses Bundesbeamte und Privatpersonen einzuvernehmen. Der GPDel übergeordnet ist die Geschäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte (GPK).
- KSND** Der strategische Nachrichtendienst des Verteidigungsministeriums VBS. Er beschafft für den Bundesrat Informationen aus dem Ausland.
- LWND** Luftwaffennachrichtendienst. Er beschafft die notwendigen Geheiminformationen für die Einsätze der Luftwaffe.
- MI6** Secret Intelligence Service. SIS ist der britische Auslandsgeheimdienst. Er ist besser bekannt unter dem Namen MI6. Die Abkürzung steht für «Military Intelligence, Abteilung sechs». Der SIS führt Spionageaktivitäten im Ausland durch.
- MND** Militärischer Nachrichtendienst. Er beliefert die Armee mit Informationen über den Verlauf von militärischen Operationen. Der MND arbeitet eng mit dem SND zusammen.

OBERAUDITORAT Zuständig für die Schweizer Militärjustiz. Diese führt Verfahren gegen Personen, die sich wegen Verletzung militärischer Geheimnisse strafbar machen und führt Strafverfahren durch bei deliktischem Verhalten von Angehörigen der Armee während des Militärdienstes.

ONYX Seit fünf Jahren betreibt das VBS von Zimmerwald BE aus und über die Satellitenstationen Leuk VS und Heimen Schwand BE das teure elektronische Abhörsystem Onyx. Damit können alle über Satellit gesendeten Telefongespräche, E-Mails und Faxe abgefangen werden. Onyx-Kunden sind die Militärgeheimdienste SND und LWND sowie der Inland-Geheimdienst DAP.

PK Aussenpolitische Kommission. Die Parlamentskommission befasst sich mit allen aussenpolitischen Geschäften des Bundes. Sie kümmert sich um die Beziehungen der Schweiz mit anderen Staaten sowie mit der Europäischen Union und der UNO.

SIA Sicherheitsausschuss des Bundesrates. Dem Regierungsgremium gehören zurzeit Verteidigungsminister Samuel Schmid (Vorsitz), Justizminister Christoph Blocher und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey an.

SIK Sicherheitspolitische Kommission. Zuständig für die Sachbereiche bewaffnete Landesverteidigung, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Friedens- und Sicherheitspolitik, Abrüstung und Kriegsmaterial.

SK Konsultative Sicherheitskommission. Berät den Bundesrat und das EJPD regelmässig in Fragen der inneren Sicherheit. Die KSK setzt sich aus Vertretungen verschiedener Departemente und der Kantone sowie aus aussenstehenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Medien zusammen.

UKI Die unabhängige Kontrollinstanz zur Überwachung der Funkaufklärung. Sie prüfen alle Funkaufklärungsaufträge auf ihre Rechtmässigkeit.

UNO Die Vereinten Nationen sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 191 Staaten der Erde. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

UVEK Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Dem UVEK ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL angegliedert, welches unter anderem die Überflugsgenehmigungen für Regierungsmaschinen fremder Staaten regelt.

VBS Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Dem Verteidigungsminister ist der Auslandsnachrichtendienst (SND) direkt unterstellt. Ebenfalls zum Bereich des VBS gehören die Nachrichtendienste MND und LWND.

Sie haben an dieses Buch geglaubt, es begleitet oder auf ihre Art unterstützt:

Matthias Ackeret, Reto Brotz, Julia Brütsch, Peter Cassani, Daniel Eggspühler, Rachel Fichmann, Alexander Gordon, Silvan Grütter, Henry Habegger, Günter Hack, Hannes Heldstab, Manfred Hiefner, Ingrid Jost-Mathieu, Raphael Jost, Rico Just, Lennox Knotz, Peggy Knotz, Beat Kraushaar, Carolina Muggiasca, Nico, Philippe Rossier, Simon Spengler, Elena Troxler, Röbi Troxler, Benno Tuchschnid, Medea von Ah, Bernd Zocher

Ein spezieller Dank geht an Alexander Sautter für seine Arbeit an den Kapiteln 3, 7 und 8.

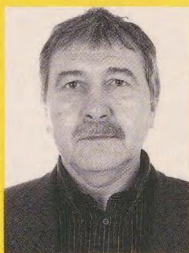
Die Internetseite zum Buch und zur Welt der Spione:
www.schlapphut.ch

«Exklusiv – der Beweis: Es gibt geheime CIA-Gefängnisse in Europa» – Mit dieser Schlagzeile landete der «SonntagsBlick» am 8. Januar 2006 einen Knüller, der weltweit für Beachtung sorgte. Der Zeitung war ein Fax des ägyptischen Aussenministeriums zugespielt worden, den der Nachrichtendienst des Schweizer Verteidigungsdepartements im Weltall abgefangen hatte.

Der Politkrimi von Sandro Brotz und Beat Jost deckt die Hintergründe der so genannten Fax-Affäre auf. Daneben zeigt er, wie rechtsstaatliche Willkür und laxer Rechtspraxis gegenüber Terroristen die Grundlagen des demokratischen Staates unterminieren. **Das Buch liefert neueste Infos u.a. zu folgenden Themen: Wie das Geheimdokument in die Hände der Journalisten kam. Wie der Bundesrat versuchte, den Skandal herunterzuspielen. Wie Europarat-Sonderermittler Dick Marty mit den USA abrechnet.**



Sandro Brotz arbeitete nach der KV-Lehre als Radio- und TV-Journalist. Seit 2000 ist er beim «SonntagsBlick» tätig, wo er Nachrichtenchef und stellvertretender Chefredaktor war. Zur Zeit ist er wieder als Reporter unterwegs.



Beat Jost war Gewerkschafter und SP-Grossrat im Wallis. Von 2001 bis 2004 arbeitete er als Wirtschaftsredaktor beim «Blick», seit 2005 ist er Bundeshauskorrespondent des «SonntagsBlicks» in Bern.

orell füssli

ISBN 3-280-05196-7

ISBN 978-3-280-05196-2



9 783280 051962